


Partizipation: Beteiligung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg

 Überblick über Angebotsformen,
Akteure, Projekte und Themen

Bestandsaufnahme im Rahmen des
„Zukunftsplan Jugend“



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,
FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN



Pädagogische Hochschule Freiburg

Université des Sciences de l'Éducation · University of Education

Prof. Dr. Albert Scherr, Lena Sachs

**Partizipation:
Beteiligung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen
in Baden-Württemberg**

- Überblick über Angebotsformen, Akteure, Projekte und Themen -

Bestandsaufnahme im Rahmen des
„Zukunftsplan Jugend“

Im Auftrag des



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,
FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN

Freiburg im Breisgau, April 2015

Inhalt

1. Einleitung: Partizipationsförderung als politisches und pädagogisches Projekt	3
2. Begriffsbestimmung	6
2.1. Partizipation	6
2.2. Freiwilliges Engagement	8
3. Reichweite und Qualitätskriterien für Partizipation und Engagement	9
4. Zentrale Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Jugend- und Partizipationsforschung	14
4.1. Freiwilliges Engagement	17
4.2. Politische Partizipation	22
5. Politische Partizipation auf kommunaler Ebene	28
5.1. Beteiligung durch die Kommunen	29
5.2. Landesweite Projekte zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene	30
6. Freiwilliges Engagement und Partizipation auf Landesebene	32
6.1. Projekte zur Förderung von politischer Beteiligung und freiwilligem Engagement	37
6.2. Kinder- und Jugendverbandsarbeit	46
6.3. Kulturelle Jugendbildung	54
6.4. Sport	59
7. Offene Jugendarbeit, Mobile Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit	63
7.1. Offene Jugendarbeit	65
7.2. Jugendsozialarbeit und Mobile Jugendarbeit	71
8. Landesweite Koordinierungsstellen zur Kinder- und Jugendbeteiligung	75
9. Ergebnisse der Befragung ausgewählter Städte und Landkreise: politische Beteiligung und freiwilliges Engagement im Stadt-/Landvergleich	83
Literatur	94

1. Einleitung: Partizipationsförderung als politisches und pädagogisches Projekt

Zusammenfassung und Empfehlungen

Durch die Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten sollen Kinder und Jugendliche im Sinne von Demokratisierung zum einen verstärkt in die sie betreffenden politischen Entscheidungen einbezogen werden; zum anderen soll dadurch ein Beitrag zur politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen geleistet werden, dass Möglichkeiten der Beteiligung an demokratischen Prozessen erfahrbar sowie Wissen und Kompetenzen erworben werden können (s. Zukunftsplan Jugend 2013: 27). Beide Zielsetzungen konvergieren dann, wenn den Bedürfnissen, Fähigkeiten und Interessen aller Kinder und Jugendlichen angemessene Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen und diese als wirksame Möglichkeit der Artikulationen eigener Interessen in demokratischen Prozessen erfahren werden können.

Auf allgemeiner Ebene können diesbezüglich folgende Empfehlungen formuliert werden:

- *Weiterentwicklung bestehender und Erprobung neuer Beteiligungsformen unter Überprüfung ihrer Reichweite sowie ihrer Akzeptanz durch die Adressat/innen;*
- *Förderung von Beteiligungskonzepten, die nicht nur Interessenartikulation, sondern auch Mitentscheidungsrechte von Kindern und Jugendlichen vorsehen;*
- *Verstärkte Förderungen von Maßnahmen und Programmen, die dazu geeignet sind, auch Kinder und Jugendliche einzubeziehen, deren soziale Herkunft und deren schulisches Bildungsniveau in den bestehenden Strukturen und Programmen durchgängig zu einer massiven Unterrepräsentation führen.*

Die Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ist ein erklärtes Ziel der baden-württembergischen Landespolitik (s. Koalitionsvereinbarung Baden-Württemberg 2011: 45). Damit werden im Kern zwei Ziele verfolgt: Erstens sollen Kinder und Jugendliche in die sie betreffenden politischen Entscheidungen einbezogen werden: „Kinder- und Jugendpolitik darf aber nicht nur Politik für junge Menschen sein, sie muss stets Politik mit jungen Menschen sein.“ (ebd.). Zweitens wird „Verantwortungsübernahme“ als zentrales Bildungsziel der Kinder und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit verstanden (s. Zukunftsplan Jugend 2013: 27). Mit einer an diesem Ziel orientierten KJA und JSA soll wiederum zweierlei erreicht werden: Kinder und Jugendliche sollen sowohl zu einer eigenverantwortlichen eigenen Lebensführung, als auch zu gesellschaftlichem Engagement befähigt werden, nicht zuletzt dazu, ihre Interessen in gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen einzubringen. Von einer partizipativ gestalteten KJA und JSA wird damit ein Beitrag zu gesellschaftlicher Demokratisierung sowie zur pädagogischen Einlösung des Bildungsauftrags des Kinder- und Jugendhilfegesetz erwartet.

Dabei wird einerseits davon ausgegangen, dass die bestehenden Strukturen und Praktiken der KJA und JSA prinzipiell gut geeignet sind, um Partizipation zu ermöglichen und im Sinne einer Verbesse-

rung von Partizipationsmöglichkeiten weiter entwickelt werden können. Andererseits werden folgende Problemlagen angenommen (s. Zukunftsplan Jugend 2013: 24): in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der einschlägigen Forschung (s. u.) wird festgestellt, dass bestehende Partizipationsformen weitgehend mit Strukturen der sozialen Ungleichheit verschränkt sind, dass sozial- und bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche also in Bezug auf Partizipation ebenso benachteiligt sind wie in anderen Dimensionen gesellschaftlicher Teilhabe. Aufgrund der sogenannten „ethnischen Unterschichtung“ der Sozialstruktur (F. Heckmann) sind Heranwachsende mit Migrationshintergrund von dieser Problematik in besonderer Weise betroffen, denn sie sind unter den sozial- und bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen überrepräsentiert.¹ Weiter wird angenommen, dass in Baden-Württemberg eine Diskrepanz zwischen ländlichen und städtischen Regionen im Sinne einer geringeren Verfügbarkeit von Partizipationsangeboten im ländlichen Raum gegeben ist. Zudem werden geschlechtsspezifische Ungleichheiten vermutet. Vor diesem Hintergrund wird gefordert, dass „altersgerechte, zielgruppenspezifische, sozialraumbezogene, entwicklungs- und interessengemäße Formen der Beteiligung“ (Zukunftsplan Jugend 2013: 24) ausgebaut werden müssen.

Mit der skizzierten Zielsetzung schließt die Landespolitik an einen breiten politischen und fachwissenschaftlichen Konsens an. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines Rückgangs des politischen Interesses von Jugendlichen und Erwachsenen, sowie der politikwissenschaftlichen Diskussion zur Krise der Demokratie als Regierungsform und den Tendenzen zur Herausbildung einer postdemokratischen Expertokratie, aber auch in Reaktion auf die Herausbildung eines neuen jugendlichen Rechtsextremismus seit den 1990er Jahren, wird dort die Notwendigkeit zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Beteiligungsform und einer Verankerung demokratischer Überzeugungen im Bewusstsein Heranwachsender betont (s. Fatke/Schneider 2005, Crouch 2008, Roth 2013a).

Diesem politischen Diskurs korrespondiert ein Fachdiskurs in der Kinder- und Jugendarbeit sowie auch in der Schulpädagogik, in dem Partizipation und Demokratisierung zu unstrittigen Zielen erklärt und mit heterogenen Erwartungen verbunden werden: Diese Erwartungen umfassen ein Spektrum, das von a) genuin pädagogischen Zielsetzungen (wie etwa Ermöglichung von Selbstwirksamkeitserfahrungen, Stärkung des Selbstwertgefühls und Ermöglichung sozialen Lernens) über b) ein Verständnis von Partizipation als Form und als Ziel politischer Bildung (Partizipation als Mittel zur Aneignung demokratischer Überzeugungen und Einübung in die Teilhabe an demokratischer Willensbildung) bis hin zu c) einem kinder- jugendpolitischen Verständnis von Partizipation (Partizipation als Form der politischen Interessenvertretung) reichen. Entsprechend werden unterschiedliche Beteiligungsform und Projekte der KJS und JSA inzwischen als Beitrag zur Partizipationsförderung verstanden.

¹ Darauf, ob von einem darüber hinausgehenden Migrationseffekt in Bezug auf Partizipation auszugehen ist, kommen wir im Folgenden noch zurück; s. auch Scherr 2013

Zudem verbinden sich mit Partizipationsförderung auch anders gelagerte instrumentelle Zielsetzungen: Insbesondere soll durch Möglichkeiten des Engagements und der Partizipation die Identifikation mit dem Ort des Aufwachsens und die Attraktivität des ländlichen Raums gestärkt und damit die Abwanderung von qualifizierten jungen Menschen aus ländlichen Kommunen verhindert werden (Rauschenbach u.a. 2010: 76)

Dieser breit und heterogen gefassten Zielsetzungen korrespondiert, dass Partizipation als ein Terminus verwendet wird, der zunächst ganz generell auf unterschiedliche Formen von Beteiligung, Engagement, Mitwirkung, Mitbestimmung, Teilhabe oder Teilnahme verweist und der ohne eine inhaltliche Bestimmung der Anlässe und der Themen auskommt. Für die vorliegende Bestandsaufnahme erweist es sich demgegenüber als erforderlich, auf der Grundlage der fachwissenschaftlichen Diskussion Begriffsbestimmungen sowie Bestimmungen von Qualitätskriterien vorzunehmen, die eine Einordnung und Bewertung vorhandener Beteiligungsmöglichkeiten ermöglichen. Insbesondere der Grad der tatsächlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie die soziale und politische Reichweite der Beteiligung sind hierbei wichtige Gesichtspunkte.

2. Begriffsbestimmung

Definitionen

Als Partizipation kann die Möglichkeit gefasst werden, sich als gleichberechtigtes Subjekt an öffentlichen Diskursen und Entscheidungen zu beteiligen und dabei eigene Interessen wirksam einzubringen. Partizipation kann als ein für alle Lebensbereiche relevantes Gestaltungsprinzip verstanden werden. Dies schließt die genuin politische Partizipation im Sinne einer Beteiligung an Willensbildungsprozessen, Verfahren und Entscheidungen der verfassten Politik ebenso ein, wie lebensweltliche Partizipation, d.h. die Beteiligung an Entscheidungen in den lebensweltlichen Erfahrungszusammenhängen, nicht zuletzt in den Schulen sowie in den Institutionen der außerschulischen Pädagogik und Sozialarbeit.

Unter freiwilligem Engagement wird eine ehrenamtliche und verantwortungsvolle Übernahme von Tätigkeiten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen verstanden, die über eine bloße eigene Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktivitäten hinausgeht. Engagement erfolgt nicht notwendigerweise innerhalb von demokratisch verfassten Strukturen, die eine Einwirkung auf die Willensbildung und Entscheidungen vorsehen. Bei der Bestimmung von Partizipation und freiwilligem Engagement ist eine normative Grundlage notwendig, die der Beteiligung eine Zielsetzung zu Grunde legt, welche sich an demokratischen Grundwerten und Menschenrechten orientiert. Daher sind bestimmte Formen der Partizipation, wie rechtsradikales Engagement, als durchaus problematisch anzusehen.

2.1. Partizipation

Im Sinne eines erweiterten Demokratieverständnisses, dass Demokratisierung als umfassende gesellschaftspolitische Zielperspektiven und nicht nur als Regierungsform versteht, kann Partizipation als ein für alle Lebensbereiche relevantes Gestaltungsprinzip verstanden werden (s. Olk/Roth 2007; Roth 2013b). Unter pädagogischen Gesichtspunkten ist es dementsprechend entscheidend, dass Kinder und Jugendliche in allen für sie relevanten Lebensbereichen die Erfahrung machen können, dass sie ihre Fragestellungen, Probleme und Interessen in angemessener und wirksamer Form artikulieren und in Entscheidungen einbringen können. Dies schließt die genuin politische Partizipation im Sinne einer Beteiligung an Willensbildungsprozessen, Verfahren und Entscheidungen der verfassten Politik ebenso ein, wie die Beteiligung an Entscheidungen in den lebensweltlichen Erfahrungszusammenhängen, d.h. nicht zuletzt in den Schulen sowie in den Institutionen der außerschulischen Pädagogik und Sozialarbeit.

Im Bereich der politischen Partizipation kann dabei zwischen institutioneller (Beteiligung an Wahlen, Jugendparlamenten, Jugendforen, Mitarbeit in Parteien) und außerinstitutioneller Partizipation (Demonstration, Unterschriftensammlungen, Bürgerinitiativen, usw.) unterschieden werden.

Zur Einschätzung der Qualität jeweiliger Partizipationsmöglichkeiten kann in Anlehnung an vorliegende Stufenmodelle (s. Hart 1992; Gernert 1993; Olk/Roth 2007: 19) folgende Unterscheidung vorgenommen werden:

1. **Fremdbestimmt und manipulativ:** Sowohl Inhalte als auch Arbeitsformen und Ergebnisse eines Projektes sind hier fremd definiert. »Beteiligte« Kinder und Jugendliche haben auch keinen Einfluss auf die Ziele. Gegebenenfalls sind ihnen die pädagogischen oder politischen Ziele unbekannt
2. **Dekorativ:** Kinder und Jugendliche wirken an Projekten oder Veranstaltungen mit, ohne genau zu wissen, warum sie dies tun sollen oder worum es eigentlich geht.
3. **Alibi-Teilnahme:** Kinder und Jugendliche nehmen teil, werden nach ihren Meinungen und Interessen gefragt, haben aber keine wirksamen Mitbestimmungsmöglichkeiten.
4. **Mitwirkung:** Kinder und Jugendliche werden bei der Planung und Durchführung von Projekten und Maßnahmen angehört oder befragt, haben jedoch keine Entscheidungskraft. Ob und wie ihre Bedürfnisse und Interessen Berücksichtigung finden, wird durch verantwortliche Erwachsene entschieden.
5. **Mitbestimmung im Prozess:** Kinder und Jugendliche werden bei Entscheidungen einbezogen. Die grundlegende Ausrichtung und Zielsetzung eines Projekts oder einer Maßnahme wird durch Erwachsene festgelegt. An allen in diesem Rahmen zu treffenden Entscheidungen sind die jeweiligen Kinder und Jugendlichen aber mit wirksamen Entscheidungsmöglichkeiten in der Form demokratischer Verfahren beteiligt.
6. **Mitbestimmung über Angebote, Regeln und Ziele:** Kinder und Jugendliche sind an Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen darüber, welche Projekte und Maßnahmen und in welchem Umfang diese realisiert werden sollen und was damit erreicht werden soll wirksam beteiligt.
7. **Selbstorganisation:** Projekte und Maßnahmen werden von Kindern und Jugendlichen selbstständig initiiert und verantwortlich durchgeführt; sie treffen durchgängig alle Entscheidungen in demokratischen Verfahren. Selbstverwaltung bezeichnet den Aufbau von Institutionen und Organisationen in der eigenen Regie von Kindern und Jugendlichen. Beispiele hierfür sind sogenannte „Youth led Organisations“ wie „Schüler helfen leben“ oder selbstverwaltete Jugendzentren.

Ein solches Stufenmodell bietet eine Orientierung für die Unterscheidung und Bewertung von Partizipationsformen. Die hier wie in vergleichbaren Stufenmodellen vorgenommene Hierarchisierung verschiedener Beteiligungsformen suggeriert jedoch eine auch kritisch zu hinterfragende Ungleichwertigkeit; dies gilt im Hinblick auf zwei Aspekte: Erstens kann Selbstorganisation nicht als die Idealform betrachtet werden, da Selbstorganisation hoch voraussetzungsvoll ist und nur bei einer begrenzten Zahl der Mitwirkenden auf Formen der Repräsentation verzichtet werden kann (s. Roth 2013c). Zweitens sind im Fall von Kinder- und Jugendpartizipation auch pädagogische und entwick-

lungspsychologische Aspekte zu berücksichtigen: Kinder und Jugendliche können nicht problemlos als umfassend mündig und eigenverantwortlich betrachtet werden. Insofern sind Abwägungen dazu, welches Maß an Mitbestimmung jeweils angemessen ist, nicht verzichtbar. Wie die schulpädagogische Forschung gezeigt hat (s. Helsper u.a. 2006), sind Jugendliche für mögliche Diskrepanzen zwischen weitreichend formulierten Partizipationsversprechen und ihrer faktisch selektiven Einlösung hoch sensibel und deshalb führen solche Diskrepanzen zu Frustrationen. Insofern kann in der deutlichen Darlegung der jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen von Mitsprache und Mitbestimmung ein Qualitätskriterium partizipativer Projekte gesehen werden.

2.2. Freiwilliges Engagement

Das Verständnis von Partizipation als Eröffnung von Entscheidungsräumen für Kinder und Jugendliche ermöglicht eine Abgrenzung zu dem oftmals in diesem Zusammenhang verwendeten Begriff des freiwilligen Engagements.

Zur Klärung des Begriffs des freiwilligen Engagements kann an den Freiwilligen-Survey (Jugendstiftung 2011: 46) angeschlossen werden. Dort wird zwischen einerseits „gemeinschaftlich Aktiven“ und andererseits „freiwillig Engagierten“ unterschieden. Eine Person, die z. B. in einer Sportmannschaft spielt oder Mitglied in einer Jugendgruppe ist, gilt als gemeinschaftlich aktiv. Über die Aktivität der eigenen Teilnahme hinaus werden keine Tätigkeiten verantwortlich übernommen. Eine Person, die dagegen eine organisatorische Funktion (Trainer, Leitung einer Jugendgruppe usw.) verantwortlich übernimmt, gilt als freiwillig engagiert. Auch Tätigkeiten in Freiwilligendiensten wie dem FSJ oder in Schülermentoren-Programmen werden als freiwilliges Engagement gefasst, da es hier nicht nur um die Realisierung eigener Interessen, sondern um Übernahme sozialer Verantwortung geht. Im Bereich des Engagements kann sowohl zwischen konventionellem und unkonventionellem sowie zwischen kontinuierlichem und eher punktuelltem Engagement unterschieden werden.

Freiwilliges Engagement ist nicht mit demokratischer Partizipation gleichzusetzen. Denn freiwilliges Engagement kann sowohl in einem Spektrum verortet sein, das von klassisch autoritären bis zu basisdemokratischen Strukturen reicht. Deshalb ist auch hier eine Betrachtung der Mitbestimmungsmöglichkeiten, bzw. Fremd- oder Selbstorganisation als Kriterium bedeutsam.

3. Reichweite und Qualitätskriterien für Partizipation und Engagement

Zusammenfassung und Empfehlungen

Keineswegs alle Formen von Aktivierung und Beteiligung sind dazu geeignet, Prozesse der Demokratisierung und der politischen Bildung weiterzuentwickeln. Dies betrifft sowohl die inhaltliche wie die formale Ebene. Problematisch ist sowohl eine solche Beteiligung, die sich zwar der Formen demokratischer Interessenvertretung bedient, inhaltlich aber demokratischen und menschenrechtlichen Prinzipien entgegensteht - was am Fall rassistischer und rechtsextremer Jugendszenen deutlich wird. Problematisch ist aber auch eine Form der Beteiligung, die Kindern und Jugendlichen zwar Partizipationsmöglichkeiten anbietet, aber für diese zentrale Fragen dabei ausklammert, also nur Mitsprache oder Mitwirkung bei Entscheidungen über nachrangige oder irrelevante Themen zulässt. Zudem sind Beteiligungsformen erforderlich, in denen die Möglichkeiten und die Grenzen von Mitsprache und Mitwirkung transparent sowie keine illusionären Partizipationsversprechen der Ausgangspunkt sind, die dann enttäuscht werden. Partizipation und freiwilliges Engagement leisten also nur dann einen Beitrag zu Demokratisierung und zu einer demokratieförderlichen politischen Bildung, wenn Strukturen und Prozesse sowie Inhalte bestimmte Qualitäten aufweisen. Vor dem Hintergrund der sozialwissenschaftlichen Fachdiskussion können die folgenden Aspekte dabei als zentral gelten:

- *Anerkennung von Kindern und Jugendlichen als kompetente Subjekte ihres Engagements und ihrer Partizipation;*
- *strukturelle Verankerung von demokratischen Prinzipien und Partizipationsrechten (z. B. in Gemeindeordnungen, Projektrichtlinien, Vereinssatzungen);*
- *Transparenz und Ergebnisoffenheit von Partizipationsprozessen;*
- *Orientierung von Beteiligungsformen an demokratisch und menschenrechtlich legitimen Zielsetzungen;*
- *fachliche Unterstützung und Begleitung sowie Verfügbarkeit ausreichender Ressourcen;*
- *Klärung der faktischen Teilnahmebedingungen für unterschiedliche Adressatengruppen und Abbau von formellen und informellen Mitwirkungshindernissen, insbesondere für sozial benachteiligte Jugendliche;*
- *Berücksichtigung jugendspezifischer Bedürfnisse, Kommunikations- und Handlungsformen;*
- *Evaluation und Dokumentation von Prozessen und Projekten;*
- *Vermeidung folgenloser Mitsprache und einer Verschiebung von Beteiligungsmöglichkeiten auf irrelevante Themenfelder („Pseudopartizipation“).*

Neben der im Stufenmodell erläuterten Unterscheidung der tatsächlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten, ist auch eine Differenzierung nach der sozialen und politischen Reichweite von Partizipation und Engagement erforderlich. D. h.: Bezieht sich das Engagement oder die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ausschließlich auf die eigenen Bedürfnisse und Interessen der jeweiligen Kinder und Jugendlichen - also zum Beispiel auf den Wunsch nach besseren Freizeitangeboten für sich selbst

oder Mitbestimmung über die Gestaltung eigener Aktivitäten im Rahmen gegebener Angebotsstrukturen? Oder gehen die Partizipation und das Engagement über direkte eigene Bedürfnisse und Interessen hinaus und beziehen die Bedürfnisse und Interessen anderer Kinder und Jugendlicher ein? Verbinden sich Partizipation und Engagement mit politischen Forderungen auf lokaler, regionaler oder überregionaler Ebene, zum Beispiel im Bereich der Jugendpolitik oder in Bezug auf andere, für Kinder und Jugendliche relevante politische Themen?

Neben den Qualitätskriterien Mitbestimmungsgrad und Reichweite von Partizipation, werden in der fachwissenschaftlichen Diskussion folgende Struktur- und Prozessmerkmale als konsensuelle Qualitätskriterien betrachtet:

a. Anerkennung von Kindern und Jugendlichen als Subjekte ihrer Partizipation

Partizipationsvorhaben sollten die Haltung zu Grunde liegen, dass Kinder und Jugendliche als Subjekte geachtet werden, die dazu in der Lage sind, Verantwortung zu übernehmen (BMFSFJ 2012: 10). Demnach soll nicht die Frage danach gestellt werden, ob Kinder und Jugendliche Verantwortung übernehmen können, sondern in welcher Weise sie dazu in der Lage sind, und welche Unterstützung sie dabei benötigen (Knauber/Sturzenhecker 2005: 84f.). Dies sollte mit einer kritischen Hinterfragung gängiger Annahmen darüber einhergehen, was Kindern und Jugendlichen nicht zuzutrauen ist: Denn „auf dem Weg zu mehr Partizipation erscheint es ... besser aus Fehlern und Überforderungen bei der Eröffnung von Freiräumen zu lernen, statt Jugendliche paternalistisch in ‚Spielwiesen und Sandkästen‘ harmloser Schein-Partizipation festzuhalten“ (Knauber/Sturzenhecker 2005: 83). Folglich sind qualifizierte pädagogische Einschätzungen dazu erforderlich, um Formen der Unterforderung ebenso zu vermeiden wie Überforderung. Dabei sollte den Interessen, Wünschen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen auch dann mit Respekt begegnet werden, wenn diese nicht den Vorstellungen der beteiligten Erwachsenen entsprechen (Knauber/Sturzenhecker 2005: 82). Eine gleichberechtigte Kommunikation ist hierzu notwendig (Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 2012: 11).

b. Begleitung und Ressourcen

Zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen kann es erforderlich sein, diesen Personen zur Seite zu stellen, um den Partizipationsprozess zu fördern (Roth 2013c: 75, Knauber/Sturzenhecker 2005: 82). Neben ausreichend personellen Ressourcen ist auch das Vorhandensein von genügend finanziellen Mitteln, Materialien sowie von Orten und Räumlichkeiten eine wichtige Voraussetzung für einen gelingenden Partizipationsprozess (Knauber/Sturzenhecker 2005: 80; BMFSFJ 2012: 12). Auch genügend zeitliche Ressourcen sind eine wichtige Bedingung für eine gelingende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Knauber/Sturzenhecker 2005: 80). Hierin besteht, insbesondere in Anbetracht von Veränderungen des Bildungssystems (G8, Ganztagschule; Bologna Prozess) und gesteigener Bildungserwartung und Lernanforderungen, eine aktuelle Herausforderung der Kinder- und Jugendarbeit (s. Rauschenbach u.a. 2013).

c. Strukturelle Verankerung

Damit Kinder und Jugendliche ihre Rechte auf Partizipation realisieren können, braucht diese einen verlässlichen Rahmen und strukturelle Verankerungen (Bundesjugendkuratorium 2009: 24, BMFSFJ 2012: 10). Hierbei kann es ein Schritt sein, die Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen in den Gemeindeordnungen, Vereinssatzungen, usw. verbindlich zu verankern. Die Wege, das Recht auf Partizipation einzuklagen, sollten zudem allen Kindern und Jugendlichen bekannt sein. Auch bezüglich der Zuständigkeiten und möglichen Anlauf- und Koordinierungsstellen sollte eine verbindliche Klärung vorliegen (vgl. Roth 2013c: 4, Knauer/Sturzenhecker 2005: 78f, BMFSFJ 2012: 10). Eine lokale Vernetzung von Engagement und Partizipationsformen kann dabei helfen, die Partizipation zu fördern (BMFSFJ 2012: 12). Partizipation sollte dabei als Querschnittsaufgabe verstanden werden, welche es im Sinne einer demokratischen Kultur in allen Bereichen umzusetzen gilt. Hierzu ist das Bereitstellen von Qualifikationsmöglichkeiten für alle Beteiligten erforderlich (Bundesjugendkuratorium 2009: 29, BMFSFJ 2012: 12).

d. Zugänglichkeit

Eine weitere Grundvoraussetzung ist die Zugänglichkeit zu Partizipationsmöglichkeiten, die, wie aktuelle Studien zeigen (s.u.), sehr ungleich verteilt sind. Partizipation und die Wahrnehmung der eigenen Rechte muss sich aus der individuellen Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen erschließen und für diese im Alltag relevante Handlungsfelder einbeziehen (BMFSFJ 2012: 11, Knauer/Sturzenhecker 2005: 79). Aufgrund der Ausdifferenzierung von Kindheit und Jugend in sozial ungleiche Lebenslagen und differente soziokulturelle Milieus (s. Calmbach u.a. 2012; Scherr 2009: 41ff.), ist eine zielgruppenspezifische Gestaltung von vielfältigen Partizipationsformen notwendig.

Damit allen Kindern und Jugendlichen Partizipation ermöglicht werden kann, müssen sich Partizipationsformen an den unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnissen je nach Alter, Geschlecht, Behinderung, Sprache, Bildungsstand, ökonomischem und sozialen Hintergrund etc. orientieren und diesem gerecht werden (BMFSFJ 2012: 10). Hierbei ist auch der Zugang zu Informationen über die Angebote und entsprechende Themenfelder zu berücksichtigen. Insbesondere das Einbeziehen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Partizipationsprozesse gilt als aktuelle Herausforderung der Kinder- und Jugendarbeit (Bundesjugendkuratorium 2009: 24).

e. Attraktivität für Jugendliche

Klaus Farin (2012) hat Aspekte einer solchen Gestaltung von Partizipation aufgezeigt, die an jugendkulturelle Praktiken anknüpft und für Jugendliche in besonderer Weise attraktiv sind:

- **Spaß-Kultur**

Jugendliche wollen an ihrer Tätigkeit Spaß haben und engagieren sich nicht bloß aus einem Pflichtgefühl heraus. Dabei ist es wichtig, dass sie ihre Alltagskultur (Sprache, Rituale, Outfit, Musik) nicht leugnen müssen.

- **Freundschaften**

Jugendliche wollen nicht nur ein bestimmtes Ziel erreichen, sondern beim Engagement auch Leute kennenlernen und Freundschaften knüpfen.

- **Keine Taktik, keine Kompromisse**

Die Projekte, in denen sich Jugendliche engagieren, sind eindeutige und zeitlich limitierte Lobbygruppen. Wenn sich ein Ziel nicht erreichen lässt, steigen Jugendliche aus oder versuchen andere Wege. Strategische Rücksichtnahme ist Jugendlichen tendenziell fremd.

- **Action statt Schulungskurse**

Jugendliche suchen Strukturen, die es ermöglichen, sofort zu Handeln. Spontane Aktion aufgrund moralischer Empörung ist attraktiver als lange inhaltliche Bearbeitung eines Themas.

- **Realistische Ziele**

Die Zielsetzung, die Jugendliche ihrem Engagement zu Grunde legen, ist meist konkret und realistisch in einem bestimmten Zeitrahmen zu erreichen.

- **Engagement auf Zeit**

Jugendliche sind meist bereit viel Zeit für ihr Engagement aufzuwenden, aber nur so lange sie es als sinnvoll und spannend erachten.

f. Transparenz

Partizipationsprozesse sollten transparent gestaltet sein. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, Jugendliche bereits an der Erarbeitung des Partizipationskonzeptes zu beteiligen. Dabei ist es notwendig, von vorne herein das Konzept und die Ziele der Beteiligung zu klären und aufzuzeigen, welche Möglichkeiten der Beteiligung bzw. welcher Grad der Mitbestimmung realisierbar ist. Dabei gilt es insbesondere die Grenzen der Beteiligung klar zu stellen, um keine falschen Hoffnungen aufkommen zu lassen und Frustration zu vermeiden. Die Entscheidungsfindung muss so gestaltet sein, dass sie für alle Beteiligten transparent und beeinflussbar ist und Informationen für alle zugänglich sind (BMFSFJ 2012: 10, Knauer/Sturzenhecker 2005: 80, Bundesjugendkuratorium 2009: 26).

g. Ergebnisoffenheit und das Recht auf Scheitern

Eine weitere Voraussetzung für gelingende Partizipation ist die Ergebnisoffenheit und das Vorhandensein von echten Entscheidungsalternativen (BMFSFJ 2012: 11). Dabei muss den Kindern und Jugendlichen auch das Recht eingeräumt werden, Entscheidungen zu treffen, die sich im Nachhinein als falsch oder ungünstig erweisen, um dann revidiert zu werden. Konflikte sollten in diesem Zusammen-

hang nicht als Störungen, sondern als selbstverständliche Bestandteile von Partizipationsprozessen begriffen werden, die es auszuhalten und auszuhandeln gilt (Knauer/Sturzenhecker 2005: 82).

h. Reflexion / Evaluation / Dokumentation

Im Anschluss an Partizipationsprozesse ist eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Verlauf und den Ergebnissen anzustreben (Bundesjugendkuratorium 2009: 29; BMFSFJ 2012: 13). Allen Beteiligten sollte die Möglichkeit geben werden, ihre Erfahrungen zu reflektieren und daraus Konsequenzen für weiteres Engagement zu ziehen. Eine solche Reflexion ermöglicht nicht nur die Verbesserung der Partizipationsabläufe, sondern kann auch als ein Beitrag zur politischen Bildung bedeutsam sein (Knauer/Sturzenhecker 2005: 81).

Im Interesse einer nachhaltig angelegten Partizipationsförderung sind wissenschaftliche Evaluationen erforderlich, die Erfahrungen mit jeweiligen Projekten und Programmen analysieren und damit eine Informationsgrundlage für politische Entscheidungen zur Verfügung stellen.

4. Zentrale Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Jugend- und Partizipationsforschung

Zusammenfassung und Empfehlungen

Die Beteiligung von Jugendlichen liegt, im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, in Baden-Württemberg nach wie vor auf einem relativ hohen Niveau. Sie ist jedoch seit den letzten Jahren leicht rückläufig. Dabei ist die Engagementbereitschaft – die in den letzten Jahren angestiegen ist – höher als das tatsächliche Engagement. Die bislang vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten werden also den Potenzialen nicht gerecht, wobei auch Hemmnisse wie Zeitmangel aufgrund steigender schulischer Beanspruchung wirksam werden.

Die Teilhabe von Jugendlichen ist im Bereich der gemeinschaftlichen Aktivitäten und des freiwilligen Engagements deutlich stärker ausgeprägt als im Bereich der genuin politischen Partizipation. 48% der 14–19-jährigen Baden-Württemberger/innen gelten als freiwillig engagiert. (Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung 2011: 12). Von diesem Engagement sind jedoch nur etwa 2% im Bereich Politik situiert (Picot 2012: 37). Gleichwohl kann nicht von einem generellen politischen Desinteresse Jugendlicher ausgegangen werden. Denn mehr als ein Drittel der befragten Jugendlichen bezeichnet sich als politisch interessiert. Auch für den politischen Bereich ist eine Diskrepanz zwischen der potenziellen Engagementbereitschaft und der realisierten Beteiligung zu verzeichnen, die ein Indiz dafür ist, dass konventionelle Formen der politischen Beteiligung den Beteiligungswünschen von Jugendlichen nicht gerecht werden.

Das Ausmaß des Engagements sowie des politischen Interesses und der politischen Partizipation sind entscheidend von zwei Einflussfaktoren abhängig: Dem Alter sowie dem sozialen Status, insbesondere dem formalen Bildungsniveau:

- *Im Vergleich zu Kindern, aber auch zu Erwachsenen, erweisen sich Jugendliche als überdurchschnittlich engagiert. Zwischen 12 und 19 Jahren nimmt das Engagement zu, ist dann aber wieder rückläufig. Dies ist als eine Folge lebensphasentypischer Bedingungen erklärbar (Zunahme der Eigenaktivitäten außerhalb der Herkunftsfamilie bei Jugendlichen; Zunahme eigener beruflicher und familialer Verpflichtungen bei Erwachsenen).*
- *Ein enger Zusammenhang zwischen politischem Interesse und politischer Partizipation mit der sozialen Position ist auch für Jugendliche durchgängig nachweisbar. Sichtbar wird es insbesondere an den Effekten des formalen Bildungsniveaus: Jugendliche, die ein Gymnasium besuchen, sind fast doppelt so häufig engagiert und politisch aktiv wie jugendliche Haupt- oder Realschüler/innen.*
- *Das relativ geringere Ausmaß des politischen Interesses und der Partizipation von Haupt- und Realschüler/innen ist jedoch keineswegs Ausdruck eines generellen Desinteresses an gesellschaftspolitischen Themen. Aktuelle Studien weisen nach, dass auch sogenannte „bildungs-*

ferne“ oder für die politische Bildung „schwer erreichbare“ Jugendliche durchaus Interesse an solchen gesellschaftspolitischen Themen aufweisen, die für sie lebensweltlich relevant sind.

Bei allen Bereichen und Formen der Beteiligung bestehen zudem geschlechtsspezifische Unterschiede:

- *Weibliche Jugendliche zeigen sich insgesamt als etwas engagierter als ihre männlichen Altersgenossen; männliche Jugendliche sind jedoch häufiger Mitglieder in Vereinen. Bei jungen Erwachsenen kehrt sich dieses Verhältnis dann ins Gegenteil um.*
- *Auch bei den Tätigkeitsfeldern sind geschlechtsspezifische Unterschiede zu erkennen: So sind Rettungsdienste, Sport und Politik eher männerdominierte Bereiche, wohingegen Frauen stärker im kirchlichen Bereich, bei der Betreuung Hilfsbedürftiger sowie im Tier- und Umweltschutz engagiert sind.*

Der Migrationshintergrund stellt dagegen keinen eigenständigen Einflussfaktor dar:

- *37 % aller baden-württembergischen Kinder und Jugendlichen weisen nach der gängigen statistischen Definition ein Migrationshintergrund auf; darin kommt zum Ausdruck, dass die Kategorie Migrationshintergrund auf höchst unterschiedliche Teilgruppen verweist - sowohl im Hinblick auf vorhandene oder nicht vorhandene eigene Migrationserfahrungen, die gesellschaftliche Position der Herkunftsfamilie in Deutschland sowie die Bedeutung oder Bedeutungslosigkeit ethnischer, nationaler oder religiöser Identitäten.*
- *Substanzielle, empirisch nachweisbare Unterschiede zu einheimischen Kindern und Jugendlichen bestehen, bei Kontrolle intervenierender Variablen, insbesondere des sozialen Status und des Bildungsniveaus, nur zwischen Jugendlichen mit und ohne eigene Migrationserfahrung. Dadurch, dass diese Faktoren in der Berichterstattung oft nicht berücksichtigt werden, entsteht das suggestive und folgenreiche aber falsche Bild grundsätzlich anzunehmender Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund.*
- *Besonderheiten, die durch das Aufwachsen in spezifischen politischen und religiösen Milieus bedingt sind, sind nur bei bestimmten Teilgruppen migrantischer Jugendlicher zu beobachten; sie bedürfen einer spezifischen Betrachtung der sozialen Lage, der Sozialisation sowie der Migrations- und Diskriminierungserfahrungen dieser Teilgruppen.*

Empfehlungen:

- *Für eine Präzisierung und Weiterentwicklung des Wissens über die genannten Zusammenhänge wären Studien, die spezifischere Einsichten über politische Interessen und Handlungsbereitschaften von Teilgruppen – unterschieden nach Bildungsniveau, sozialräumlichen Lebensbedingungen und Gelegenheitsstrukturen in städtischen und ländlichen Regionen sowie spezifischen ethnischen, religiösen und weltanschaulichen Herkunftsmilieus – ermöglichen hilfreich.*
- *Unzureichend erforscht sind auch die mittel- und langfristigen Effekte der Sozialisations- und Bildungsprozesse in den Angebotsstrukturen der Jugendarbeit (offene Jugendarbeit, Jugend-*

verbandsarbeit, kulturelle Jugendbildung, Jugendsozialarbeit) auf die Entwicklung von Engagement und politischer Partizipation.

- *In der Partizipationsdiskussion sollte eine Fortschreibung von Stereotypen über die vermeintliche Besonderheit migrantischer Kinder und Jugendlicher vermieden werden; an ihre Stelle sollte eine Auseinandersetzung mit diskriminierenden Strukturen und Praktiken auch in der Jugendarbeit sowie eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Interessen und Bedarfen treten, die aus den sozioökonomischen und soziokulturellen Merkmalen heterogener Herkunftsmilieus von Kindern und Jugendlichen resultieren.*

Das Engagement und insbesondere die politische Partizipation Jugendlicher sind seit den 1970er Jahren kontinuierlich beforscht worden. Dabei richtete sich das Interesse der Forschung in den 1970er und 1980er Jahren vor allem auf Formen eines gesellschaftskritischen Jugendprotestes, der auch als Ausdruck von Generationskonflikten interpretiert wurde. Ab Mitte der achtziger Jahren ist dann eine Themenverschiebung zu beobachten: Mit dem Abflauen der sog. Neuen sozialen Bewegungen trat einerseits die Thematik Entpolitisierung und politisches Desinteresse Jugendlicher in den Vordergrund. Seit Anfang der neunziger Jahre fand dann das Thema des neuen jugendlichen Rechtsextremismus verstärkte Aufmerksamkeit.

In dieser Entwicklung wird sichtbar, dass Veränderungen des politischen Engagements und des politischen (Des-)Interesses Jugendlicher nicht angemessen als jugendspezifische Phänomene verstanden werden können, sondern auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen verweisen. Dies gilt auch im Hinblick auf die gegenwärtige Situation, zum Beispiel im Hinblick auf Phänomene wie Skepsis und Distanz gegenüber Institutionen der repräsentativen Demokratie, die nicht nur bei Jugendlichen zu finden sind, sondern auch unter Erwachsenen und deren Ursachen unter Stichworten wie ‚Krise der politischen Repräsentation‘ (Vester 2003) und ‚Post-Demokratie‘ (Crouch 2008) diskutiert werden.

Vor dem Hintergrund der Jugendforschung liegt die Einschätzung nahe, dass Jugendliche Seismographen gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen sind, welche diese in zugespitzter Weise zum Ausdruck bringen (s. Scherr 2009: 173ff.).

Im Folgenden werden zunächst zentrale Forschungsergebnisse zum freiwilligen Engagement, daran anschließend zur politischen Partizipation zusammengefasst.

Basisdaten zur Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg²

Altersspanne Jahre	Bevölkerung		männlich		weiblich		Migrationshintergrund im weiteren Sinn ³	
6 – 9	394.000	6–13-Jährige: 810.000	208.000	52,8%	186.000	47,2%	169.000	42,9%
10 – 13	416.000		211.000	50,7%	205.000	49,3%	159.000	38,3%
14 – 17	475.000	14–21-Jährige: 987.000	242.000	51,0%	233.000	49,0%	168.000	35,4%
18 – 21	512.000		265.000	51,8%	247.000	48,2%	169.000	33,0%
22 – 27	786.000		405.000	51,5%	381.000	48,5%	256.000	32,6%
Insgesamt 6 – 27	2.583.000		1.605.000	51,4%	1.518.000	48,6%	1.162.000	37,2%

4.1. Freiwilliges Engagement

Das Ausmaß des freiwilligen Engagements in Baden-Württemberg wurde in zwei Studien erhoben: dem Freiwilligensurvey 2009 (Befragte: ab 14 Jahren) sowie der Jugendstudie 2013 (12–18-Jährige).⁴

Laut der Sonderauswertung des Freiwilligensurveys von 2009 für Baden-Württemberg sind 41% der Baden-Württemberger/innen freiwillig engagiert. Das Niveau des Engagements in Baden-Württemberg liegt damit etwas über dem Bundesdurchschnitt von 36% und an der Spitze aller Bundesländer (Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung 2009: 6f.). Mit am stärksten ausgeprägt ist das Engagement mit 48% unter den 14–19-Jährigen. Im Alter von 20 - 24 Jahren beteiligen sich dann noch 41% und unter den 25–29-Jährigen 40% (ebd.: 12). Das Engagement der 14–30-Jährigen ist 2009 im Vergleich zu 2004 um 2% leicht zurückgegangen (ebd.: 13), was auch dem bundesweiten Trend entspricht (Picot 2012: 19). Diese Zahlen, die vordergründig betrachtet ein sehr hohes Niveau des Engagements dokumentieren, sind jedoch mit Vorsicht zu interpretieren. Denn aufgrund der gewählten Erhebungsmethode umfassen sie auch punktuelleres Engagement, lassen also keinen direkten Rückschluss auf mittel- und langfristig angelegtes Engagement zu. Nach den Ergebnissen der

² Berechnung nach dem Mikrozensus 2013 (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013)

³ Migrationshintergrund im weiteren Sinne. Hierzu zählen alle in Deutschland lebenden Ausländer/innen und Deutsche mit Migrationshintergrund (Zuwanderung ab 1950). Darunter werden gefasst: a) Spätaussiedler und Eingebürgerte, b) Kinder von Spätaussiedlern und Eingebürgerten, c) Kinder ausländischer Eltern, die bei der Geburt zusätzlich die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben, d) Kinder mit einseitigem Migrationshintergrund, bei denen nur ein Elternteil Migrant ist, e) Eingebürgerte nicht zugewanderte Ausländer (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2014)

⁴ Die erheblichen Unterschiede der Ergebnisse dieser beiden Studien sind auch ein Effekt der unterschiedlichen Alterszusammensetzung. Für das Freiwilligensurvey wurden im Jahr 2009 20.005 Personen ab 14 Jahren befragt. 1.427 der Befragten kamen aus Baden-Württemberg. Datengrundlage der Jugendstudie 2013 war eine Befragung im Herbst/Winter 2012/2013 von 2.396 Baden-Württemberger/innen zwischen 12 und 18 Jahren. Der Großteil der Befragten (42%) war zwischen 12 und 14 Jahre alt. 35% waren 15 oder 16 sowie 23% 17 oder 18 Jahre alt. Die Stichprobe der Befragten im Rahmen der Jugendstudie Baden-Württemberg ist demnach jünger als die des freiwilligen Surveys.

Jugendstudie Baden-Württemberg von 2013 ist das Niveau des Engagements deutlich geringer, als nach den Zahlen des Freiwilligensurveys: Demnach sind 32% der 14–18-Jährigen in ihrer Freizeit freiwillig engagiert (Jugendstiftung 2013: 53).

Im Survey ‚Jugend Baden-Württemberg‘ von 2011 lag die Anzahl noch bei 38% (Jugendstiftung 2011: 47). Insbesondere bei Mädchen ist die Beteiligung von 43% auf 34% und bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund von 30% auf 21% gesunken. Hier bestätigt sich der auch in anderen Studien dokumentierte Trend zu einer leichten Abnahme des freiwilligen Engagements unter Jugendlichen in den letzten Jahren (vgl. Picot 2012:19).

Zudem zeigt sich in den Daten des Freiwilligensurveys seit 1999 eine zunehmende soziale Polarisierung des Engagements:

„Die Daten zeigen im Zeitvergleich eine zunehmende Exklusion von Jugendlichen mit niedrigem Bildungsstatus bzw. eine wachsende soziale Divergenz: Die „Restgruppe“ der Jugendlichen mit niedrigem formalem Bildungsstatus findet immer schwerer Zugang zum Engagement. (Nur 19 Prozent sind hier engagiert, gegenüber 44 Prozent der Jugendlichen mit hohem Bildungsstatus.) (...) Das Engagement Jugendlicher hat bisher im Grunde kaum eine kompensatorische Funktion. Eher muss man sich wohl an die Frage herantrauen, ob man nicht von einem Vehikel zur Elitebildung sprechen muss“ (Picot 2012a: 86).

Der Vergleich der Freiwilligensurveys von 1999 bis 2009 zeigt jedoch eine Zunahme der gemeinschaftlich aktiven Jugendlichen. Zudem belegen die Daten eine Zunahme der generellen Bereitschaft zum Engagement unter Jugendlichen (Picot 2012: 23). Die Ursache für die Abnahme des tatsächlichen Engagements ist insofern nicht in der Bereitschaft, sondern in anderen Bedingungen zu suchen, die sich seit 2009 verändert haben. Als wichtigster Faktor wird dabei die den Jugendlichen zur Verfügung stehende Zeit für das Engagement betrachtet: Insbesondere die verstärkte zeitliche Beanspruchung von Gymnasiast/innen durch die Schule in Folge der Einführung des G8 sowie von Ganztageschulen scheint hierbei eine bedeutsame Rolle zu spielen (Weingardt 2013: 100; s. auch Rauschenbach 2013). Zudem deuten die Daten darauf hin, dass die zur Verfügung stehenden Angebote den Potenzialen nicht gerecht werden.

Tätigkeitsfelder des freiwilligen Engagements

Die Jugendstudie für Baden-Württemberg von 2013 zeigt, dass der Bereich Sport, in dem sich 39% aller freiwillig engagierten Jugendlichen betätigen, damit den größten Engagementbereich darstellt. An zweiter Stelle steht das Engagement im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit (35%), gefolgt von Kirchen/ Religion (30%) und Schulen (27%). Engagement in den Bereichen Kultur, Kunst und Musik wird von 11% der Befragten genannt. Am geringsten ausgeprägt ist das Engagement in den Bereichen

Medien und Politik mit jeweils 2% (Jugendstiftung Baden-Württemberg 2013: 55). Diese Verteilung wird in den bundesweiten Zahlen des Freiwilligensurveys von 2009 betätigt (Picot 2012: 37).

Auch bei den *Mitgliedschaften* in Vereinen und Organisationen zeigt sich eine ähnliche Gewichtung. Unter den 14–24-Jährigen sind 28% Mitglieder in Vereinen oder Organisationen. Dabei überwiegt mit 64% aller Mitgliedschaften die Mitgliedschaft in Sportvereinen. Eigenständige Jugendorganisationen stehen mit 28% an zweiter Stelle; bei Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen sind es 18%, im Bereich Bildung und Kinderbetreuung 12%. Je 7% weisen eine Mitgliedschaft im Bereich Umwelt- und Tierschutzorganisation sowie Bürgerinitiativen und Bürgervereinen auf. Von den 28% der 14–24-Jährigen, die eine Mitgliedschaft in einem Verein aufweisen, sind nur 6% Mitglied in einer Partei, und 3% sind in Gewerkschaften oder Berufsverbänden organisiert (Picot 2012: 144). Im zeitlichen Vergleich zeigt sich, dass die Mitgliedschaften in Vereinen und anderen Organisationen seit 1999 relativ stabil geblieben sind. Der oftmals angenommene Rückgang traditioneller Beteiligung in Form von Vereinsmitgliedschaften lässt sich demnach nicht bestätigen (Picot 2012: 134, siehe hierzu auch Kapitel 6.2.).

Die im Rahmen des Engagements der 14–24-Jährigen am häufigsten ausgeübten Tätigkeiten sind die Durchführung und Organisation von Veranstaltungen (66%). Bei der pädagogischen Betreuung und Gruppenleitung sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (33%) mit 56% relativ mehr Jugendliche engagiert. Auch bei persönlichen Hilfeleistungen (43%), im Bereich der Mitsprache und Interessensvertretung (41%) sowie bei der Organisation und Durchführung von Hilfsprojekten (36%) findet sich eine vermehrte Betätigung der unter 25-Jährigen. Vergleichsweise weniger betätigen sich die jüngeren Freiwilligen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, Beratung, Vernetzungsarbeit, bei Verwaltungstätigkeiten sowie im Rahmen der Mittelbeschaffung (Picot 2012: 41).

Motive für freiwilliges Engagement

Das wichtigste Motiv für freiwilliges Engagement unter Jugendlichen in Baden-Württemberg stellt nach den Ergebnissen der Jugendstudie 2013 der „Spaß“ an der Tätigkeit dar (78%). 48% engagieren sich freiwillig, „um für andere Menschen da zu sein“, 47% möchten durch das Engagement etwas lernen. Freunde zu finden und mit anderen zusammen zu sein, wird von 38% als Grund für das eigene Engagement benannt und 31% erhoffen sich durch die Betätigung bessere Jobchancen (Jugendstiftung Baden-Württemberg 2013: 54).⁵

Bundesweit zeichnete sich in den letzten Jahren ab, dass insbesondere die berufliche wie allgemeine Qualifizierung als Motiv für freiwilliges Engagement an Bedeutung gewonnen hat. Je jünger die befragten Jugendlichen waren, umso häufiger wurden diese Motive genannt (Picot 2012: 102). Von

⁵ Die Ergebnisse stimmen mit denen der Jugendstudie 2011 überein (Jugendstiftung Baden-Württemberg 2011:48).

Schwanenflügel machte jüngst in ihrer Studie zu Partizipationsbiografien Jugendlicher auf die subjektiven Bedeutungsdimensionen von Partizipationshandeln aufmerksam. Demnach wird Partizipationshandeln als subjektiv sinnvolle Strategie der Lebensbewältigung bedeutsam und fungiert beispielsweise als Aneignungs-, Abgrenzungs- oder Emanzipationsprozess und dient als Möglichkeit der Identitätskonstruktion; Selbstinszenierung in Abgrenzung zu nicht Engagierten, generiert Zugehörigkeit oder erlangt als Mittel zum Statusgewinn biografische Bedeutsamkeit (von Schwanenflügel 2015: 189ff.).

Ungleiche Beteiligung in Abhängigkeit von Geschlecht, Bildungsniveau und Migrationshintergrund

a) Geschlecht

Nach den Daten der baden-württembergischen Jugendstudie von 2013 sind Mädchen (34%) engagierter als Jungen (29%). Auch der bundesweite Freiwilligensurvey 2009 zeigt, dass das Engagement im Alter von 14 - 19 Jahren bei den jungen Frauen (37%) etwas höher ist als bei den jungen Männern (35%). Zwischen dem 20. und dem 29. Lebensjahr kehrt sich dieser Trend jedoch ins Gegenteil um. So sind in dieser Altersgruppe 40% der Männer, aber nur noch 28% der Frauen freiwillig engagiert. Hierin zeigt sich, dass das Engagement in den geschlechtsspezifischen Lebensläufen von Frauen und Männern eine unterschiedliche Rolle einnimmt. Ca. ab dem 40. Lebensjahr zeichnet sich dann wieder eine Auflösung dieses Ungleichgewichtes zwischen Männern und Frauen ab und das Engagement von Frauen nimmt wieder zu (Picot 2012: 85).

Zudem ist ein deutlicher Unterschied zwischen den Tätigkeitsfeldern des Engagements zwischen Männern und Frauen zu verzeichnen: Männlich dominierte Bereiche sind Feuerwehr und Rettungsdienste (79%), Sport (66%) sowie Politik, lokales Bürgerengagement sowie berufliche Interessenvertretung (65%). Dagegen sind Mädchen/Frauen im kirchlichen Bereich (55%), im Sozial- und Gesundheitswesen (55%), in Schulen und Kindergärten (53%) sowie im Umwelt-, Natur- und Tierschutz (52%) mehrheitlich engagiert (Picot 2012: 65). Dabei fällt auf, dass in den männlich dominierten Bereichen der geschlechtsspezifische Bias stärker ist.

Junge Männer (14-24 Jahre) sind zudem häufiger Mitglied in gemeinnützigen Vereinen und Organisationen. Während 33% der männlichen Jugendlichen eine Mitgliedschaft aufweisen, sind es bei weiblichen Jugendlichen nur 23% (Picot 2012: 145). Zudem geben weibliche Jugendliche weniger häufig an, eine leitende Funktion in diesem Rahmen zu übernehmen (ebd.: 152).

b) Bildungsstatus

In Bezug auf den Bildungsstatus lassen sich erhebliche Differenzen erkennen: Das Engagement sowie das politische Interesse steigen, wie auch bundesweite Jugendstudien wiederkehrend nachgewiesen

haben, mit dem formalen Bildungsniveau (s. etwa Shell 2010: 53ff. und 129ff.).⁶ Laut der Jugendstudie 2013 liegt der Anteil der engagierten Gymnasiast/innen in Baden-Württemberg bei 39,7%, von den Realschüler/innen engagieren sich 28,9% und von den Haupt- und Werkrealschüler/innen dagegen nur 20,4% (Weingardt 2013: 100).

Auch die bundesweiten Zahlen von 2009 belegen ein erhebliches Ungleichgewicht: 44% der 14–24-Jährigen mit hohem Bildungsstatus bezeichnen sich als freiwillig engagiert. Unter den Befragten mit mittlerem Bindungsstatus sind es 29%, unter denjenigen mit niedrigem Bildungsstatus lediglich 19%. Bei Jugendlichen mit niedrigem Bildungsstatus ist zudem der Trend zur Abnahme des Engagements stark ausgeprägt: dieses ist von 1999 bis 2009 von 35% auf 19% abgesunken ist (Picot 2012: 77).

Auch bei der Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen zeigt sich, dass Jugendliche mit hohem Bildungsstatus (32%) häufiger vertreten sind als Jugendliche mit mittlerem (24%) oder niedrigem (24%) Bildungsstatus (ebd.: 145).

Bei den Jugendlichen, die gemeinschaftlichen Aktivitäten ohne zusätzliches Engagement (Übernahme von Funktionen in Vereinen usw.) nachgehen, lässt sich dagegen keine Abhängigkeit vom formalen Bildungsniveau ableiten. Während von den Jugendlichen mit hohem Bildungsstatus 40% aktiv sind, sind es unter denen mit mittlerem Bildungsstatus 44% und bei denjenigen mit niedrigem Bildungsstatus 41%.

In den Zahlen der Nicht-Aktiven drückt sich gleichwohl ein erhebliches Ungleichgewicht aus: 40% der befragten Jugendlichen mit niedrigem Bildungsstatus gehen keinerlei gemeinschaftlicher Aktivität nach. Unter denjenigen mit mittlerem Bildungsniveau sind es 27% und bei den höher Gebildeten 16% (ebd.).

c) Migrationshintergrund

Der in der politischen Diskussion und der Forschung inzwischen gängige Terminus Migrationshintergrund fasst höchst unterschiedliche Teilgruppen Jugendlicher zusammen: a) Jugendliche, die selbst zugewandert sind; b) in Deutschland geborene Jugendliche, Jugendliche, deren beide Elternteile nicht in Deutschland geboren sind; c) Jugendliche, deren beide Elternteile als Ausländer in Deutschland geboren sind; d) Jugendliche bei denen nur ein Elternteil einen Migrationshintergrund aufweist. In sozialwissenschaftlichen Analysen, die eine entsprechende Differenzierung vornehmen und den erheblichen Einfluss des Bildungsniveaus kontrollieren, zeigt sich, dass substantielle Unterschiede in Bezug auf Engagement, politische Orientierungen und politische Beteiligung zwischen Jugendlichen mit oder ohne Migrationshintergrund nur für die Teilgruppen festzustellen sind,

⁶ Es ist jedoch unklar, ob bzw. in welchem Ausmaß hier auch der Einfluss eines vom Bildungsstatus beeinflussten Antwortverhaltens zum Ausdruck kommt.

bei denen eigene Migrationserfahrungen vorliegen (s. BMI 2007, Engels u.a. 2011: 228; Scherr 2013; Sinus 2008).

Dies bestätigen auch die Zahlen für Baden-Württemberg: Von den baden-württembergischen Jugendlichen, bei denen beide Elternteile nicht in Deutschland geboren sind, also mit einem Migrationshintergrund im engeren Sinne des Begriffs, gaben im Jahr 2012/2013 21% an, sich freiwillig zu engagieren. Bei den Jugendlichen, deren beide Eltern oder von denen ein Elternteil in Deutschland geboren sind waren es 34%, im Vergleich zu 32% bei allen befragten Jugendlichen (Jugendstiftung Baden-Württemberg 2013: 53). Es wird also deutlich, dass Jugendliche aus Einwanderfamilien etwas stärker engagiert sind als einheimische Jugendliche, selbst zugewanderte Jugendliche dagegen weniger stark in freiwilliges Engagement eingebunden sind.

In bundesweiten Studien wird zwar eine insgesamt geringere Beteiligungsquote für Jugendliche mit Migrationshintergrund behauptet: Laut dem DJI Survey waren 2009 nur 22% der jungen Menschen zwischen 14 und 24 Jahren mit Migrationshintergrund freiwillig engagiert im Vergleich zu 38% der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (Picot 2012: 80). Allerdings ist die Aussagekraft dieser Daten gering, da der Einfluss des Bildungsniveaus, das bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund durchschnittlich niedriger ist als bei einheimischen Jugendlichen, hier nicht kontrolliert wurde. Insofern liegt die Annahme nahe, dass es sich um eine bloße Scheinkorrelation handelt. Generell ist festzustellen, dass Aussagen über die Bedeutung des Migrationshintergrundes eher zur Vorurteilsbildung als zur Aufklärung beitragen, wenn der Einfluss des sozialen Status und des Bildungsniveaus nicht berücksichtigt wird.

4.2. Politische Partizipation

Zunächst ist festzuhalten, dass in Bezug auf Jugendliche keineswegs von einem kontinuierlichen Rückgang des politischen Interesses oder gar von einem generellen politischen Desinteresse gesprochen werden kann. Denn in der sozialwissenschaftlichen Diskussion wird diesbezüglich zum einen festgestellt, dass die Hochphasen der von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragenen politischen Bewegungen kein geeigneter Maßstab sind. Zudem belegen die Shell-Jugendstudien für den Zeitraum 2002 bis 2010 keinen Rückgang, sondern einen leichten Anstieg des politischen Interesses. 2002 bezeichneten sich 30%, 2010 36% der Befragten als politisch interessiert. Die einschlägigen Jugend- und Partizipationsstudien (Picot 2012; Shell 2010; DJI 2011) zeigen jedoch eine deutliche Distanz zu etablierten Institutionen und institutionalisierten Formen der politischen Beteiligung. Erforderlich ist deshalb eine differenzierte Betrachtung in Distanz zu generalisierenden Tendenzangaben.

Die Jugendstudie des Sinus-Instituts (Calmbach u.a. 2012) weist zudem erneut darauf hin, dass in Umfragen geäußertes Desinteresse an Politik nicht umstandslos mit einer generellen apolitischen Haltung gleichgesetzt werden kann. Nach den Ergebnissen dieser Studie können die wenigsten

Jugendlichen als „politisch“ verstanden werden, wenn man „politisch sein“ damit gleichsetzt, Themenfelder der etablierten Politik zu kennen, Politiker/innen benennen zu können, die politische Berichterstattung systematisch zu verfolgen oder eine feste Parteipräferenz zu haben (ebd.: 73). Ein so gefasstes politisches Interesse äußern überwiegend formal höher gebildete Jugendliche. Gesellschaftspolitisch im weiteren Sinne interessiert sind jedoch auch Jugendliche mit einem geringeren formalen Bildungsniveau. Calmbach (2013: 17) fasst den Stand der Forschung treffend wie folgt zusammen:

„Versteht man unter ‚politisch sein‘, klassische politische Themenfelder sowie Politikerinnen und Politiker benennen zu können, systematisch die politische Berichterstattung zu verfolgen, den Diskurs politischer Kreise wahrzunehmen sowie die Festigung und Begründung einer bestimmten Parteipräferenz, so können heute die wenigsten Jugendlichen als politisch bezeichnet werden. (...) Jugendliche sind nicht notwendigerweise politikverdrossen, aber doch (noch) weitgehend leidenschaftslos, was Politik betrifft. (...) Fasst man den Politikbegriff weiter, sind Jugendliche keineswegs politikfern. Versteht man unter ‚politisch sein‘, sich für Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft und die Gestaltung von Lebensräumen zu interessieren, Sprachrohre zu suchen, die die eigenen Probleme, Sehnsüchte und Interessen in ‚ihrer‘ Sprache artikulieren können, Bereitschaft, sich für andere, sich persönlich für konkrete soziale Probleme im eigenen Umfeld zu engagieren, dann finden sich sowohl bei bildungsaffinen als auch bei bildungsfernen Jugendlichen deutliche Spuren von Interesse und Teilhabe an Politik. Jugendliche selbst übernehmen jedoch den dominanten engen Politikbegriff – und sind sich daher oft überhaupt nicht bewusst, dass sie sich politisch äußern. Das gilt insbesondere für die bildungsbenachteiligten Jugendlichen“ (Calmbach 2013: 17).

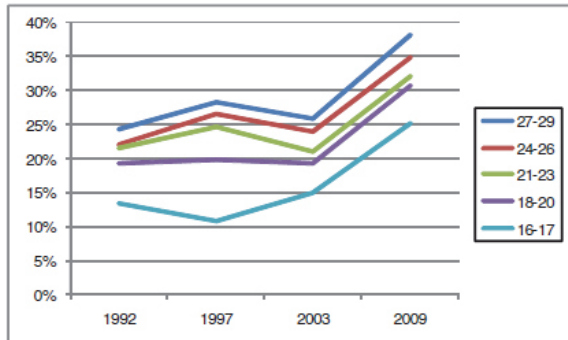
4.2.1 Politisches Interesse

Politisches Interesse gilt als die wichtigste Voraussetzung für politische Beteiligung. Festzustellen ist diesbezüglich zunächst, dass das politische Interesse der unter 30-Jährigen seit Anfang der 1990er Jahre „immer unterhalb des Niveaus der erwachsenen Bevölkerung ab 30 Jahren liegt“ (DJI 2011: 1). Dieser Sachverhalt ist gut erklärbar, denn „das Verständnis für Politik (ist) auch das Ergebnis eines längeren Sozialisationsprozesses ..., in dessen Verlauf Jugendliche sich Wissen aneignen, zunehmend in öffentliche Räume hineinwachsen und schließlich Verantwortungsrollen im familiären, beruflichen und öffentlichen Bereich übernehmen“ (ebd.).

Der Vergleich der Freiwilligensurveys von 1999 bis 2009 deutet auf eine Abnahme des politischen Interesses hin: Bei den 14- bis 19-Jährigen hat die Zahl der politisch nicht interessierten Jugendlichen von 20% auf 28% zugenommen. Auch bei den 20- bis 24-Jährigen und den bis 30-Jährigen zeigt sich eine rückläufige Tendenz (Picot 2011: 11f). Dies widerspricht jedoch den oben erwähnten Ergebnissen der Shell-Jugendstudien, nach denen das politische Interesse in diesem Zeitraum leicht angestiegen ist. Zudem ist nach den Daten der Shell-Studien die Zahl derjenigen, die sich als „gar nicht interessiert“ an Politik bezeichnen, rückläufig: 2002 waren dies 29%, 2010 dagegen nur noch 22% (Shell 2010: 143). Auch die Daten des DJI-Jugendsurveys weisen auf einen Anstieg des politi-

schen Interesses hin. Dieser Widerspruch in der Datenlage kann hier nicht aufgeklärt werden - dazu wäre ein detaillierter Vergleich der erhobenen Daten und der Datenqualität erforderlich.

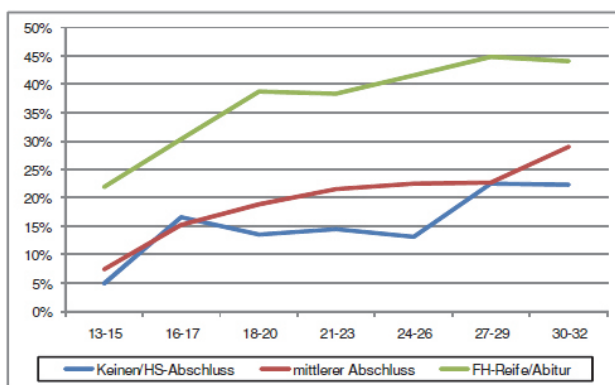
Sehr starkes/starkes politisches Interesse nach Altersgruppen (in Prozent), 1992 bis 2009



Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997, 2003 (gewichtet) und AID:A – DJI-Survey 2009 (gewichtet); 16- bis 29-jährige Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit; N=27.813; (<http://www.dji.de/index.php?id=1514>)

Vorliegende Daten weisen auf eine starke Abhängigkeit des politischen Interesses vom formalen Bildungsniveau hin:

Sehr starkes/starkes politisches Interesse nach Bildungsniveau und Altersgruppen in Prozent (2009)



Quelle: AID:A – DJI-Survey 2009 (gewichtet); 13- bis 32-jährige Befragte, N=10.729; (<http://www.dji.de/index.php?id=1514>)

4.2.2. Politische Beteiligung

Da sich in der Jugendforschung zwar eine Distanz zu institutionalisierten Formen der Politik, aber keine generelle Politikverdrossenheit abzeichnet, ist es erforderlich, bei der Betrachtung der unterschiedlichen Partizipationsformen im Folgenden zwischen eher institutionalisierten und eher nichtinstitutionalisierten Formen der Beteiligung zu unterscheiden.

a) Institutionalisierte Formen der politischen Beteiligung

Teilnahme an Wahlen

Ein zentrales Element formeller politischer Partizipation ist die Teilnahme an Wahlen. Laut dem DJI Survey (Gaiser/Gilles 2014: 80) ist die Beteiligung an Wahlen für die 18–29-Jährigen die selbstverständlichste Form der Beteiligung: Für 94% der Befragten kommt eine Wahlbeteiligung in Frage und 87% haben bereits an einer Wahl teilgenommen.

Bei den *Bundestagswahlen* 2013 lag die Wahlbeteiligung bei 72,4%, in Baden-Württemberg mit 75% etwas über dem Bundesdurchschnitt. Von den 18- bis 21-jährigen Baden-Württemberger/innen nahmen jedoch nur 68,3% an den Wahlen teil sowie nur 64,5% der 21–25-Jährigen. Ab Mitte 20 ist dann ein Anstieg der Wahlbeteiligung zu verzeichnen.⁷

Bei den *baden-württembergischen Landtagswahlen* 2011 lag die Wahlbeteiligung insgesamt bei 62,5%. Von den 18–20-Jährigen beteiligten sich 56,4%, von den 21–24-Jährigen 47,0% und von den 25–29-Jährigen, der Altersgruppe mit der niedrigsten Wahlbeteiligung, nahmen 46,5% der Wahlberechtigten teil. Die Bereitschaft zur Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl hat im Vergleich zum Jahr 2006 bei allen Altersgruppen um insgesamt 12,7% zugenommen. Der stärkste Anstieg war mit 15,7% in der Altersgruppe der 18–20-Jährigen zu verzeichnen (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011). Sowohl bei den Landtags- wie auch Bundestagswahlen zeichnet sich bei den jüngeren Wählergruppen damit zwar eine Zunahme der Wahlbeteiligung ab, gleichwohl bleibt diese jedoch unterdurchschnittlich.

Seit 2014 dürfen sich bei den *Gemeinde- und Kreistagswahlen* auch Jugendliche ab 16 Jahren beteiligen. Eine flächendeckende Auswertung der Wahlbeteiligung liegt nicht vor. Für 14 Städte ist jedoch eine entsprechende Statistik verfügbar. Dort zeigt sich, dass die Beteiligung der 16- und 17-Jährigen zwischen 26% und 58% lag, in den meisten Städten damit deutlich über der Beteiligung der 18–25-Jährigen, jedoch unter der Wahlbeteiligungsquote aller Wahlberechtigten blieb: In Freiburg konnte mit 58% die höchste Beteiligungsquote der unter 18-Jährigen im Vergleich zu 51% Beteiligung insgesamt erreicht werden. In Esslingen lag die Beteiligung der 16- und 17-Jährigen ebenfalls über der Gesamtbeteiligung (Landtag Baden-Württemberg 2014). Dagegen lag die Beteiligung der Erstwähler/innen in anderen Städten deutlich unter dem Durchschnitt.

Analysen, die diese regionalen Unterschiede erklären können, liegen nicht vor. Insofern können keine Aussagen dazu getroffen werden, ob und wie lokale Kampagnen, die an einigen Orten von der Jugendarbeit unterstützt wurden, einen relevanten Einfluss auf die Höhe der Wahlbeteiligung hatten. Insofern ist die Plausibilität der folgenden Einschätzung nicht verlässlich einzuschätzen: „Aufgrund der sehr guten Resonanz und der in einzelnen Kommunen erhobenen Daten kann man davon ausgehen, dass sich die Veranstaltungen und Angebote im Rahmen der Erstwählerkampagne grundsätzlich positiv auf die Wahlbeteiligung der Jugendlichen ausgewirkt haben“ (LJR BW/LpB BW 2014: 16).

⁷ Die bundesweite Wahlbeteiligung der 18-25 sowie der 25-30-Jährigen hat zwar im Vergleich zum Jahr 2009 leicht zugenommen, im Vergleich zu den Jahren 2005 und 2002 ist diese jedoch rückläufig. Dieser Trend zeichnet sich in allen Altersgruppen ab (Repräsentative Wahlstatistik des Bundeswahlleiters 2013).

Auch liegen keine Analysen dazu vor, ob die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen die gängigen Annahmen über den Einfluss des Bildungsniveaus auf die politische Partizipationsbereitschaft bestätigen.

Mitgliedschaft in Parteien, Gewerkschaften und politischen Verbänden

In der Altersstruktur der Parteien zeigt sich, dass junge Mitglieder deutlich unterrepräsentiert sind. Der Anteil der unter 25-jährigen Parteimitglieder liegt bei der CDU unter 2%, bei Grünen und FDP unter 4%, bei den Linken unter 1% (Niedermayer 2014: 9).

Obwohl Parteien nach der Shell Studie 2010 und dem DJI-Jugendsurvey wenig Vertrauen unter Jugendlichen genießen (Shell 2010: 40), käme es dennoch für 17% (Shell-Studie) bzw. 22% (DJI-Studie) der Befragten in Frage, in einer Partei oder politischen Gruppe mitzuarbeiten (ebd.: 147). Jedoch haben nur 4% der in der DJI-Studie Befragten bereits in einer Partei mitgearbeitet (Gaiser/Gille 2014: 80). Auch hier zeigt sich eine starke Diskrepanz zwischen der grundsätzlichen Bereitschaft und dem tatsächlichen Engagement.

Angaben zu den Mitgliedschaften der landesweiten parteilichen Jugendverbände sind von den Jungen Liberalen, den Jusos sowie der Jungen Union eingegangen. Die Grüne Jugend Baden-Württemberg hat leider keine Zahlen zur Verfügung gestellt. Bei den Jungen Liberalen (Julis) Baden-Württemberg, dem Jugendverband der FDP, sind die Mitgliederzahlen seit 2004 nahezu konstant geblieben und lagen 2014 bei 1.207 Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Auch die seit 1998 für die Junge Union Baden-Württemberg vorliegenden Zahlen verweisen auf eine Konstanz der Mitgliederzahlen, die 2014 10.926 Mitglieder betragen. Bei den Jusos Baden-Württemberg, der Jugendorganisation der SPD, ist die Anzahl der Mitgliedschaften seit 2005 mit 4.240 Mitgliedern auf 5.189 Mitglieder im Jahr 2015 angestiegen. Für die Jusos, sowie die Junge Union liegen zusätzlich die Zahlen zur Geschlechteraufteilung vor. Bei beiden Organisationen liegt der Anteil der männlichen Mitglieder mit 73% deutlich höher als der der weiblichen Mitglieder mit 27%. Eine Aufteilung nach Altersgruppen liegt lediglich für die Junge Union Baden-Württemberg vor. Die Daten zeigen, dass Jugendliche unter 16 Jahren mit 55 Mitgliedschaften (0,5%) im Jahr 2014 im Verband nur marginal vertreten sind. Der Anteil der 16– 20-jährigen liegt bei 14%, die Gruppen der 21–25-Jährigen, sowie der 26–30-Jährigen liegen jeweils bei ca. 30%. 22% sind zwischen 31 und 35 Jahren alt.

Auch in den Gewerkschaften sind jüngere Mitglieder deutlich unterrepräsentiert. Gewerkschaftliches Engagement ist laut der einschlägigen Jugendstudien für Jugendliche wenig attraktiv. Nur 4% der Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren sind laut dem Freiwilligensurvey 2009 in diesem Bereich aktiv. Das freiwillige Engagement ist hier sehr gering (Picot 2012: 37). Für die Mitgliederorganisationen der DGB-Jugend Baden-Württemberg wurden keine Mitglieder- und Engagiertenzahlen zur Verfügung gestellt.

b) Unkonventionelle außerparlamentarische politische Partizipation

In der Shell Jugendstudie 2010 wurde nach der grundsätzlichen Bereitschaft gefragt, sich an unterschiedlichen politischen Aktivitäten zu beteiligen, wenn diese ihnen persönlich oder politisch wichtig ist. 77% der befragten Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren gaben an, dass die Beteili-

gung bei einer Unterschriftensammlung für sie in Frage käme. 54% würden ggf. aus politischen Gründen bestimmte Waren boykottieren. 44% könnten sich vorstellen sich an einer Protestveranstaltung zu beteiligen, 39% in einer Bürgerinitiative mitzumachen und für 31% stellt die Informationsbeschaffung über oder die Beteiligung an Aktionen im Internet, beispielsweise über Twitter, eine Möglichkeit dar (ebd.: 147).

In der entsprechenden Auswertung des DJI-Survey 2009 für die 18–29-Jährigen liegt die Bereitschaft zur Teilnahme an unkonventionellen Beteiligungsformen etwas höher, was durch den höheren Altersdurchschnitt der dort Befragten zu erklären ist. Auch hier wird die Tendenz deutlich, dass nicht institutionelle punktuelle Beteiligungsformen für einen größeren Teil der Jugendlichen attraktiver sind als das kontinuierliche Engagement in Organisationen und Institutionen (Gaiser/Gilles 2014: 80).

4.2.3. Ungleichher Zugang zu politischem Engagement

Wie auch das politische Interesse steht die Bereitschaft zur politischen Partizipation in einem engen Zusammenhang mit *sozialer Herkunft* und *Bildungsgrad*: So beläuft sich das Interesse bei Jugendlichen nach den Daten der Shell-Studie 2010 aus der Unterschicht auf 16%, aus der unteren Mittelschicht auf 26%, der Mittelschicht auf 36%, der oberen Mittelschicht auf 48% sowie bei Jugendlichen aus der Oberschicht auf 51%. Angestiegen ist das Interesse in den letzten Jahren lediglich bei Jugendlichen aus der „Mittel“- und „Oberschicht“, bei der „Unterschicht“ hingegen zeichnet sich eine Stagnation ab (Shell 2010: 130). Dies schlägt sich auch in der Bereitschaft nieder, wählen zu gehen: Während die Beteiligung an Wahlen in den Gruppen mit mittlerer und höherer Bildung unbestritten ist, ist die Motivation wählen zu gehen bei bildungsbenachteiligten Jugendlichen geringer und die Einschätzung, mit der eigenen Stimme nichts bewirken zu können, ist höher (Calmbach u.a. 2012: 77).

Ungleichheiten in der politischen Beteiligung sowie des politischen Interesse zeichnen sich auch zwischen den *Geschlechtern* ab: Während laut der Shell Jugendstudie 2010 knapp 42% der männlichen Jugendlichen ein Interesse an Politik äußern, waren es bei den weiblichen nur 31% (ebd.: 133). Festzustellen ist weiter, dass die Mitarbeit in Parteien oder bei anderen institutionalisierten Formen eher männlich dominiert ist, bei weniger formalisierten Formen junge Männer und Frauen jedoch gleichermaßen engagiert sind (Gaiser/Gilles 2012: 147). Die Shell-Jugendstudie kommt zudem zu dem Ergebnis, dass die befragten weiblichen Jugendlichen mit 44% eine höhere grundsätzliche politische Aktivitätsbereitschaft aufzeigen als ihre männlichen Alterskohorten mit 35% (Shell 2010: 150).

Bei der politischen Beteiligung zeigen sich für Jugendliche mit Migrationshintergrund, unter Berücksichtigung des sozialen Status der Herkunftsfamilie und des Bildungsniveaus, nur noch bei Jugendlichen mit eigener Migrationserfahrung signifikante Unterschiede (s. Scherr 2013). Zu berücksichtigen ist jedoch, dass Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit, insbesondere Angehörige von Nicht-EU-Staaten, weder über das passive, noch über das aktive Wahlrecht verfügen, also strukturell benachteiligt sind.

5. Politische Partizipation auf kommunaler Ebene

Zusammenfassung und Empfehlungen

Auf kommunaler Ebene werden gegenwärtig unterschiedliche Beteiligungsmodelle erprobt. Es besteht eine große Vielfalt an Beteiligungsformen. Diese erreichen jedoch, von Wahlen abgesehen, bislang nur eine Minderheit der Kinder und Jugendlichen.

- *Die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen bei den Kommunalwahlen 2014 lag mit einer Spannweite von 26% bis 58% in den meisten Städten deutlich über der Beteiligung der 18- bis 25-Jährigen, jedoch unter der Wahlbeteiligungsquote aller Wahlberechtigten. Fundierte Aussagen über die Ursachen der unterschiedlich großen Beteiligung sind nicht möglich.*
- *Jugendforen haben sich als ein relativ weit verbreitetes Beteiligungsmodell in Kommunen etabliert. 2012 gaben 27% der durch die LpB BW befragten Kommunen an, Jugendforen durchzuführen (LpB BW 2012: 4).*
- *In Baden-Württemberg gibt es in 75 von 1.101 Gemeinden Jugendgemeinderäte, die im baden-württembergischen Dachverband der Jugendgemeinderäte organisiert sind (Stand Mai 2013). Die Wahlbeteiligung liegt zwischen 7% und 95%. Fundierte Aussagen über die Ursachen der unterschiedlich großen Beteiligung sind auch diesbezüglich nicht möglich.*
- *In den im Rahmen der Bestandsaufnahme befragten Städten wird eine konzeptionelle Verankerung der Jugendbeteiligung deutlich, die deutlich stärker ausgeprägt ist als in den befragten Landkreisen. Dabei wird durchgängig ein Partizipationsmix angestrebt. Es existiert jedoch kein einheitliches Beteiligungsmodell, die realisierten Modelle sind vielmehr ein Ausdruck regionaler Präferenzen und Gegebenheiten.*
- *Durch unterschiedliche Beteiligungsformen sollen auch benachteiligte Zielgruppen angesprochen werden. Dies erscheint nach Aussage der beteiligten Kommunen auch zu gelingen: Die 2012 von der LpB BW befragten Kommunen gaben fast durchgängig an, dass Hauptschüler/innen, unabhängig von den Beteiligungsformen, die am stärksten vertretene Gruppe seien.*

Die kommunale Beteiligung wird auch auf Landesebene gefördert:

- *Im Rahmen des Projektes „Jugend BeWegt“ wurden in 17 Modellkommunen die kommunalen Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen ausgebaut.*
- *Die Novellierung der Gemeindeordnungen, die zu mehr kommunalen Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen führen soll, stellt einen wichtigen Schritt zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen dar.*
- *Im Unterschied zu einigen anderen Bundesländern ist in Baden-Württemberg jedoch bislang keine landesweit zentrale Stelle für kommunale Projekte der Partizipationsförderung etabliert; damit fehlt auf Landesebene eine Institution, die lokale Projekte vernetzen, Erfahrungen aufarbeiten und verbreiten sowie Impulse, nicht zuletzt für erforderliche Weiterbildungsmaßnahmen, setzen könnte.*

Empfehlungen:

- *Durch eine vergleichende Evaluation kommunaler Wahlen und Projekte könnte ein Wissen über die Erfolgsbedingungen und die Effekte jeweiliger Verfahrensweisen erarbeitet und als Grundlage für die Weiterentwicklung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung verfügbar gemacht werden.*
- *Um die kommunale Beteiligung, auch in Folge der Gemeindeordnungsänderung, zu stärken, wäre die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung auf Landesebene sinnvoll, die als Beratungs- und Anlaufstelle zur Verfügung steht, Qualifizierungen und Weiterbildungen für diesen Bereich anbietet und von der aus die lokalen Projekte und Bestrebungen koordiniert werden können.*

5.1. Beteiligung durch die Kommunen

Der lokalen Ebene wird für Kinder- und Jugendbeteiligung aus unterschiedlichen Gründen zentrale Bedeutung zugesprochen. Sie gilt als „politisches Drehmoment für Jugendarbeit und Jugendpolitik“ (Pletzer 2015: 78) und für viele Gemeinden ist Kinder- und Jugendbeteiligung ein neuer und attraktiver Ansatz.

Zwischen 2011 und 2012 führte die Landeszentrale für politische Bildung eine Befragung der baden-württembergischen Kommunen zur kommunalen Jugendbeteiligung durch. Die Rücklaufquote lag bei 27,2%⁸ (300 Kommunen). Von den teilnehmenden Kommunen nennen 27% projektorientierte Formen der Mitbestimmung, ca. 25% gaben an, Jugendforen als Beteiligungsform durchzuführen, 14% haben einen Jugendgemeinderat, 10% führen Jugendhearings durch und 36% verweisen auf andere Beteiligungsformen (LpB BW 2012: 5f). Hier wird deutlich, dass im Rahmen der kommunalen Beteiligung eine Vielfalt unterschiedlicher Beteiligungsformen besteht und insbesondere punktuelle und projektorientierte Formate beliebt sind.

Die Abfrage der behandelten Themen zeigte, dass bei offenen Beteiligungsformen wie Jugendhearings und Jugendforen eine breitere Themenvielfalt besteht als bei Jugend(gemeinde)räten. Bei allen drei Beteiligungsformaten kommt den Themen Freizeiträume und Jugendtreffs sowie politische Arbeit und Veranstaltungen / Events ein hoher Stellenwert zu (ebd.: 7).

Im Rahmen der von uns durchgeführten Befragung ausgewählter Stadt- und Landkreise wurde deutlich, dass in Städten meist ein Konzept für die kommunale Jugendbeteiligung vorliegt, die insbesondere einen Partizipationsmix anstrebt. Durch das Angebot von unterschiedlichen kommunalen Beteiligungsformaten sollen unterschiedliche Zielgruppen, insbesondere auch als benachteiligt geltende Jugendliche angesprochen und zur Beteiligung motiviert werden. Dies scheint punktuell durchaus erfolgreich zu sein. Die erwähnte Studie der LpB kam jedoch zu dem Ergebnis, dass die befragten Kommunen fast durchgängig angaben, dass Hauptschüler/innen, bei den unterschiedlichen Beteiligungsformen, die am stärksten vertretene Gruppe seien (LpB BW 2012: 4). Dazu, ob bzw. wie dies flächendeckend gelingt, ist aufgrund fehlender verlässlicher Daten keine Aussage möglich.

⁸ Folglich ist die Aussagekraft dieser Studie aufgrund fehlender Repräsentativität und möglicher Verzerrungseffekte im Antwortverhalten begrenzt.

In 75 von 1.101 Gemeinden gibt es Jugendgemeinderäte, die im baden-württembergischen Dachverband der Jugendgemeinderäte organisiert sind (Stand Mai 2013). Bezüglich der Wahlbeteiligungen zeigen sich zwischen den Gemeinden erhebliche Differenzen. So lag die Beteiligung mit 7,13% in Schwäbisch Gmünd am niedrigsten und in Weingarten mit 95% am höchsten. Analysen, die zu einer Erklärung dieser Unterschiede beitragen, liegen nicht vor. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die Wahlbeteiligung in engem Zusammenhang mit der Organisationsform der Wahl steht: Die Jugendpflege Denzlingen wies in einer Befragung darauf hin, dass die Wahlbeteiligung 2014 an den Schulen zwischen 36 - 91% lag, die Wahlbeteiligung der „Freien Liste“ jedoch nur zwischen 8 - 10%.

Es zeigt sich, dass konventionelle Jugendgemeinderäte häufig durch offene Formen wie Jugendhearings, Jugend- und Schülerforen, online Befragungen oder punktuelle Beteiligungsprojekte ergänzt werden. Genaue Zahlen zur Verbreitung der Beteiligungsformen, die über die Studie der LpB hinausgehen, liegen nicht vor.

Der Entwurf der novellierten baden-württembergischen Gemeindeordnung räumt Jugendlichen das Recht ein, die Einrichtung einer Jugendvertretung zu beantragen. Zudem sollen dieser bessere finanzielle Ausstattung sowie weitere Rechte, wie Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht im Gemeinderat zukommen.⁹

Es kann davon ausgegangen werden, dass auch die Kinder- und Jugendarbeit mit der Ausweitung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen verstärkt eine Rolle im Rahmen der kommunalen Beteiligung spielen wird (Pletzer 2015: 80). Dennoch darf und kann eine kommunale Beteiligungskultur nicht vornehmlich im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit stattfinden, sondern muss als Querschnittsaufgabe gesehen werden, die auch eine Herausforderung für die kommunalen Verwaltungen umfasst: Sie müssen angemessene Kommunikationsformen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entwickeln und implementieren.

5.2. Landesweite Projekte zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene

a) Jugend BeWegt

„Jugend BeWegt“ ist ein landesweites Programm der Jugendstiftung Baden-Württemberg und des Landesjugendrings Baden-Württemberg mit dem Ziel, die Beteiligung Jugendlicher im kommunalen Raum nachhaltig zu fördern und zu verankern. Seit 2012 wurden in diesem Rahmen 17 Modellkommunen gefördert. Unter Mitwirkung der Jugendlichen wurden die Beteiligungsstrukturen vor Ort analysiert. Dabei ist vorgesehen, in jeder Kommune jährlich mindestens eine Beteiligungsform durchzuführen, wie z.B. ein Jugendforum, Jugendhearing einen Jugendmitmach(t)tag, eine Beteiligungswerkstatt oder ein „Kick-of-Meeting“ – Jugendliche und Erwachsene im Dialog. Zur

⁹ § 41a der baden-württembergischen Gemeindeordnung („Beteiligung von Jugendlichen“) wird gegenwärtig überarbeitet. Ein Gesetzesentwurf sieht vor, die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen gesetzlich zu verankern. Dadurch soll Jugendlichen ermöglicht werden, die Einrichtung von Jugendvertretungen zu beantragen. Zudem werden die Rechte der Jugendvertretungen erweitert, indem sie Rede-, Anhörungs- und Antragsrechte im Gemeinderat und ein eigenes Budget erhalten, heißt es hierzu in einer Pressemitteilung des baden-württembergischen Innenministeriums vom 10.02.2015.

Begleitung sollen lokale Steuerungsgruppen/Arbeitsgruppen eingesetzt werden. Falls nötig werden die Kommunen durch ein Coaching unterstützt. Zum Programm gehört auch die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch der Jugend BeWegt Kommunen. Eine Evaluation des Programms liegt bislang nicht vor. Die im Rahmen des Programms erstellte Homepage, www.jugendbeteiligung-bw.de, soll weiterentwickelt und als landesweites Beteiligungsportal genutzt werden.

b) Bündnis Wählen ab 16

Das baden-württembergische Bündnis „Wählen ab 16“ setzte im Vorfeld der Kommunalwahlen 2014 eine Erstwählerkampagne um; realisiert wurde dies unter der Federführung der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendrings in Zusammenarbeit mit der Baden-Württemberg Stiftung sowie verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen und Organisationen. Insbesondere die 216.000 im Jahr 2014 erstmals wahlberechtigten Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren sollten angesprochen werden.

Zu der Kampagne liegt ein Abschlussbericht der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendrings von 2014 vor. Im Rahmen der Kampagne fanden 259 Veranstaltungen, wie spielerische Lernangebote, Planspiele, Lernzirkel, Workshops, Großgruppen-Methoden, Infostände, Testwahlen sowie Diskussionsformate mit Kandidierenden statt. Von den 259 Veranstaltungen wurden mehr als die Hälfte (54%) an Schulen durchgeführt, die insgesamt besser besucht waren als außerschulische. Die Verteilung der Veranstaltungen auf die unterschiedlichen Schularten zeigt, dass mit 50% die meisten der Veranstaltungen an Gymnasien stattfanden, 19% an Realschulen, 12% an beruflichen Schulen, 10% an Haupt- und Werkrealschulen sowie 2% an Gemeinschaftsschulen.

Im Rahmen des Projektes „In Zukunft mit UNS“ der Baden-Württemberg Stiftung, welches vom Landesjugendring durchgeführt wurde, wurden als Beitrag zum „Bündnis Wählen ab 16“ 130 Multiplikator/innen qualifiziert, um in den Kommunen und Landkreisen selbstständig Veranstaltungen durchzuführen. Zudem gab es in einzelnen Städten (bspw. Freiburg, Stuttgart, Esslingen, Ravensburg) lokale Erstwählerbündnisse.

Ergänzt wurde die Kampagne durch Online-Angebote wie die Webseite www.waehlenab16-bw.de, die sich vor allem an Multiplikator/innen richtete. Die Website erreichte im Mai 2014 18.500 Nutzer/innen und verzeichnete über 74.000 Zugriffe, fast 1.000 Seiten hatten auf das Angebot verlinkt, darunter 320 Kommunen und 14 Landkreise. Mit Facebook (www.facebook.com/jugendwahl) wurden vor allem Jugendliche im Alter zwischen 13 und 24 Jahren erreicht. Die Reichweite aller Beiträge lag im Zeitraum vom 1. März 2014 bis zum Wahltag am 25. Mai 2014 bei 288.700 Nutzer/innen.

Das Projekt wurde im Nachhinein als erfolgreich bewertet und der Bedarf formuliert, zukünftig alle Wahlen durch eine Erstwählerkampagne zu begleiten. Zudem wird der Vorschlag unterbreitet, Kommunalpolitik durch einen Aktionstag pro Schuljahr dauerhaft als Thema an Schulen zu verankern.

6. Freiwilliges Engagement und Partizipation auf Landesebene

Zusammenfassung und Empfehlungen

Im Bereich der gemeinschaftlichen Aktivitäten und des freiwilligen Engagements erzielen die Jugendverbände die mit Abstand größte Reichweite. Im Bereich der politischen Partizipation lässt sich nur bei den Kommunalwahlen eine über quantitativ kleine Minderheiten hinausgehende Beteiligung feststellen. Zusammenfassend ist zudem festzustellen, dass soziale Ungleichheiten und Geschlechterverhältnisse sich in allen Bereichen des Engagements und der Partizipation reproduzieren.

Die landesweiten Projekte zur politischen Partizipation wie die U18 Wahlen, der Kindergipfel und Jugendlandtag sowie das Programm „Was uns bewegt“ zielen darauf, Interesse an Politik zu wecken und politische Bildungsprozesse anzuregen. Sie eröffnen jedoch keine tatsächlichen Möglichkeiten der Einflussnahme und konnten zudem nur einen kleinen Teil der baden-württembergischen Kinder und Jugendlichen erreichen. Bei den Programmen sind Jugendliche mit niedrigerem formalen Bildungsniveau und Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich unterrepräsentiert.

De facto bestehen für Kinder und Jugendliche auf Landesebene keine direkten Möglichkeiten, ihre politischen Interessen auf eine Weise einzubringen, die deren Beachtung und Umsetzung garantiert. Die Diskrepanz zwischen dem Partizipationsversprechen und der potenziellen Folgenlosigkeit realisierter Partizipation kann zu Enttäuschungen führen; fraglich ist auch, ob Kinder und Jugendliche auf Dauer für eine solche Form der Partizipation motiviert werden können, sofern diese als wirkungslos erfahren wird.

Diesbezüglich wird in der baden-württembergischen Gemeindeordnung davon ausgegangen, dass Kinder und Jugendliche „bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren“, einbezogen werden müssen. Dabei beschränkt sich die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen meist auf das unmittelbare Lebensumfeld im kommunalen oder schulischen Raum. Die beim Kindergipfel, Jugendlandtag sowie den „Was uns bewegt“ Foren behandelten und von den Teilnehmer/innen selbst gewählten Themen zeigen jedoch, dass die politischen Interessen weit über den kommunalen oder schulischen Nah-Raum hinausgehen und oftmals gesamtgesellschaftliche Fragestellungen umfassen.

Landesweite Projekte zum freiwilligen Engagement wie „jes – Jugend engagiert sich“, die Juleica-Ausbildung, Jugendbegleiter/innen- und Schülermentor/innenprogramme sowie Freiwilligendienste weisen ebenfalls eine relativ geringe Reichweite sowie eine Reproduktion sozialer Ungleichheiten auf.

Jugendverbände, insbesondere Sportverbände, haben eine große Reichweite im Bereich der gemeinschaftlichen Aktivitäten und des freiwilligen Engagements. Die oftmals angenommene Entwicklung in Richtung einer kontinuierlichen Abnahme der Mitgliederzahlen von Vereinen und Jugendverbänden lässt sich anhand vorliegender Zahlen für Baden-Württemberg bislang nicht bestätigen.

Formal bestehen in den Jugendverbänden auch für jüngere Mitglieder Mitbestimmungsmöglichkeiten. Ob die Realität der Jugendverbandsarbeit den weitreichenden Erwartungen im Sinne einer Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen und der Förderung politischer Partizipation entspricht, kann auf Grundlage der vorhandenen Daten nicht verlässlich beurteilt werden. Die faktische Gewährleistung innerverbandlicher Partizipation stellt aus Sicht der Verbände und wissenschaftlicher Expertisen eine anhaltende Herausforderung dar. Darauf reagieren einige Jugendverbände durch das Er-

proben und Einführen alternativer Beteiligungsformen. Zu den Formen und zur Reichweite innerverbandlicher Demokratie wären eigenständige Untersuchungen erforderlich.

Auch in Jugendverbänden steigt das Engagement mit dem Alter an und ist im Erwachsenenalter wieder rückläufig. Die Teilnehmenden sowie freiwillig Engagierten in den Jugendverbänden haben überwiegend eine mittlere oder höhere schulische Bildung. Sowohl bei den Teilnehmer/innen, als auch bei den Engagierten sind Jugendliche mit niedriger Schulbildung sowie mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert.

Um herkunfts- und milieubedingte Zugangsbarrieren abzubauen, bemühen sich einige Jugendorganisationen in Baden-Württemberg um eine Öffnung für weitere Zielgruppen und erproben unterschiedliche Möglichkeiten, die Migrant/innen Zugänge ermöglichen sollen. Generell weisen Jugendverbände jedoch eine spezifische Milieugebundenheit auf. Die Unterstützung der Selbstorganisation von jungen Migrant/innen ist in diesem Zusammenhang ebenfalls eine anerkannte Zielsetzung. Auf Landesebene sind gegenwärtig jedoch keine verlässlichen Zahlen zum Stellenwert und zur Reichweite von Jugendorganisationen verfügbar, die sich spezifisch an migrantische Jugendliche richten.

Auch in den Jugendverbänden besteht ein Geschlechter-Bias. In welchem Ausmaß sich weibliche oder männliche Jugendliche in Jugendverbänden engagieren, hängt vom Themenbereich der Verbände ab.

Im Bereich Kultur / Musik zeigten sich 2012 bundesweit 5% der Jugendlichen als freiwillig engagiert. 20% sind in diesem Bereich aktiv (Picot 2012: 37). Unter den Aktiven und freiwillig Engagierten in der kulturellen Jugendbildung sind überproportional viele weibliche Jugendliche sowie Menschen mit höherem Bildungsstatus, was sich auch in Programmen wie dem FSJ Kultur oder dem Modellprojekt „kek“ zeigt. Um die für diesen Bereich in besonderem Maße bedeutsamen Ungleichheitseffekte aufzubrechen, ist die Stärkung der Beteiligung und Integration sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher erklärte Zielsetzung der kulturellen Jugendbildung. Zur Bedeutung der kulturellen Jugendbildung für die politische Partizipation können keine generalisierten Aussagen getroffen werden, da hierzu kaum Materialien vorliegen.

Der Sport stellt das größte Teilhabe- und Engagementfeld für Kinder und Jugendliche dar. Bundesweit sind 12% der Jugendlichen freiwillig in diesem Bereich engagiert und 53% gemeinschaftlich aktiv. Jedoch zeichnet sich in diesem Bereich auch der relativ stärkste Rückgang der Engagiertenzahlen ab, wohingegen die Anzahl der Aktiven zugenommen hat (Picot 2012: 37).

Die Verbesserung von Zugangsbedingungen für benachteiligte Kinder und Jugendliche zum organisierten Sport, das „Gender-Mainstreaming“ sowie partizipative Mitgestaltung der Gesellschaft und Verantwortungsübernahme gehören zu den erklärten Zielen der BWSJ. Empirisch gesicherte Aussagen über das Ausmaß und die Reichweite der Realisierung dieser Zielsetzungen sind auf der Grundlage der verfügbaren Dokumente und Materialien jedoch nicht möglich. Zudem werden Formen des selbstorganisierten Engagements Jugendlicher, so etwa in Fangruppierungen, in vorliegenden Programmatiken nicht berücksichtigt.

Bei Aktivitäten im Bereich des Vereinssports werden soziale Zugangsbarrieren wirksam, die sich beim freiwilligen Engagement erheblich verstärken:

- Jungen sind häufiger als Mädchen im Sportverein aktiv;
- die Teilnahme in Sportvereinen steigt mit zunehmender Schichtzugehörigkeit;

- *Kinder mit Migrationshintergrund sind – auch dies ist mit hoher Wahrscheinlichkeit vor allem ein Nebeneffekt der sozioökonomischen Benachteiligung von Migrant/innen – seltener Mitglied in einem Sportverein, als Kinder ohne Migrationshintergrund.*

Modellprojekte, die benachteiligten Kindern und Jugendlichen Zugang zu freiwilligem Engagement verschaffen sollen, sind im Sport bislang nur von geringer Reichweite. Ob sich diese als nachhaltig erweisen, ist unklar.

Vorliegende Daten (s. Jugendstudie Baden-Württemberg 2013) deuten darauf hin, dass die soziale Selektivität im unorganisierten Freizeitsport deutlich geringer ausgeprägt ist.

Empfehlungen:

- *Anzustreben sind genauere Analysen der Ursachen der begrenzten Reichweite der Versuche, Engagement und Partizipation auf Landesebene zu fördern sowie der sozialen Selektivität der einschlägigen Programme; erst auf der Grundlage von Programmevaluationen könnten fundierte Einschätzungen dazu erarbeitet werden, ob und ggf. wie eine Verbesserung der Reichweite möglich ist.*
- *Obwohl die Jugendverbände zweifellos einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Engagement und Partizipation leisten, wären genauere Analysen der innerverbandlichen Prozesse erforderlich, um präzise Aussagen über bestehende Beteiligungshemmnisse (Alter, soziale Lage, Herkunftsmilieu, Geschlecht) und Grenzen der innerverbandlichen Partizipation treffen und Erfordernisse der Weiterentwicklung bestimmen zu können.*
- *Erfahrungen mit Engagement und Partizipation sind insbesondere dann bedeutsam für soziales Lernen und politische Bildung, wenn sie in Bildungsprozessen bearbeitet und reflektiert werden. Insofern stellt sich für die Jugendverbände die Aufgabe, eine darauf ausgerichtete gesellschaftspolitische Bildung als Querschnittsaufgabe zu begreifen, also nicht allein als ein additives Angebot, das zu den sonstigen Angeboten hinzutritt und sich an spezifische interessierte Zielgruppen adressiert.*
- *Im Sinne des Gender-Mainstreaming stellt sich auch für die Jugendverbände die Herausforderung, die Reproduktion tradierter Muster geschlechtsspezifischer Interessen und Handlungsorientierungen aufzubrechen. Hier könnten auf die Analyse und Überwindung ausgerichtete Modellprojekte einen Beitrag leisten.*
- *Aussagen dazu, ob eine gezielte Förderung von Vereinen und Verbänden, die auf die Selbstorganisation migrantischer Jugendlicher gerichtet sind, erforderlich und dazu geeignet sind, Engagement und Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu stärken, sind beim gegenwärtigen Kenntnisstand nicht begründet möglich. Eine entsprechende Förderung stellt unabhängig davon jedoch keine Alternative zu einer weiteren Öffnung der etablierten Jugendverbände für bislang unterrepräsentierte Herkunftsgruppen und soziale Milieus dar, wenn eine Separierung in einheimisch-deutsche und migrantische Jugendverbände vermieden werden soll.*

Im Folgenden wird ein Überblick über landesweite Projekte und Felder gegeben, in denen Partizipation und freiwilliges Engagement stattfinden oder erklärte Zielsetzungen sind. Hierbei werden landesweite Modellprojekte betrachtet sowie daran anschließend die Bereiche Jugendverbandsarbeit, Kulturelle Jugendbildung, Sport und Jugendsozialarbeit¹⁰.

¹⁰ Die Informationen sind vor allem den in Reaktion auf eine schriftliche Befragung eingegangenen Materialien entnommen. Zusätzlich wurden diese durch eine Internet- und Literaturrecherche ergänzt. Teilweise ist die Datenlage unzureichend, worauf an den entsprechenden Stellen hingewiesen wird

Basisdaten zu Engagement und Partizipation auf Landesebene

Projekt	Zeitraum	Reichweite
Politische Partizipation		
U18 Wahlen U18 Landtagswahl 2011	2011	30.793 Wähler/innen (2,4% der Alterskohorte 6 - 17)
U18 Bundestagswahl 2013	2013	33.670 Wähler/innen (2,6%)
Kindergipfel	2014	150 Teilnehmer/innen
Jugendlandtag	2013	140 Teilnehmer/innen
Was uns bewegt	2014 – 2015	ca. 1.500-3.000 Teilnehmende an Regionalkonferenzen (Schätzung) ca. 0,1% der Alterskohorte 14 - 27
Jugend BeWegt	2012 – laufend	Keine Angaben
Bündnis Wählen ab 16	Januar 2013 – März 2014	18.500 Nutzer/innen Internetseite (für Multiplikator/innen) 288.700 Nutzer/innen Facebookseite
Kommunalwahlen ab 16	2014	zwischen 26% und 58% Wahlbeteiligung der 16–17-Jährigen in Städten
Freiwilliges Engagement		
Jes – Jugend engagiert sich	2002 – 2008	2.423 Teilnehmende (2002-2005) (ca. 0,1% der Alterskohorte 12 - 27)
Kek – Kultur. Engagement. Kompetenz	2005 – 2008	ca. 100
Juleica Ausbildung	1998 – laufend	35.000 Juleica Ausstellungen (1998 – 2009) (ca. 2,3% der Alterskohorte 16-27)
Jugendbegleiter-Programm	2006 – laufend	23.000 Jugendbegleiter/innen davon ca. 8.380 unter 18 Jahre (2014/2015) (ca.1,4% der Alterskohorte 14 - 18)
Schülermentor/innenprogramme	1994 – laufend	Insg. ca. 10.817 (2000-2014) 2014: ca. 0,2% (Alterskohorte 13 - 18) Insg. 18.230 (1994-2014)
Soziale Verantwortung lernen	2000 – laufend	
Schülermentor/innen Sport	1994 – laufend	
KulturStarter	2013/14 – laufend	
FSJ	1960er – laufend	5.700/Jahr (Stand 2008/2009) (2,3% der Alterskohorte 18 - 19)
FSJ Sport	2001 – laufend	ca. 350/Jahr
FSJ Sport und Schule	2013 – laufend	79 (2014/15)
FSJ Kultur	2007 – laufend	150/Jahr
FSJ focus	2005 – laufend	334 (2005 – 2012)
FSJ^{plus}	2005 – laufend	25/Jahr

Jugendverbände		
Mitgliederverbände Landesjugendring	2012	920.767 Mitglieder (incl. Ü 27) (ca. 42% der Alterskohorte 10 – 27)
Baden- württembergische Sportjugend	2014	1,5 Mio. Mitglieder U 27 (ca. 68,5% der Alterskohorte 10 - 27)
Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung	2015	ca. 820.000 Mitglieder

6.1. Projekte zur Förderung von politischer Beteiligung und freiwilligem Engagement

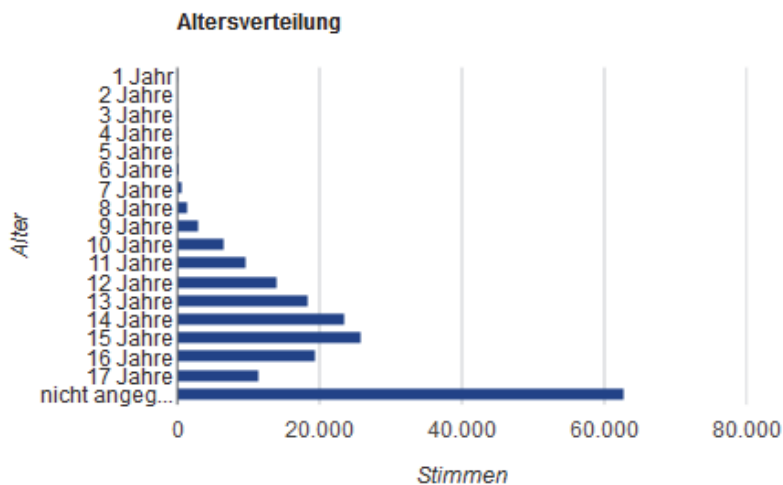
Projekte zur politischen Beteiligung

a) U 18 – Initiative

Das bundesweite U18-Projekt stellt eine simulierte Wahl für alle noch nicht wahlberechtigten Kinder und Jugendlichen dar, die damit die Möglichkeit bekommen, bei Bundestagswahlen und Landtagswahlen vor der eigentlichen Wahl ihre Stimme abzugeben. Das Ziel der Initiative wird wie folgt formuliert: „Junge Menschen sollen dabei unterstützt werden, Politik zu verstehen, Unterschiede in den Partei- und Wahlprogrammen zu erkennen und Versprechen von Politikerinnen und Politikern zu hinterfragen. Kinder und Jugendliche sollen so ihre eigenen Interessen erkennen und formulieren lernen, selbst Antworten auf politische Fragen finden – und aktiv ihre eigene Lebenswelt mitgestalten“ (u18.org). In Baden-Württemberg wird das gesamte U18-Projekt vom Landesjugendring BW und der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg koordiniert. Zusätzlich gibt es in einigen Stadt- und Landkreisen regionale Anlauf- und Kontaktstellen.

Bei der U18 Bundestagswahl 2013 hatten sich bundesweit 1.525 außerschulische Einrichtungen und Schulen als Wahllokale gemeldet. In diesen wurden 198.365 Stimmen abgegeben¹¹. Mädchen und Jungen konnten bei der Wahl in gleicherweise erreicht werden (Stimmen weiblich: 34,1%/Stimmen männlich: 34,6%/ohne Angabe: 31%). Die Altersverteilung zeigte sich wie folgt:

¹¹ Bei der U18 Bundestagswahl im Jahr 2009 beteiligten sich 127.208 Kinder und Jugendliche (<http://www.u18.org>)



Quelle: <http://www.u18.org/vergangene-wahlen/bundestagswahl-2013/ergebnis/>

In Baden-Württemberg haben 33.670 Kinder und Jugendliche an den U18 Bundestagswahlen 2013 teilgenommen (u18.org). Bei der U18 Landtagswahl Baden-Württemberg im Jahr 2011 haben sich 30.793 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren beteiligt (Initiative „U18 Freiburg“ 2011). Die Wahlbeteiligung lag damit bei ca. 2,5% der 6–17-Jährigen.

b) Kindergipfel 2014

2014 fand der zweite Kindergipfel unter dem Motto „Kinder reden – Politik hört zu“ statt, an dem 150 Kinder im Alter von 9 bis 13 Jahren aus 19 Kindergruppen in Baden-Württemberg teilnahmen. Veranstalter des Kindergipfels waren der baden-württembergische Landtag in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium BW, der Landesarbeitsgemeinschaft Kinderinteressen e.V. und dem Landesjugendring BW. In diesem Rahmen wurden unterschiedliche Themen von den Kindern bearbeitet. Aus den im Vorfeld abgefragten Interessen der Kinder sind Workshops zu folgenden Themen entstanden: Umwelt, Natur und Klima, Schule und Bildung, Öffentlicher Raum, Integration und Asyl, Armut und Chancengerechtigkeit, Mitbestimmung und Freizeit. Die Ergebnisse dieser Workshops wurden den anderen Kindern und den anwesenden Landtagsabgeordneten im Plenum des Landtags präsentiert. Die aus dem Kindergipfel entstanden Forderungen werden in der Dokumentation (Landtag Baden-Württemberg 2014) zusammengefasst dargestellt.

c) Jugendlandtag 2013

Etwa 140 Jugendliche im Alter von 14 bis 19 Jahren aus Baden-Württemberg nahmen am Jugendlandtag 2013 teil. Ziel der Veranstaltung ist es, mit anderen Jugendlichen und mit Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Veranstalter sind der Landtag Baden-Württemberg, die Landeszentrale für politische Bildung, der Landesjugendring BW und der Ring der Politischen Jugend Baden-Württemberg. In thematischen Workshops (Gesellschaft, Schule, Ehrenamt, Umwelt und Verkehr, Wählen ab 16 u.a.) wurden Forderungen erarbeitet und mit Landespolitiker/innen diskutiert.

d) „Was uns bewegt“ – mit Landespolitiker/innen im Gespräch

„Was uns bewegt“ ist ein laufendes Beteiligungsprogramm des Landtages Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring BW (LJR), dem Ring politischer Jugend BW, der Landeszentrale für politische Bildung BW (LpB), dem Sozialministerium BW, dem Kultusministerium BW, sowie den kommunalen Landesverbänden Baden-Württemberg. Begonnen wurde das Programm 2014.

Das Programm hat das Ziel, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit zu geben, mit Politiker/innen auf Landesebene über ihre Anliegen, Themen und Perspektiven zu diskutieren. Eine flächendeckende Dokumentation wird 2015 nach Ablauf des Projektes erstellt. Angestrebt ist, in allen Stadt- und Landkreisen eine Jugendkonferenz im Rahmen von „Was uns bewegt“ durchzuführen. Im Jahr 2014 fanden neun Veranstaltungen statt und für 2015 sind 16 weitere Veranstaltungen terminiert worden. Bei den meisten Veranstaltungen waren mehr als 80 Jugendliche anwesend. Aussagen über die Teilnehmer/innenstruktur können nicht getroffen werden. Im Zwischenbericht wird darauf hingewiesen, dass die offene Jugendarbeit nur in seltenen Fällen explizit zu den Veranstaltungen eingeladen wurde und bei vielen Veranstaltungen ein hoher Prozentsatz von Vertreter/innen der SMVen anwesend war. Zukünftig soll aus den regionalen Jugendkonferenzen der Teilnehmer/innenkreis für den Jugendlandtag gewonnen werden.

Die bei den Regionalkonferenzen am häufigsten diskutierten Themen waren Schule, Ausbildung, Studium und der öffentlicher Nahverkehr sowie an zweiter Stelle Asylpolitik, das Freihandelsabkommen TTIP und die Spionageaffäre um die NSA. Es fiel auf, dass die Themenauswahl der regionalen Jugendkonferenz stark vom tagespolitischen Geschehen beeinflusst wurde.

Projekte zum freiwilligen Engagement

a) jes - Jugend engagiert sich

„jes – Jugend engagiert sich“ war ein Projekt der Landesstiftung Baden-Württemberg, das im Zeitraum von 2002 bis 2008 vom Paritätischen Bildungswerk durchgeführt wurde. Ziel des Projektes war es, Kindern und Jugendlichen zwischen 12 und 27 Jahren eine Möglichkeit zu bieten, verschiedene Zugänge zu engagiertem und freiwilligen Handeln auszuprobieren. Die Projekte wurden von ausgebildeten Mentor/innen unterstützt. Insgesamt machten in der evaluierten Modellphase¹² von 2002 bis 2005 2.423 Jugendliche in 267 Projekten von der Förderung gebrauch. Die jes-Einzelprojekte sind räumlich sehr ungleich über Baden-Württemberg verteilt. Etwa zwei Drittel befanden sich im Umkreis der Landeshauptstadt, insbesondere in den Landkreisen Reutlingen, Tübingen, Böblingen

¹² Die weiteren Ergebnisse sind dem „Bericht der wissenschaftlichen Begleitung 2002 – 2005“ (Schriftenreihe der LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg; 25 (2007) entnommen. Spätere Evaluationen liegen nicht vor.

und Ludwigsburg sowie im Stadtkreis Stuttgart. Auch in Freiburg, Heidelberg und Ravensburg zeigte sich eine höhere Projektdichte (Landesstiftung Baden-Württemberg 2007: 16). Die zu Beginn ausgewählten Modellstandorte wurden anhand bereits vorhandener Vernetzungsstrukturen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements ausgewählt. Die bestehenden Strukturen erwiesen sich im Laufe des Projekts als wichtiger „Standortfaktor“. Jedoch trifft dies nicht auf alle Standorte zu. Auch die Anzahl der Mentor/innen vor Ort hatte Auswirkungen auf die Projektdichte (ebd.: 17). Zum Jahresende 2008 wurde das Projekt von der Landesstiftung eingestellt. In 37 Städten und Gemeinden sowie in den Landkreisen Tübingen und Karlsruhe läuft das Programm jedoch in kommunaler Regie weiter.

Der Großteil der Projekte (65) fand im sozialen Bereich statt, gefolgt von 58 Projekten im Bereich Kultur und Musik. 49 Projekte wurden als „sonstige bürgerschaftliche Aktivitäten am Wohnort“ bezeichnet. Im Rahmen der Bildungsarbeit wurden 44 Projekte und in der außerschulischen Jugendarbeit 7 Projekte initiiert (ebd.: 22).

Dabei kam der Großteil der „jes-Projekte“ (60%) in Kooperation mit Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft – zum Großteil mit Schulen – zu Stande. Die Qualität der Zusammenarbeit wurde von 83% der Projekte als „reibungslos“ beschrieben, während 16% gelegentliche Schwierigkeiten einräumten (ebd.: 18). Bei 49% der Projekte kam es zu einer Zusammenarbeit mit der kommunalen Verwaltung (Bürgermeister/in, Koordinationsstellen für Bürgerengagement, Garten-, Bau- und Jugendämter). Dieser Bereich zeigte sich im Vergleich zu anderen als am konfliktrüchtesten. 48% der Projekte fanden in Kooperation mit gemeinnützigen Vereinen und Verbänden statt (insbesondere Wohlfahrts- und Jugendverbänden, vereinzelt auch Kulturvereine und Freiwilligenagenturen). In dem Bereich wurde die Kooperation vergleichsweise am besten eingeschätzt (ebd.: 19f).

Die Geschlechterverhältnisse der Teilnehmer/innen waren in der Modellphase relativ ausgewogen (53% w, 47% m). Am häufigsten nahmen Kinder- und Jugendliche in der Altersgruppe der 12- bis 15-Jährigen an den Projekten teil (52%). Die zweitstärkste Altersgruppe bildeten die der 16- bis 19-Jährigen (36%). 7% waren im Alter zwischen 20 und 23 Jahren und 4% zwischen 24 und 27 Jahren alt (ebd.: 23). Hinsichtlich des Erwerbsstatus waren Schüler/innen die Hauptzielgruppe des jes-Modellprojekts. Junge Menschen in der Erwerbsphase, sowohl Erwerbstätige als auch Erwerbslose, wurden von *jes* fast gar nicht erreicht (ebd.: 23). Die Schulabschlüsse der Teilnehmer/innen zeigten, dass Realschüler/innen bzw. Personen mit einem Realschulabschluss mit 40% die größte Gruppe im Projekt ausmachten, gefolgt von der Gruppe der Gymnasiast/innen und Personen mit Abitur oder Fachhochschulreife (37%). Haupt-, Sonder- und Förderschüler/innen erreichten einen Anteil von 23% (ebd.: 24). Die Evaluation zeigte, dass 71% der Teilnehmer/innen neben dem Engagement in einem jes-Projekt, auch in anderen Gruppen und Organisationen, in erster Linie Vereinen oder Verbänden, aktiv waren.

Unter den Mentor/innen waren mit 58% überdurchschnittlich viele Frauen. Die größte Altersgruppe bildeten die 40 – 50-Jährigen mit 27,9%, gefolgt von den 30- bis 40-Jährigen mit 24,3% und den 20- bis 30-Jährigen mit 15,4%. Die Mentor/innen besaßen durchschnittlich eine hohe formale Bildung: Knapp die Hälfte hatte ein Studium abgeschlossen. 17% gaben das Abitur als höchsten Bildungsabschluss an, 26% die Mittlere Reife und 8% einen Hauptschulabschluss (ebd.: 34). Die Mentor/innen zeigten sich als überdurchschnittlich aktive gesellschaftliche Gruppe: 62% gaben an, mindestens ein weiteres freiwilliges Engagement auszuüben (ebd.: 35).

b) Jugendleiter/in-Card (Juleica) Ausbildung

Die Jugendleiter/in-Card (Juleica) ist der bundesweit einheitliche Ausweis für ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit. Voraussetzung für die Juleica ist die Teilnahme an einem Gruppenleiterkurs; sie dient als Qualifikationsnachweis der Inhaber/innen. Seit 2009 gelten in Baden-Württemberg, in Anlehnung an die bundesweiten Vorgaben, einheitliche Standards der Juleica Ausbildung.

1998 bis 2009 wurden in Baden-Württemberg 35.000 Juleicas ausgestellt (LJR BW 2009: 3). Grundsätzlich war festzustellen, dass die Juleica in ländlichen Regionen einen größeren Zuspruch erfährt als in Städten (Deutscher Bundesjugendring 2011: 7). Der größte Teil der Jugendleiter/innen erwirbt die Juleica im Rahmen des Engagements in verbandlichen Jugendorganisationen: 80% aller Antragsteller/innen kommen aus der Jugendverbandsarbeit, der Großteil davon (ca. 40%) aus der kirchlichen Jugendverbandsarbeit. Nur etwa 7% der 2011 erfassten Jugendleiter/-innen sind öffentlichen Trägern zuzuordnen (ebd.: 5).

90% der Juleica Inhaber/innen sind ehrenamtlich tätig (ebd.: 6). Juleica-Antragssteller/innen sind häufiger weiblich als männlich (53% weiblich / 47% männlich) und fast die Hälfte ist unter 20 Jahre alt; bei dieser Altersgruppe ist die Geschlechterdifferenz besonders stark ausgeprägt (61% weiblich, 39% männlich) (ebd.: 18). Auch bezüglich des Bildungsstands zeichnen sich deutliche Ungleichheiten ab: 60% der Juleica Inhaber/innen verfügen über einen höheren Bildungsabschluss oder streben diesen an, 23,6% haben einen Realschul- und 6,5% einen Hauptschulabschluss (ebd.: 5). Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationserfahrungen ist gering: Von den Juleica Besitzer/innen sind 2,7% nicht in Deutschland geboren und bei 1,9% ist Deutsch nicht die Familiensprache (ebd.: 21).

c) Jugendbegleiter-Programm

Das Jugendleiter-Programm wird seit 2006 im Auftrag des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg von der Jugendstiftung Baden-Württemberg umgesetzt. In diesem Rahmen werden durch ehrenamtliche Jugendbegleiter/innen außerschulische Bildungs- und Betreuungsangebote an Schulen realisiert. Es soll zur Öffnung von Schulen für die Mitarbeit außerschulischer Partner und freiwillig Engagierter beitragen. Themenbereiche, in denen das Engagement stattfindet sind Kunst, Kultur und Musik, Medien, Technik oder Wirtschaft, aber auch Sport oder Hausaufgabenbetreuung.

Im Schuljahr 2014/2015 sind 23.000 Jugendbegleiter/innen an 1.843 Schulen tätig (<http://www.jugendbegleiter.de>). Den größten Anteil machten mit 36% Jugendliche unter 18 Jahren aus, die sich in diesem Rahmen als Junior-Jugendbegleiter/innen engagieren (Jugendstiftung Baden-Württemberg 2014: 8). 42% der Jugendbegleiter/innen sind organisationsunabhängige Einzelpersonen, 37% stammen aus der Schülerschaft und 21% gehören einem Verein, einem Verband oder einer Organisation an. Im Berichtsjahr 2013/14 waren 69% der Jugendbegleiter/innen weiblich und 31% männlich (ebd.: 8). Nur 14% der Jugendbegleiter/innen haben einen Migrationshintergrund im weiteren Sinne (ebd.: 9); migrantische Jugendliche sind damit in diesem Bereich unterrepräsentiert.

d) Schülermentoren-Programme

Seit 1994 werden in Baden-Württemberg, gefördert vom Kultusministerium, Schülermentoren-Programme angeboten. Diese ermöglichen Schüler/innen in verschiedenen Bereichen eine Ausbildung zum freiwilligen Engagement im schulischen, sowie außerschulischen Bereich. So wurden bislang etwa Schülermentoren-Ausbildungen für die Bereiche Sport, Musik, Kunst (KulturStarter), Medien, Natur- und Umweltschutz, Verkehrserziehung, Suchtprävention und das Programm „Soziale Verantwortung lernen“ angeboten. Die Ausbildung wird durch ein Zertifikat des Kultusministeriums bescheinigt. Exemplarisch soll das Programm „Soziale Verantwortung lernen“ etwas näher betrachtet werden¹³:

Schülermentoren-Programm „Soziale Verantwortung lernen“

Das Schülermentoren-Programm „Soziale Verantwortung lernen“ ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem Kultusministerium und dem evangelischen Jugendwerk Württemberg sowie weiteren Partnern der kirchlichen Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Seit 1999 wird dieses flächendeckend in Baden-Württemberg angeboten. Zwischen 2000 und 2014 wurden im Rahmen des Programms insgesamt 10.817 Jugendliche zu Mentor/innen ausgebildet¹⁴. Die Anzahl der jährlichen Abschlüsse ist seit 2000 kontinuierlich angestiegen. Im Jahr 2014 haben 1.413 baden-württembergische Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren das Abschlusszertifikat erhalten. Das Junior-Programm erhielt mit 882 Teilnehmer/innen dabei fast doppelt so viel Zulauf als das Standardprogramm mit 425 Teilnehmer/innen. Am Programm mit dem Schwerpunkt „Integration“ nahmen 2014 106 Jugendliche teil. Es zeigt sich, dass das SMP-junior verstärkt von Werkrealschulen und Realschulen, die Standardausbildung von Realschule und Gymnasium genutzt wird. Ca. 56% der 2014 Teilnehmenden waren weiblich.

¹³ Die Schülermentoren-Programme für den Bereich Kultur und Sport werden in den Kapiteln 6.2.3. und 6.2.4. gesondert darstellt.

¹⁴ Auskünfte des evangelischen Jugendwerkes

Das Programm will jungen Menschen Zugang zu freiwilligem Engagement ermöglichen und sie befähigen, ihr Umfeld verantwortungsvoll mitzugestalten. Ein weiteres Ziel ist die Stärkung der Kooperation zwischen Jugendarbeit vor Ort und der Schule. Durch das Programm sollen Schüler/innen zu Mentor/innen ausgebildet werden, die kompetent sind, eigenverantwortlich Angebote im Schulleben zu gestalten, wie beispielsweise Mitarbeit in Schülerzeitungen, Mitorganisation von Projekttagen, Mitarbeit in der Schüler/innen Vertretung, das Anbieten von Pausenprogrammen, kulturellen Veranstaltungen oder die Einrichtung eines Schüler/innencafés. Im Rahmen der Jugendarbeit sollen die Mentor/innen in die Lage versetzt werden, Kindergruppen zu leiten, Zeltfreizeiten, kulturelle Veranstaltungen oder andere Projekte zu organisieren (vgl. Weingardt 2000).

Die Ausbildung richtet sich an Schüler/innen ab 15 Jahren und beinhaltet einen Grundkurs von mindestens 40 Stunden, der sich mit Gruppen-, Spiel- und Medienpädagogik, Kommunikation, Gewaltprävention, Schutz vor sexueller Gewalt, Projektmanagement, Umgang mit Konflikten und rechtlichen Fragen befasst. Ein Praktikum von 40 Stunden, in dessen Rahmen Projekte an Schulen oder in der Jugendarbeit umgesetzt werden, gehört ebenfalls zur Ausbildung, wie ein eintägiger Spezialkurs mit schulbezogenen Lerninhalten. Für Schüler/innen ab 13 Jahren gibt es die Möglichkeit, das Junior-Schülermentoren-Programm zu absolvieren. Hierbei umfassen der Grundkurs, sowie das Praktikum jeweils 15 Stunden. Dieses Modell wird als für Förder-, Haupt- und Werkrealschulen sowie Realschulen als besonders geeignet beschrieben. Darüber hinaus werden die Schülermentoren-Programme „Soziale Verantwortung lernen“, auch mit dem Schwerpunkt „Integration“ angeboten. Hierbei liegen die inhaltlichen Schwerpunkte auf interkulturellem Lernen, Integration Benachteiligter, Sensibilisierung für Vorurteile, Diskriminierung und Konfliktmanagement (schuelermentor.de).

e) Freiwilligendienste

Die Freiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements, in der sich Jugendliche und junge Erwachsene für einen bestimmten Zeitraum zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung verpflichten. Die Teilnehmer/innen im *Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ)*, das für die Einsatzfelder Soziales, Kultur, Sport, Verwaltung und Politik sowie Denkmalpflege angeboten wird, sollen gemäß den Programmrichtlinien eine „überwiegend praktische Hilfstätigkeit“ in gemeinwohlorientierten Einrichtungen leisten. Begleitend finden Seminare mit anderen Freiwilligen statt.

In Baden-Württemberg gibt es 43 zugelassene Träger für das FSJ (Stand 2009). Im Jahr 2008/2009 haben rund 5.700 Jugendliche und junge Erwachsene in Baden-Württemberg ein FSJ abgeleistet (ebd.), was ca. 4,6% der 19-Jährigen entspricht. Im Jahr 2005 lag der Bundeschnitt bei 2,6% (Dietrich/Leucht/Machalowski 2005: 66). In den drei neueren Einsatzfeldern Kultur, Sport und Denkmalpflege ist das Platzangebot noch vergleichsweise gering, hat sich aber von 2002 bis 2009 nahezu verdoppelt (Landtag Baden-Württemberg 2009: 3). Der Anstieg geht neben einer Gesetzesnovellierung auch auf eine Erhöhung der Fördermittel und unterschiedliche Faktoren wie die Arbeitsmarktentwicklung zurück (ebd.: 4). Für die Denkmalpflege, sowie den Bereich Kinder- und Jugendarbeit

gibt es im Schnitt mehr als vier Bewerbungen pro Platz, bei der Alten- oder Behindertenpflege sind es ca. zwei Bewerbungen. Es wird deutlich, dass das Potenzial zur Mitarbeit im FSJ durch die vorhandenen Stellen nicht ausgeschöpft wird.

Das *Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ)* wird als überwiegend praktische Hilfstätigkeit in Stellen und Einrichtungen im Bereich des Natur- und Umweltschutzes sowie der Bildung zur Nachhaltigkeit getätigt. Die Träger des FÖJ haben 2012/2013 in Baden-Württemberg ca. 210 Plätze angeboten (Landtag Baden-Württemberg 2014: 2).

Aussagekräftige Daten über die Teilnehmer/innenstruktur für Baden-Württemberg liegen bislang nicht vor. Die Ergebnisse, der vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik für den Zeitraum 2003-2005 erstellten Evaluation des FSJ und des FÖJ, geben jedoch Aufschluss über die Datenlage auf Bundesebene. Diese ergab, dass die Mehrzahl der Teilnehmenden junge Frauen sind, die ihr FSJ nach dem Gymnasial- oder Realschulabschluss ableisten. Im Jahrgang 2003/2004 waren 76% der Teilnehmenden des FSJ weiblich und 24% männlich. Beim FÖJ waren 68% weiblich und 32% männlich. 40% der FSJ Teilnehmer/innen hatten Abitur oder einen Fachhochschulabschluss (FÖJ: 59%), 43% einen Realschulabschluss (FÖJ: 31%) und 16% einen Volks- oder Hauptschulabschluss (FÖJ: 10%). 7,1% der FSJ Teilnehmer/innen hatten einen Migrationshintergrund. Beim FÖJ waren es 6%. Beim FSJ im Ausland werden die sozialen Ungleichheiten besonders deutlich: Hier lag die Quote der Teilnehmenden mit Abitur oder Fachhochschulabschluss sogar bei 97%. Die Geschlechterdifferenz ist mit 80% weiblichen und 20% männlichen Teilnehmer/innen besonders ausgeprägt. (Stemmer 2009: 10). Aktuellere Zahlen liegen nicht vor. Die Teilnehmer/innenstruktur zeigt, dass männliche Jugendliche und junge Erwachsene¹⁵, sowie Teilnehmer/innen mit niedrigem Bildungsabschluss und Migrationshintergrund deutlich unterrepräsentiert sind. Beim FSJ im Ausland, sowie beim FÖJ werden diese Ungleichheiten noch deutlicher.

Auf diese Ungleichheiten reagieren die Programme FSJ focus und FSJ^{plus} der Diakonie Württemberg, die im Folgenden dargestellt werden:

FSJ focus

Das Projekt FSJ focus ist ein Programm der arbeitsweltbezogenen Benachteiligtenförderung, die seit 2005 angeboten wird. Es kann in Einsatzstellen der Diakonie Württemberg abgeleistet werden. Ziel des FSJ focus ist eine Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit sowie der sozialen und beruflichen Integration der Teilnehmenden. Darüber hinaus sollen Fachkräfte für sozialpflegerische Berufe gewonnen und insbesondere das Interesse junger Männer an diesem Bereich gefördert werden.

¹⁵ Eine Erklärung für die geringere Teilnahme männlicher Jugendlicher muss auch im Zusammenhang mit dem Wehr- bzw. Zivildienst gesehen werden.

Zielgruppe sind junge Erwachsene, die mit ihrer beruflichen Situation unzufrieden sind und sich für eine Ausbildung oder ein Studium im sozialen Bereich interessieren.

Im Zeitraum 2005 bis 2012 nahmen insgesamt 334 junge Menschen am Projekt teil. Diese wurden entweder bei der Bewerbung für ein klassisches FSJ (aufgrund von abgeschlossener oder abgerochener Berufsausbildung) auf das FSJ focus hingewiesen oder haben sich direkt dort beworben. Auch von der Agentur für Arbeit wurden die Jugendlichen zunehmend auf die Möglichkeit hingewiesen. Rund 63% der Teilnehmenden waren junge Frauen und 37% junge Männer. Im Vergleich zum klassischen FSJ liegt der Anteil der Männer hier ca. 13% höher. Rund 13% waren bis zu 18 Jahren alt, 77% zwischen 19 und 24 Jahren und 10% älter als 24 Jahre. Ca. ein Viertel der Teilnehmenden hatte einen Migrationshintergrund (ebd.: 2), deutlich mehr als beim klassischen FSJ mit nur 7,1%. Im Laufe des Projekts zeigte sich eine deutliche Zunahme der Personen mit schwierigen beruflichen Ausgangsbedingungen und problematischen Lebenslagen. 55% der weiblichen und 66% der männlichen Teilnehmer/innen waren unmittelbar vor der Teilnahme am Projekt arbeitslos (Hinz-Rommel/Nuglisch/Renz 2013: 1).

Der Focus des Projekts liegt stärker auf der beruflichen Integration Jugendlicher in problematischen Übergangssituationen, als auf dem Aspekt des freiwilligen Engagements. Es lässt sich dabei nicht trennscharf von anderen arbeitsmarktbezogenen Angeboten abgrenzen. Deutlich wird jedoch, dass durch die spezielle Ausrichtung des FSJs mehr Jugendliche aus benachteiligten Lebensverhältnissen sowie männliche Jugendliche erreicht werden können.

FSJ^{plus} - Freiwilliges Soziales Jahr und Realschulabschluss

Das FSJ^{plus} ist ein Programm der Diakonie Württemberg, in welchem Jugendliche zwischen 18 und 26 Jahren mit Hauptschulabschluss die Möglichkeit haben, während eines zweijährigen FSJ in einer Einrichtung der Diakonie Württemberg ihren Realschulabschluss zu absolvieren. Alle sechs Wochen unterbrechen die Teilnehmenden ihre Praxiseinsätze und besuchen für einige Wochen eine Schule.

Eine Evaluation des Projektes im Zeitraum 2005 bis 2007 zeigt, dass von den teilnehmenden 25 Personen des Jahrgangs die Hälfte unter 20 Jahren war. Die Geschlechterverhältnisse waren ausgeglichen und bis auf einen Freiwilligen hatten alle die deutsche Staatsbürgerschaft (Wegner/Stemmer 2007: 5). Sieben der 25 Teilnehmenden haben das FSJ^{plus} frühzeitig abgebrochen (ebd.: 12). Von den erfolgreich abschließenden Teilnehmenden wurde das FSJ^{plus} als wichtig für den weiteren beruflichen Werdegang und die persönliche Entwicklung beurteilt (ebd.: 8).

Partizipation im FSJ

Neben dem Aspekt der Verantwortungsübernahme spielt auch der Bereich Mitgestaltung bzw. Partizipation eine Rolle im Rahmen des Freiwilligendienstes. In der Evaluation des FSJ der Jahre 2003 bis 2005 wurde festgehalten, dass „die bereits bestehenden Möglichkeiten der Teilnehmenden zur

Mitgestaltung ... weiterentwickelt werden“ sollen (Engels/Leucht/Machalowski 2008: 250). „Ein Sprechersystem‘, wie es sich im FÖJ bewährt hat, kann Anregungen geben für spezielle Formen der Mitgestaltung. ... Die Mitgestaltung und Partizipation der Freiwilligen an der Weiterentwicklung der Freiwilligendienste ließe sich beispielsweise über die Einrichtung von Ehemaligennetzwerken oder ähnlichen Zusammenschlüssen ehemaliger Teilnehmenden fördern“. Die Mitarbeit der Teilnehmenden in den Seminaren wird als gut eingeschätzt, bei der Mitgestaltung des inhaltlichen und organisatorischen Ablaufes, wird jedoch ein Verbesserungsbedarf gesehen (ebd.). Mittlerweile wurde auch bei einigen Trägern des FSJ in Baden-Württemberg eine Vertretung durch Sprecher/innen eingeführt, die in den Seminargruppen gewählt werden und die Interessen der Seminargruppe gegenüber dem Träger und den Einsatzstellen vertreten. Anders als beim FÖJ sind Sprecher/innen im FSJ jedoch nicht trägerübergreifend organisiert. Bei manchen Trägern, wie dem BDKJ und dem Caritasverband findet auch eine bundesweite Vernetzung der Sprecher/innen statt.

6.2. Kinder- und Jugendverbandsarbeit

2009 waren 28% aller befragten Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren Mitglieder in Vereinen oder anderen Organisationen. 64% davon geben an, dass es sich um die Mitgliedschaft in einem Sportverein handelt, 28%, in einer „Jugendorganisation“ (Picot 2012: 144). Eine exakte Erfassung der Mitgliedschaften in Jugendverbänden erfolgt im Freiwilligensurvey nicht. 48% des Engagements von Jugendlichen fanden zwischen 14 und 24 Jahren im Rahmen von Vereinen und Verbänden statt. Die Quote ist seit 1999 (49%) stabil geblieben (ebd.: 134).

In Jugendverbänden und Jugendgruppen soll Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet werden (§ 12 SGB VIII). Partizipation, Verantwortungsübernahme und Selbstorganisation sind leitende Prinzipien aller Jugendverbände. Im Rahmen von Jugendverbänden finden sich, über die bloße Teilnahme oder Mitgliedschaft hinaus, zudem vielfältige Möglichkeiten des freiwilligen Engagements. Der bundesweiten DJI-Jugendverbandserhebung von 2008 zur Folge, werden in 94% der Verbände pädagogisch-inhaltliche Aufgaben (Gruppen organisieren, Gruppenleiterschulung, Freizeiten etc.) von Freiwilligen übernommen (DJI Jugendverbandserhebung 2008: 35). Auch die Übernahme von Ämtern in Gremien, die Durchführung von Aktionen und Projekten, die Organisation von kulturellen Events oder Sportwettbewerben, ehrenamtliche Hausaufgabenbetreuung oder das Verwalten von Materialien und Räumlichkeiten gehört zum breiten Spektrum der ehrenamtlichen Arbeit im Rahmen von Jugendverbänden. Die Beteiligung an Selbstorganisation gilt als zentrale Qualitätskomponente der Kinder- und Jugendverbandsarbeit. Eine besondere Rolle spielt dabei die Ausbildung von Jugendgruppenleiter/innen, insbesondere die Juleica-Ausbildung (s.o.).

Im Landesjugendring BW sind aktuell 29 Mitgliedsverbände zusammengeschlossen. Das Spektrum reicht von den konfessionellen über musische und kulturelle bis hin zu politischen und gewerkschaftlichen Verbänden und den Jugendverbänden im Wohlfahrtbereich. Zudem hat der Landesju-

gendring Verbände junger Migrant/innen unter seinen Mitgliedern und hat Kontakt zu weiteren Verbänden, die die Voraussetzung für eine Mitgliedschaft (noch) nicht erfüllen (lrbw.de).¹⁶ Baden-Württemberg ist damit durch eine bunte Landschaft der Jugendverbände und Vereine junger Menschen geprägt, die Jugendlichen wichtige Erfahrungsräume und Orte bieten.

Die Mitgliedsorganisationen des Landesjugendrings hatten, nach Auskunft des Landesjugendrings, im Jahre 2012 920.767 Mitglieder. Die baden-württembergische Sportjugend (LSV) zählt etwa 1,5 Mio. Mitglieder unter 27 Jahren, dies entspricht 68,5% der 10 – 27-Jährigen (lsbw.de). Diese Zahlen sind jedoch nur begrenzt aussagekräftig: Sie basieren auf Eigenangaben der Verbände und es sind Mehrfachmitgliedschaften möglich. Zudem liegen für die Mitglieder der Organisationen des Landesjugendrings keine Altersangaben vor, die Zahlen schließen also alle Altersgruppen, auch Erwachsene, ein. Die Mitgliederzahlen der einzelnen Stadtjugendringe sind nicht bekannt.¹⁷

Die Angaben zur Entwicklung der Mitgliederzahlen deuten darauf hin, dass die Jugendverbandsarbeit in den letzten Jahren kaum an Bedeutung verloren hat. Bei einigen Verbänden waren die erfassten Mitgliederzahlen von 2004 bis 2012 rückläufig, bei anderen ist wiederum ein deutlicher Zuwachs zu erkennen. So ist beispielsweise die Mitgliederzahl bei der Wanderjugend Baden-Württemberg von 23.712 Mitgliedern im Jahr 2005, auf 12.369 im Jahr 2012 gesunken. Beim Bund Deutscher Pfadfinder (Baden-Württemberg) ist dagegen die Zahl von 4.650 Mitgliedern im Jahr 2005 auf 10.692 im Jahr 2012 angestiegen. Während die Jugend des Deutschen Alpenvereins in Baden-Württemberg 2005 noch 2.806 Mitglieder hatte, waren es 2012 bereits 20.431 Mitglieder. Auch der Jugendverbandssurvey von 2008 kam zu dem Ergebnis, dass die Anzahl der ehrenamtlich Engagierten in den Jugendverbänden von 2001 bis 2008 weitgehend stabil geblieben ist, auch wenn es in einigen Vereinen durchaus Veränderungen geben kann (DJI Jugendverbandssurvey 2008: 33, 44). Die These, dass die Verbandsarbeit für Kinder und Jugendliche zunehmend unattraktiv wird, lässt sich also anhand der vorliegenden Zahlen nicht bestätigen.

In den vorliegenden Analysen einzelner Verbände zeigen sich folgende Entwicklungen: In der Statistik des BDJ Baden-Württemberg (2013) wird deutlich, dass die Teilnehmer/innenanzahl an regelmäßigen Gruppenstunden im Vergleich zu 2009 um 8% rückläufig ist, die Teilnehmer/innen an punktuellen Veranstaltungen jedoch um ca. 11% zugenommen haben. Eine Studie des Evangelischen Jugendwerkes Württemberg (2014) kommt zu dem Schluss, dass die Reichweite von Angeboten im Rahmen der evangelischen Kinder und Jugendarbeit in Württemberg, demografische Entwicklungen eingerechnet, von 2006 bis 2013 stabil geblieben ist. Die Reichweite der Gruppenangebote für Kinder

¹⁶ Gegenwärtig wird die Aufnahme des DITIB Landesjugendverbandes Baden in den LJR vorbereitet.

¹⁷ Entsprechend konstatiert auch der 14. Kinder- und Jugendbericht: „Zuverlässige Angaben über die Mitgliederzahlen der Jugendorganisationen, die in den Landesjugendringen und im Deutschen Bundesjugendring zusammengeschlossen sind, liegen nicht vor, denn bis heute werden diese Zahlen nur von wenigen Verbänden auch als verbindliche Indikatoren betrachtet.“ (Wabnitz u.a. 2013: 320).

und Jugendliche haben sich trotz eines Rückgangs der absoluten Zahlen sogar erhöht (Heinzmann/Ilg 2013: 229). Jedoch wird eine Veränderung der Frequenz bei Gruppenangeboten deutlich: Der Anteil von Gruppen, die wöchentlich stattfinden, wird geringer, wohingegen Angebote im 14-tägigen oder monatlichen Rhythmus beliebter werden (ebd.: 235). Es wurde zudem sichtbar, dass – trotz einer Abnahme der absoluten Teilnehmer/innenzahlen – die Anzahl der ehrenamtlich engagierten Mitarbeiter/innen nahezu unverändert blieb, was in vielen Bereichen eine Intensivierung der Betreuungssituation ermöglichte und zudem auf die Konstanz des Engagements in diesem Bereich hinweist (ebd.: 235). Bei punktuellen Angeboten wurde keine eindeutige Tendenz sichtbar (ebd.: 236). Diese Daten deuten darauf hin, dass sich zwar die Formen des Engagements im Rahmen von Jugendverbänden verändern, jedoch weder ein gravierender Rückgang, noch eine Zunahme zu verzeichnen ist.

6.2.1. Reichweite und soziale Zusammensetzung des Engagements in Jugendverbänden

Die vorliegenden Daten aus unterschiedlichen Studien lassen folgende Einschätzungen zur Reichweite des Engagements und zur sozialen Zusammensetzung der Engagierten zu:

a) Alter

Auch wenn Jugendorganisationen als Teilnehmende und Mitglieder bereits Kinder ansprechen, wurde im DJI-Jugendverbandssurvey 2008 deutlich, dass 55 % der in Jugendverbänden freiwillig Engagierten in Westdeutschland 21 Jahre und älter sind. Nur 3% der Engagierten in Jugendverbänden waren dagegen unter 12 Jahre alt (ebd.: 31). Auch die Ergebnisse der Studie zur Kinder- und Jugendarbeit der evangelischen Landeskirchen in Baden und Württemberg zeigen, dass das Engagement mit dem Alter zunimmt. So waren im Rahmen regelmäßiger Gruppen nur 7% der Mitarbeiter/innen unter 16 Jahren alt. 20% waren zwischen 16 und 17 Jahren, 36% zwischen 18 und 26 und 38% über 26 Jahre alt. Bei den Einzelangeboten zeigt sich eine ähnliche Aufteilung (Ilg/Heinzmann/Cares 2014: 112f). Die Erhebungen machen einen Anstieg des Engagements mit dem Alter deutlich.¹⁸ Es kann davon ausgegangen werden, dass die freiwillig Engagierten in großem Umfang aus dem Kreis der ehemaligen Teilnehmer/innen rekrutiert werden und überwiegend erst als junge Erwachsene verantwortliche Positionen übernehmen.

b) Geschlecht

Junge Männer (14 bis 24 Jahre) sind häufiger Mitglied in gemeinnützigen Vereinen und Organisationen. Während 33% der männlichen Jugendlichen eine Mitgliedschaft aufweisen, sind es bei weiblichen nur 23% (Picot 2012: 145). Zahlen zur Geschlechterverteilung bei den gemeinschaftlich Aktiven und den Engagierten in Jugendverbänden liegen in Form einzelner Studien vor. Die ejw-

¹⁸ In den Ergebnissen der Sonderauswertung des Bundesfreiwilligensurveys für Baden-Württemberg von 2009 zeigte sich, dass das Engagement unter den 14–19-Jährigen mit (48%) deutlich über dem Engagement der 20 – 24- (41%) und 25–29-Jährigen (40%) liegt (Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung 2011: 12). Dass die Divergenz auf spezifische Strukturen der Jugendverbandsarbeit zurückzuführen ist, kann jedoch nicht mit Sicherheit behauptet werden.

Studie von 2013 gibt Aufschluss über die Geschlechterverteilung der Engagierten im Rahmen der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit: Frauen zeigen sich dabei als Mitarbeiter/innen bei der Arbeit mit Kindern mit 64% erheblich engagierter als junge Männer mit 36% (Ilg/Heinzmann/Cares 2014: 115). Auch unter den Mitarbeitenden im Rahmen von Kindergottesdiensten waren 80% Frauen (ebd.: 199). In Pfadfindergruppen hingegen sind männliche Jugendliche mit 57% engagierter als ihre Altersgenossinnen (43%). Ein erhebliches Ungleichgewicht zeigt sich auch bei der Mitarbeit in Sportgruppen: 75%, der in diesem Rahmen Engagierten, sind junge Männer (ebd.: 129). In Mitarbeitergruppen, hierunter sind auch Gremien und Organe der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit gefasst, sind die jungen Männer mit 53% leicht überrepräsentiert (ebd.: 135). Diese Zahlen deuten darauf hin, dass tradierte Geschlechterverhältnisse auch in der Jugendverbandsarbeit reproduziert werden.

Deutlich wird dies auch bei der Betrachtung der Geschlechterverhältnisse am Beispiel von Mitgliederverbänden des Stadtjugendausschusses Karlsruhe: Hier weisen der BDKJ mit 52%, das evangelische Jugendwerk mit 55% und das Kreisjugendwerk der AWO mit 79% einen höheren Frauenanteil auf. Beim Jugendrotkreuz des DRK-Landesverbandes sind Frauen ebenfalls mit 60% überproportional vertreten (auf Leitungsebene 50%). Ein höherer Männeranteil findet sich in Karlsruhe bei der BUND-Jugend (56%), bei der Jugend des Alpenvereins (59%), bei der Sportkreisjugend (61%), beim THW (83%), sowie bei der Jugendfeuerwehr (79%). Bei der DGB-Jugend (70%), der Jungen Union (72%) und den Jusos (72%) – zu anderen Jugendverbänden der Parteien können keine Angaben gemacht werden – sind in Karlsruhe mehr Männer als Frauen vertreten. Auch bei der Jugendpresse in Baden-Württemberg sind männliche Jugendliche mit 75% überrepräsentiert. Bei anderen Verbänden, wie beispielsweise dem DLRG ist das Geschlechterverhältnis ausgewogen (Quelle: Berechnung nach Angaben des Stadtjugendausschuss Karlsruhe / Angaben der Verbände).

In welchem Ausmaß sich weibliche oder männliche Jugendliche in Jugendverbänden engagieren, hängt demnach weniger von der Organisationsform Jugendverband ab, sondern vielmehr vom Themenbereich des Verbandes. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass, trotz der Bemühungen des Gender-Mainstreamings in einigen Verbänden, Vertretungs- und Vorstandspositionen vermehrt von jungen Männern eingenommen werden.

c) Sozialer Hintergrund

Teilnehmende sowie freiwillig Engagierte in den Jugendverbänden haben überwiegend eine mittlere oder höhere schulische Bildung. Sowohl bei den Teilnehmer/innen, als auch bei den Engagierten sind in den Jugendorganisationen in Baden-Württemberg Jugendliche mit niedriger Schulbildung sowie mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert (Rauschenbach u.a. 2010: 143). Auch der Freiwilligensurvey von 2009, sowie die DJI - Jugendverbandserhebung von 2008 kommen zu diesem Ergebnis. Eine entsprechende Einschätzung wird auch im 14. Kinder- und Jugendbericht formuliert:

„Wenngleich sich die Arbeit der Jugendverbände vom Anspruch her an alle Jugendlichen richtet, sind dort im Kern weiterhin eher junge Menschen aus der Mittelschicht organisiert. Bis auf wenige Ausnahmen, z. B. die politisch orientierten Verbände oder die Jugendorganisationen der Hilfs- und Rettungsdienste, sind junge Menschen aus sozial benachteiligten Lebenswelten kaum in den Verbänden vertreten.“ (Wabnitz u.a. 2013: 320).

Die Reichweite der Jugendverbände ist auch vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Milieugebundenheit zu sehen (Sturzenhecker 2007, Calmbach 2012: 84). Calmbach (2012) zu Folge sind insbesondere „konservativ-bürgerliche“ und „sozialökologische“ Jugendliche in Verbänden verstärkt engagiert und für die Verbände unterschiedliche Milieuorientierungen kennzeichnend (ebd.: 84). Aufgrund dieser Verortung sowie der entsprechenden spezifischen Traditionen, Stilformen und inhaltlichen Ausrichtungen kann es keinem Verband gelingen, für alle Milieus attraktiv zu sein. Vielmehr, so Sturzenhecker, organisieren sich in Verbänden Menschen „die in ihren Orientierungen zueinander passen und zu denen die Subkultur des Verbandes passt. ... Zwar halten die Vereinsmitglieder sich und ihren Verband prinzipiell für offen gegenüber anderen und neuen Teilnehmenden, dass aber für solche Außenstehenden die milieuspezifische Passung und Binnenkultur als Hemmschwelle des Zugangs wirkt, ist ihnen nicht deutlich“ (Sturzenhecker 2014: 229).

Ca. 10% aller Jugendlichen in Deutschland nutzen die Angebote der evangelischen Jugendarbeit, ebenso ca. 10% die der katholischen Jugendarbeit (Corsa/Freitag 2006: 10). Diese erreichen zwar keineswegs exklusiv nur Mitglieder der jeweiligen Religionsgemeinschaften; aus der Sicht der teilnehmenden Jugendlichen existiert jedoch eine zwar nicht formelle, aber faktische Zugangsbeschreibung in Folge der Bedeutung der jeweiligen religiösen Themen und Überzeugungen in diesen Zusammenhängen (ebd.: 11). Folgenreich ist dies ersichtlich nicht zuletzt für Jugendliche mit muslimischer Sozialisation und Religionszugehörigkeit. Die Unterrepräsentation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Jugendverbänden verweist auf ein komplexes Ursachenbündel: Indirekte Effekte des durchschnittlich geringeren Bildungsniveaus, religiöse Orientierungen sowie ausgrenzende Alltagspraktiken wirken hier zusammen.¹⁹

Vor diesem Hintergrund wird die Forderung einer interkulturellen Öffnung der Jugendverbände gefordert und als eine Zukunftsaufgabe der Jugendverbände gefasst (Rauschenbach u.a. 2010: 151). Einige etablierte Jugendorganisationen in Baden-Württemberg bemühen sich um eine Öffnung weiterer Zielgruppen und erproben unterschiedliche Möglichkeiten, die Migrant/innen Zugänge ermög-

¹⁹ S. dazu die selbstkritische Beschreibung des DRK: „Das Deutsche Rote Kreuz ist ein Verein für Deutsche (es heißt ja „Deutsches“ Rotes Kreuz). Das DRK ist ein christlicher Verein (es trägt das „Kreuz“ als Zeichen). Es arbeitet in festgefühten Gruppen mit eigener Sprache und Werten, die auf Außenstehende abweisend wirken.“ (http://www.lv-saarland.drk.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Stabsstelle/027_RS_22.04.2014_Anlage01.pdf; vgl. Warneken 2010).

lichen sollen. Zudem wird die Selbstorganisation von jungen Migrant/innen durch den Landesjugendring unterstützt (Rauschenbach u.a. 2010: 151; LJR BW 2011: 7).

- Mit dem Modellprojekt „Strukturaufbau in Verbänden junger Menschen mit Migrationshintergrund (VJM) auf Landesebene“, gefördert durch das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg, unterstützt der Landesjugendring Verbände junger Menschen mit Migrationshintergrund (VJM) beim Strukturaufbau auf Landesebene. 2013/14 lag der Schwerpunkt bei der Unterstützung der DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.) in Baden und Württemberg (<http://www.ljr-bw.de>).
- "Wir sind dabei! - Integration durch soziales Engagement" ist ein Projekt der Baden-Württemberg Stiftung und wird vom Landesjugendring BW durchgeführt. Im Rahmen dieses Programms werden 32 Projekte (insbesondere niederschwellige Kleinprojekte) gefördert, in welchen sich Jugendliche verschiedener Herkunft, Sprache, Kultur und Religion engagieren wollen und in Eigeninitiative für sich und andere aktiv werden ([ljr-bw.de](http://www.ljr-bw.de)).
- Die „Integrationsoffensive“²⁰ ist ein Förderprogramm für Projekte der offenen, verbandlichen und kulturellen Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zur Verbesserung der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg. In laufenden Evaluationen der Integrationsoffensive wurden die in diesem Rahmen geförderten Projekte als sinnvoll bewertet, da so ein Dialog mit sonst nur schwer erreichbaren Zielgruppen und zwischen unterschiedlichen Milieus geschaffen wurde (Aschenbrenner-Wellmann u.a. 2013: 39).

In wieweit sich die Programme zur Förderung der Selbstorganisation migrantischer Jugendlicher sowie zur interkulturellen Öffnung der Jugendverbände als nachhaltig erweisen, kann aufgrund fehlender Evaluationen gegenwärtig noch nicht beurteilt werden. Der Landesjugendring weist hierbei auf ein Spannungsverhältnis hin: Einerseits gilt es als Ziel, Chancen des Miteinanders unabhängig von Herkunft, Religion und soziokulturellem Milieu zu eröffnen; andererseits benötigen Jugendverbände ein klares Profil und eine spezifische Identität, woraus Grenzen der Offenheit resultieren (LJR BW 2011: 7). Folglich wäre es erforderlich, für die jeweiligen Verbände genau zu analysieren, was zu den jeweiligen Ausschließungen führt sowie ob und ggf. wie diese überwunden werden können.

²⁰ Die „Integrationsoffensive“ ist ein Förderprogramm, getragen durch den Landesjugendring, die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung BW (LAGO), den Landessportverband Baden-Württemberg (LSV) mit seiner Sportjugend sowie der Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände (AGL). Die Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg (AGJF) führt das Projekt als Träger durch. Gefördert wird die „Integrationsoffensive“ vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren des Landes Baden-Württemberg. Im Rahmen der „Integrationsoffensive“ werden Träger vor Ort bei der Planung und Umsetzung ihrer Integrationsprojekte fachlich beraten und finanziell unterstützt. Ziel ist es, laufend neue Handlungsimpulse für die Praxis zu setzen. Zudem wurde eine Projektfachstelle mit 60% Stellenumfang geschaffen ([integrationsoffensive.de](http://www.integrationsoffensive.de)).

6.2.2. Mitbestimmungsstrukturen innerhalb der Jugendverbände

Während der Großteil der sonstigen Vereine oftmals nur Mitbestimmungsmöglichkeiten für volljährige Mitglieder bereit hält²¹, sind in den Jugendverbänden Mitbestimmungsmöglichkeiten aller Beteiligten institutionell verankert. Dies gilt zum einen für die (informelle) Partizipation an Prozessen der Meinungsbildung im Rahmen des alltäglichen Miteinanders, zum anderen für die formelle Mitbestimmung innerhalb der Verbandsstrukturen. Diese ist in den Satzungen oder Jugendordnungen der Jugendverbände festgelegt. Insofern sind die Jugendverbände als Institutionen zu betrachten, die – wie auch die Offene Kinder- und Jugendarbeit – aufgrund ihres Selbstverständnisses in besonderer Weise dazu geeignet sind, Jugendlichen Möglichkeiten der Partizipation zu eröffnen. Entsprechend wird der Jugendverbandsarbeit eine erhebliche Bedeutung für die politische Bildung und die politische Partizipation zugesprochen.²² Dies wird exemplarisch in der folgenden Formulierung des BMFSFJ deutlich:

„Ob als Vorstandsmitglied oder als Delegierte oder Delegierter in einem Gremium: Es sind die jungen Menschen, die Verantwortung tragen, Entscheidungen treffen, Beschlüsse fassen und diese vor den Mitgliedern des Verbandes verantworten müssen. (...) Entscheidungen wirken hier direkt auf die eigene Situation im Verband und den Verband als Teil der Gesellschaft insgesamt, sowie über diesen potenziell in die Gesellschaft hinein. Durch die konstitutiv gewünschten Aushandlungsprozesse in den Jugendverbänden gelingt es, die Meinungen der Kinder und Jugendlichen zu bündeln und von der lokalen bis idealerweise zur europäischen Ebene zu vertreten. Damit erwerben sich die jungen Menschen die Kompetenzen, die sie als mündige Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft brauchen.“ (BMFSFJ 2012: 36)

Ob die Realität der Jugendverbandsarbeit diesen weitreichenden Erwartungen entspricht, kann auf Grundlage der vorhandenen Daten nicht verlässlich beurteilt werden. Skeptisch zu beurteilen ist zunächst zumindest die Erwartung, dass eine Repräsentation der Interessen Jugendlicher auf allen politischen Entscheidungsebenen tatsächlich gelingt.

Formell besteht bei allen Jugendverbänden für Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, an Abstimmungen und Entscheidungsfindungen im Rahmen von Mitgliederversammlungen teilzunehmen. Jugendliche haben oftmals ab 14 oder 16 Jahren auch die Möglichkeit, im Rahmen eines Amtes

²¹ Bei 69% der bundesweit kommunal aktiven Vereine sind junge Erwachsene ab 18 Jahren stimmberechtigt, bei 21% ab dem 16. Lebensjahr (Alscher 2014: 10). Bei 14% der Vereine gibt es eine formale Regelung zur Förderung junger Engagierter (ebd.: 11). In nur 22% der kommunal aktiven Vereine gibt es spezielle Jugendgremien, was bedeutet, dass die Mehrheit der Vereine keine derartigen Strukturen besitzt (ebd.: 10).

²² „In Baden-Württemberg nehmen die Jugendverbände eine besondere Stellung ein. So werden in § 12 der Landesverfassung die Jugendverbände als eigenständiger Erziehungsträger neben Schule und Familie genannt und ihnen somit ein hoher Stellenwert im Prozess des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen eingeräumt.“ (Rauschenbach u.a. 2010: 130).

Verantwortung zu übernehmen²³. Dazu, in welchem Ausmaß die formellen Beteiligungsformen von Kindern und Jugendlichen tatsächlich in Anspruch genommen werden, sich engagierte Jugendliche zur Übernahme langfristiger Ämter finden sowie welche Ungleichheitseffekte (Bildungsniveau, Alter) sich hierbei abbilden, liegen keine zu generalisierenden Informationen vor. Einschätzungen eines Mitarbeitenden der Katholischen Landjugendbewegung Freiburg zur Folge, findet die Beteiligung an innerverbandlichen formellen Mitbestimmungsmöglichkeiten bei den unter 18-Jährigen jedoch wenig Zulauf. Der Schwerpunkt liegt bei den 20 – 24-Jährigen.

Nach Angaben der Sportjugend Baden-Württemberg sind Jugendliche – anders als Kinder - auf Landesebene und in satzungsgemäßen Gremien vor Ort vertreten. Relativierend wurde jedoch durch eine Mitarbeiterin der württembergischen Sportjugend (WSJ) die Einschätzung formuliert, dass Jugendliche zwar auf Vereinsebene eingebunden, jedoch weniger im Delegiertensystem auf Kreis- oder Landesebene vertreten sind.

Verlässliche Daten liegen dazu nicht vor. Eine generelle Antwort darauf, wie und welche Kinder und Jugendliche in Mitbestimmungsgremien der Verbände vertreten sind, ist auch aufgrund der enormen Bandbreite an Organisationsstrukturen und -kulturen der Jugendverbände in Baden-Württemberg nur schwer möglich.

Für die evangelische Jugendarbeit zeigt die ‚ejw-Studie‘, dass bei den Mitarbeiter/innengruppen der evangelischen Jugendarbeit 57% der Teilnehmenden bereits über 26 Jahre alt sind; 30% sind zwischen 18 und 26 Jahren alt. Die 16- und 17-Jährigen (8%), sowie die unter 16-Jährigen (5%) sind in diesem Bereich also deutlich unterrepräsentiert (Ilg/Heinzmann/Cares 2014: 135).

Diese Zahlen lassen sich jedoch nicht generalisieren. Es kann angenommen werden, dass es sowohl Jugendverbände gibt, in denen sich die formalen Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen auch in der Praxis durchsetzen und eine generelle Kultur der Beteiligung vorherrscht, aber auch Jugendverbände, in denen die Verbandspolitik vornehmlich von Erwachsenen betrieben wird. Benno Hafenegger kommt zu der Einschätzung, dass die faktische Gewährleistung innerverbandlicher Partizipation eine anhaltende Herausforderung darstellt:

²³ So können z. B. bei der Sozialistischen Jugend Deutschland „Die Falken“ Kinder ab 6 Jahren das aktive Wahlrecht und Jugendliche ab 14 Jahren das passive Wahlrecht ausüben. In der Jugendordnung des DLRG ist festgelegt, dass Mitglieder ab 10 Jahren das aktive Wahlrecht und Mitgliedern ab 16 Jahren das passive Wahlrecht zukommt. Mitglieder der Katholischen Landjugend Bewegung (KLJB) Rottenburg-Stuttgart können Kinder ab 9 Jahren werden und sind somit bei den Vollversammlungen stimmberechtigt. Bei der BUND-Jugend besteht kein Mindestalter für eine Mitgliedschaft. Hier gilt zudem die Regelung, dass Entscheidungen aller Organe und Gremien als Konsensbeschlüsse gefällt werden müssen. In der Satzung ist festgelegt, dass mindestens ein Mitglied des Landesjugendvorstandes zum Zeitpunkt der Wahl unter 18 Jahren sein soll.

„Die skizzierten Ebenen und Formen der Partizipation sind immer auch idealtypisch gedacht und realisieren sich oftmals nur gebrochen; an ihrer Realisierung und Durchsetzung muss immer wieder neu gearbeitet werden. Es gibt vielfältige Blockierungen und Widerstände gegen (zu viel) Partizipation, es gibt auch Ämterhäufung, autoritäres Gehabe, Überalterung in Vorständen und fehlende Unterstützung der Erwachsenenverbände. Partizipation stellt sich nicht allein her und neue Formen müssen vielfach erst erkämpft und auch erprobt werden; es gehört somit zu einer der Dauerbaustellen und ist von existenzieller Bedeutung für die JV (Hafeneger 2011: 20).“

Auf diese Herausforderung reagieren die Jugendverbände auch durch das Erproben und Einführen offener Beteiligungsformen, wie Jugendforen oder Formen der e-Partizipation im Rahmen der Jugendverbandsarbeit. So hat die Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg 2013 beschlossen, dass sich Mitglieder zukünftig bis zur höchsten Ebene durch e-Partizipation einfacher einmischen können sollen. Aktuell wird mit dem „Y-Part-Tool“ online gemeinsam die Satzung überarbeitet. Im Rahmen des Projekts „In Zukunft mit UNS!“, welches der Landesjugendring für die Baden-Württemberg Stiftung durchführt, erarbeiten Jugendliche aus verschiedenen Verbänden aktuell eine Arbeitshilfe zur Umsetzung von alternativen Beteiligungsformen.

In einer qualitativen Studie zu den Potenzialen demokratischer Bildung in der Jugendarbeit von 2011 kommt Wibke Riekmann zu der Einschätzung, dass Jugendverbände aufgrund ihrer Strukturprinzipien einerseits erhebliche Potenziale zu demokratischer Bildung für Kinder und Jugendliche bieten, jedoch andererseits (insbesondere seit den 90er Jahren) Tendenzen der Entdemokratisierung zu beobachten sind, die als Familiarisierung, Zentralisierung und Verbetrieblichung benannt werden (Riekmann 2011: 298f.). Damit ist auf einen möglichen Widerspruch zwischen der zunehmenden programmatischen Beanspruchung des Partizipationsgedankens und einer Erosion demokratischer Potenziale der Verbände hingewiesen, dessen Bedeutung durch weitere empirische Studien zu überprüfen wäre.

6.3. Kulturelle Jugendbildung

5% der Jugendlichen waren 2012 im Bereich Kultur / Musik bundesweit freiwillig engagiert und 20% gemeinschaftlich aktiv (Picot 2012: 37). Damit liegt die kulturelle Jugendbildung bezüglich der Reichweite im Mittelfeld der Engagementbereiche. Die kulturelle Jugendbildung versteht sich als ein wichtiger Beitrag zur Allgemeinbildung und verbindet dies mit dem Anspruch, für alle Kinder und Jugendlichen zugänglich zu sein, um so einen Beitrag zu „Chancengerechtigkeit“ und zur „Integration von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien“ zu leisten (LKJ 2009: 3). Dabei spielt neben der Teilhabe an Kultur auch die Partizipation durch Kultur eine Rolle, so beispielsweise das Gestalten der eignen Lebenswelt durch Kunst, das Ermöglichen von Selbstwirksamkeitserfahrungen oder das Aufgreifen von gesellschaftspolitischen Themen im Rahmen von Kunstprojekten. Kulturelle Jugendbildung spielt sich in Vereinen, Jugendverbänden, Kultureinrich-

tungen, Jugendeinrichtungen, in vielfältigen Kooperationen und oftmals im Rahmen von Schulprojekten ab. Zudem ist hier auch der Bereich der selbstorganisierten Jugendkultur von großer Bedeutung.

Im Feld der kulturellen Jugendbildung zeichnet sich eine deutliche Diskrepanz zwischen dem verbandlichen Anspruch auf chancengerechte Beteiligung und der Beteiligungsrealität ab. Denn in diesem Bereich sind überproportional viele Menschen mit höherem Bildungsstatus aktiv und freiwillig engagiert (BKJ 2007a: 21). In der Sonderauswertung des Freiwilligensurveys für den Bereich Kultur und Musik von 2004 wird deutlich, dass auch dieser Bereich durch Effekte sozialer Ungleichheiten geprägt ist, die sich seit 1999 noch verstärkt haben (ebd.: 6).

Auch im 2. Jugendkulturbarometer wird der Zusammenhang von kultureller Teilhabe und Schulbildung deutlich. Während sich 2010/11 9% der befragten Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren mit niedriger Schulbildung sehr stark oder stark für Kulturgeschehen interessieren, sind es unter denjenigen mit mittlerer Schulbildung 24% und unter denjenigen mit hoher Schulbildung 34%. Bei allen Gruppen hat das Interesse seit 2004 leicht abgenommen (Keuchel/Larue 2012: 22). Neben der Abhängigkeit vom Bildungsstatus werden in diesem Bereich geschlechtsspezifische Unterschiede deutlich. Bei männlichen Jugendlichen fällt das Interesse am Kulturgeschehen deutlich geringer aus als bei den weiblichen. Während sich 44% der jungen Männer kaum oder überhaupt nicht für Kulturgeschehen interessieren, sind es unter den jungen Frauen 26%. Seit 2004 ist das Interesse der männlichen Jugendlichen besonders stark gesunken (-8%) (ebd.: 23). Bei der Häufigkeit bisheriger Kulturbesuche zeigt sich bei allen Gruppen im Zeitvergleich seit 2004 eine leichte Zunahme, doch auch hier werden die ungleichen Zugänge deutlich: Während 23% der Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren mit niedriger Schulbildung zu den „Nichtbesuchern“ von Kulturangeboten gezählt werden, sind es unter den Befragten mit mittlerer Schulbildung 11% und unter denjenigen mit hoher Schulbildung 6% (ebd.: 25).

Der baden-württembergische Jugendsurvey 2013 macht ebenfalls den Bildungseinfluss auf die Teilnahme an der kulturellen Jugendbildung deutlich: So gaben 81% der Gymnasiast/innen an, in ihrer Freizeit gerne kulturelle Einrichtungen zu besuchen. Von den Realschüler/innen waren es 62% und unter den Hauptschüler/innen 45%. Zudem gaben 57% der Gymnasiast/innen an, in ihrer Freizeit selbst kulturellen Aktivitäten nach zu gehen, hingegen nur 45% der Real- und 42% der Hauptschüler/innen (Jugendstiftung Baden-Württemberg 2013: 42). Weibliche Jugendliche erweisen sich als stärker am kulturellen Bereich interessiert: 72% der jungen Frauen gaben an, gerne kulturelle Einrichtungen zu besuchen. Unter den jungen Männern waren es 59%. Zudem gehen 63% der befragten weiblichen Jugendlichen kulturellen Aktivitäten nach, aber nur 36% der männlichen Jugendlichen. Neben dem Spielen von Computerspielen ist der kulturelle Bereich der Bereich unter den Freizeitaktivitäten, in denen sich die größten Unterschiede zwischen den Geschlechtern abzeichnen (ebd.: 43).

Während sich in kaum einem Bereich der Freizeitbeschäftigung Unterschiede zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund abzeichnen, werden im kulturellen Bereich Differenzen sichtbar: Von den befragten Jugendlichen, von denen ein Elternteil oder beide Eltern in Deutschland geboren sind, gaben 69% an, in ihrer Freizeit kulturelle Einrichtungen zu besuchen, unter den Jugendlichen deren beide Eltern nicht in Deutschland geboren sind waren dies nur 52% (ebd.: 44). Allerdings liegt keine Analyse dieser Daten unter Kontrolle des Bildungsniveaus vor, so dass es sich auch hier möglicherweise um eine Scheinkorrelation handelt. Die bundesweite Studie „mapping // Kulturelle Bildung“ der Mercator Stiftung wies zudem darauf hin, dass kulturelle Bildungsmaßnahmen vor allem in ländlichen Regionen nicht zureichend vorhanden sind (Keuchel 2013: 159).

In Baden-Württemberg gibt es vielerlei Akteure, Angebote und Formen der kulturellen Kinder- und Jugendbildung. Die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (LKJ) Baden-Württemberg spielt als Dachverband eine zentrale Rolle. In der LKJ sind 26 Organisationen zusammengeschlossen, die nach eigenen Angaben insgesamt ca. 820.000 Kinder und Jugendliche in Baden-Württemberg erreichen. Exemplarisch sollen für den Bereich der kulturellen Jugendbildung landes- bzw. bundesweite Projekte auf ihre Reichweite hin betrachtet werden.

a) FSJ Kultur

2001 wurde das FSJ Kultur vom BKJ als Modellprojekt ins Leben gerufen und seit dem etabliert. Seit 2007 wird in Baden-Württemberg für Menschen zwischen 16 und 27 Jahren von der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung die Möglichkeit geboten, ein Freiwilliges Soziales Jahr im Bereich Kultur zu absolvieren. Die Freiwilligen unterstützen ein Jahr die tägliche Arbeit in Arbeitsstellen aus dem kulturellen Bereich (z.B.: Theaterpädagogische Zentren, Musikschulen, Kunstwerkstätten, Museen, Kulturzentren) und führen zudem eigenverantwortlich Projekte durch (BKJ 2007b: 10). Im September 2014 wurden 150 Stellen angeboten. Für diese gab es fast zehnmals mehr Bewerber/innen, als Plätze zur Verfügung stehen (lkjbw.de). Der LKJ zur Folge sind weit mehr Einrichtungen bereit, einen FSJ-Platz anzubieten, als dies aufgrund der begrenzten Landesförderung möglich ist (LKJ 2009: 4).

Seit 2006 bewerben sich bundesweit konstant ca. 70% Frauen und ca. 30% Männer für das FSJ Kultur, dennoch liegt der Frauenanteil der angenommenen Bewerber/innen nur bei 58% (BKJ 2012/13; BKJ 2007b: 10). Bei der Analyse der Schulabschlüsse der angenommenen und abgelehnten Bewerber/innen zeigt sich, dass 79,8% der angenommenen Bewerber/innen Abitur haben (unter den abgelehnten sind es: 64,7%). Realschüler/innen sind mit 12,4% vertreten (abgelehnte: 17,2%) und Hauptschüler/innen partizipieren, obwohl diese bei der Auswahl der Bewerber/innen bevorzugt werden, kaum am FSJ Kultur (angenommene: 0,8%, abgelehnte: 1,7%). Von Jugendlichen ohne Abschluss gehen keine Bewerbungen ein (BKJ 2007b: 13). Auch hier zeigen sich damit erhebliche Bildungseffekte bei den Bewerbungen wie im Auswahlprozess.

Im Rahmen des FSJ Kultur gibt es in Baden-Württemberg Regionalgruppensprecher/innen der drei Seminargruppen. Im letzten Jahr fand ein bundesweites Treffen der Landessprecher/innen statt. In diesem Rahmen gab es einen Austausch über die Einrichtung eines bundesweiten Sprechendensystems im FSJ Kultur. Eine länderübergreifende Partizipation wird angeregt (lkjbw.de). 86,6% der Freiwilligen am Ende des Jahres an, in ihrer Einsatzstelle Verantwortung übernommen zu haben (BKJ 2013). Ca. die Hälfte der Freiwilligen engagiert sich nach dem FSJ Kultur weiterhin freiwillig (BKJ 2007b: 21). Weitere Informationen zu den Mitbestimmungsmöglichkeiten und Verantwortungsübernahme im Rahmen des FSJ Kultur liegen nicht vor.

b) >kek< Kultur. Engagement. Kompetenz.

Zwischen 2005 und 2008 beteiligte sich die Bundesvereinigung kulturelle Jugendbildung mit dem Programm >kek< am bundesweiten Förderprogramm für generationsübergreifende Freiwilligendienste des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die „Kultur“ war der viertgrößte Engagementbereich des Förderprogrammes (BKJ 2007b: 38). Im Rahmen von >kek< engagierten sich Freiwillige ab 18 Jahren im Bereich Kultur und kulturelle Bildung, sowohl in kurzfristigen Einsätzen (3 Monate) als auch in einem längerem Freiwilligendienst von 2 Jahren. Das wöchentliche Engagement lag meist bei 20 Stunden (BKJ 2007b: 38). In Baden-Württemberg haben sich knapp über 100 Freiwillige im Rahmen des Modellprojektes an verschiedenen Orten in Baden-Württemberg in kulturellen Einrichtungen freiwillig engagiert und wurden dabei von der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung begleitet (www.lkj.de).

Eine bundesweite Auswertung des Programms vom Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung bietet Einblick in die Reichweite des Modellprogramms. Erreicht wurde von >kek< insbesondere die Altersgruppe der 16 – 25-Jährigen (59%), gefolgt von den 26 – 35-Jährigen (30%). Jugendliche und junge Erwachsene konnten demnach häufiger für den Freiwilligendienst gewonnen werden als die ältere Generation. Beim Geschlechterverhältnis zeigte sich eine erhöhte Teilnahme von Frauen mit 61% und Männer mit 38% (1% ohne Angabe) (BKJ 2007 b: 38). Zudem engagierten sich im Rahmen von >kek<, im Vergleich zu den Freiwilligendiensten überproportional viele Jugendliche und junge Erwachsene mit hohem Bildungsniveau. 73% der Teilnehmenden hatten Abitur oder Fachhochschulreife und 21% einen Realschulabschluss. Hauptschüler/innen wurden durch >kek< nicht erreicht (BKJ 2007 b: 39). Laut der internen Statistik von >kek< waren 9% der Freiwilligen Migrant/innen – vorrangig der jüngeren Generation (ebd.: 39). Damit reproduzieren sich auch hier die einschlägigen Muster der Bildungs- und Geschlechtereffekte der Beteiligung.

Die Evaluation zeigt zudem, dass den Freiwilligen im Rahmen von >kek<, teilweise Partizipation-, bzw. Mitsprachemöglichkeiten eingeräumt wurden. So gaben beispielsweise 55% der Freiwilligen an, ihren Aufgabenbereich selbstständig gestalten zu können. Fast 60% wurden regelmäßig in interne Entscheidungsprozesse eingebunden und 80% fühlten sich über wichtige Entscheidungen informiert (ebd.: 44f.). Vergleichbare Angaben aus anderen Freiwilligendiensten liegen nicht vor.

c) KulturStarter

Seit dem Schuljahr 2013/14 bietet die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg, in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium, Schüler/innen zwischen 14 und 18 Jahren die Möglichkeit, eine Ausbildung zum „KulturStarter“, d.h. zum/zur Schülermentor/in im Bereich der kulturellen Jugendbildung zu machen. Bestandteil der Qualifizierung ist die Organisation eines eigenen kulturellen Projektes, das die Schülermentor/innen an ihren Schulen durchführen. Rund 160 junge Menschen haben sich bei der Premiere im Schuljahr 2013/14 zum KulturStarter ausbilden lassen und zahlreiche Kulturprojekte an ihrer Schule initiiert und umgesetzt. Als Mentor/innen gestalten die Schüler/innen das kulturelle Leben an ihrer Schule aktiv mit und sind Ansprechpartner/innen für Kulturinteressierte. Voraussetzung für die Teilnahme von Schulen am Programm ist die Benennung einer Ansprechperson an der Schule, die den Jugendlichen zur Seite steht und diese bei der Umsetzung von Projekten an der Schule unterstützt (www.lkjbw.de). Evaluationen über die Teilnehmer/innenstruktur sowie die Nachhaltigkeit der Mentor/innenausbildung liegen bislang nicht vor.

Darüber hinaus gibt es in Baden-Württemberg weitere Projekte im Bereich „Partizipation durch Kultur“, wie beispielsweise die Projektreihe „Kinderkunst in Karlsruhe“. Diese wird seit 2004 durch die Jugendkunstschule, zusammen mit dem Kinderbüro Karlsruhe durchgeführt. Ziel des Projekts ist es, Kunstwerke von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum zu etablieren. Kindern und Jugendlichen soll ermöglicht werden, bekannte Orte neu wahrzunehmen und sich neue Handlungs- und Erfahrungsräume zu erschließen. So sind bei dem Projekt 2007/2008 drei lebensgroße Eisbär-Betonskulpturen im öffentlichen Raum entstanden, um auf die Problematik des Klimawandels aufmerksam zu machen.

6.4. Sport

Der Bereich Sport stellt das größte Beteiligungsfeld für Kinder und Jugendliche dar. Nach der Jugendstudie Baden-Württemberg 2013 sind 39% aller Jugendlichen, die sich beteiligen, im Sport engagiert (Jugendstiftung Baden-Württemberg 2013: 55). Auch im Freiwilligensurvey von 2009 wird der Bereich „Sport und Bewegung“ als größter Tätigkeitsbereich deutlich: 2009 waren 53% aller Jugendlichen im Sport gemeinschaftlich aktiv und 12% haben verantwortliche Rollen übernommen. Dies stellt im Vergleich zu 1999 (15%) einen Rückgang dar (Picot 2012: 37). Der Bereich Sport ist zwar immer noch mit Abstand der Bereich, in dem der Großteil des freiwilligen Engagements stattfindet, aber dennoch der Bereich, neben Freizeit und Geselligkeit, der den größten Rückgang der Engagiertenzahlen zu verzeichnen hat (Braun 2011: 227).

Aktuell sind über 11.400 Sportvereine in der Baden-Württembergischen Sportjugend e.V. (BWSJ) vertreten, die als Träger der freien Jugendhilfe, der außerschulischen Jugendbildung sowie der Freiwilligendienste die (sport-) politischen Interessen von 1,5 Mio. Mitgliedern unter 27 Jahren vertritt (lsvbw.de).

Bei der Betrachtung der Freizeitaktivitäten baden-württembergischer Jugendlicher zeigt sich, dass „Sport treiben“ in allen sozialen Schichten verbreitet ist. Gleichwohl werden in den verfügbaren Studien auch hier Herkunftseffekte deutlich: „Die World Vision Studie zeigt, dass Jungen häufiger als Mädchen im Sportverein aktiv sind. Weiterhin steigt die Teilnahme mit zunehmender Schichtzugehörigkeit. Kinder mit Migrationshintergrund sind seltener Mitglied in einem Sportverein, als Kinder ohne Migrationshintergrund. Auch die Familienform scheint über die Teilnahme an Sportangeboten zu entscheiden. Kinder, die bei einem alleinerziehenden Elternteil leben, sind seltener Mitglied. Auch die Auswertung des SOEP hat ergeben, dass bei den 2- bis 6-Jährigen der Anteil der Aktiven im Sportverein mit dem Haushaltseinkommen wächst“ (Engels/Thielebein 2011: 32). Deutlich sind hier insbesondere Effekte der sozialen Schichtung: „Die schichtspezifische Analyse zeigt, dass lediglich ein Drittel der Kinder aus der Unterschicht, hingegen 81 Prozent der Kinder aus der Oberschicht in einem Sportverein aktiv sind.“ (ebd.: 11)²⁴

Insbesondere Mädchen aus Zuwandererfamilien sind in Sportvereinen unterrepräsentiert, wie die Ergebnisse zum Modellprojekt „spin - sport interkulturell“ in NRW aus dem Jahre 2010 zeigten: Während nur etwa jedes siebte Mädchen aus einer Zuwandererfamilie Mitglied eines Sportvereins ist, gilt das für mehr als jedes zweite Mädchen ohne Zuwanderungsgeschichte (Braun/Finke 2010:

²⁴ Bereits die Ergebnisse einer älteren Jugendsportstudie aus NRW im Jahr 1992 zeigten schichtspezifische Unterschiede bei der Mitgliedschaft in Sportvereinen. „25% aus der ‚niedrigen Schicht‘, 39,1% aus der ‚mittleren‘ Schicht, 47,7% aus der ‚mittleren‘ Schicht und 53,6% aus der ‚mittel-hohen‘ Sozialschicht und 51,6% aus der ‚hohen‘ Schicht sind Mitglied in einem Sportverein“ (Brinkhoff 1998: 74). In der Studie wurde auch deutlich, dass männliche Jugendliche häufiger Mitglied in einem Sportverein sind. Während 50,1% der männlichen Befragten eine Mitgliedschaft aufwiesen, waren es unter den weiblichen nur 31,1% (ebd.: 69).

193). Auch bei diesem Befund ist die enge Verkoppelung von sozialer Lage und Migrationshintergrund zu berücksichtigen, um kulturalistische Fehlinterpretation zu vermeiden.

Unterschiede bezüglich sozialem Hintergrund und Geschlecht zeigen sich auch beim freiwilligen Engagement im Bereich Sport. So waren im bundesweiten Freiwilligensurvey 2009 von den befragten Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren, die sich freiwillig im Bereich Sport betätigen, mit 66% überdurchschnittlich viele männliche Jugendliche vertreten²⁵. Auch beim Bildungsstatus zeigen sich große Unterschiede: 66% der Engagierten wiesen ein hohes, 28% ein mittleres und nur 6% ein niedriges Bildungsniveau auf. 11% hatten einen Migrationshintergrund (Picot 2012: 55).

Es wird deutlich, dass bereits bei Aktivitäten im Bereich des organisierten Sports Zugangsbarrieren wirksam werden, die sich beim freiwilligen Engagement erheblich verstärken. Studien dazu, ob und ggf. wie sich die Situation in Baden-Württemberg von den bundesweiten Tendenzen unterscheidet, liegen nicht vor. Laut der baden-württembergischen Jugendstudie von 2013 sind beim unorganisierten Freizeitsport Unterschiede bezüglich Geschlecht, Bildungsstand und Migrationshintergrund nicht ersichtlich (Jugendstiftung Baden-Württemberg 2013: 42ff).

Die Verbesserung von Zugangsbedingungen zum organisierten Sport für benachteiligte Kinder und Jugendliche, sowie das „Gender-Mainstreaming“ gehören zu den erklärten Zielen der BWSJ. Zudem sollen Jugendliche zur aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft sowie zur Verantwortungsübernahme ermutigt werden. In diesem Rahmen werden vielfältige Möglichkeiten, wie die Übernahme von Wahlämtern oder projektbezogene Beteiligung in Juniorteams, angeboten. Zudem verfolgt der BWSJ das Ziel, Jugendordnungen in den Sportvereinen zu etablieren (Baden-Württembergische Sportjugend 2013: 6, 14, 16).

Die Württembergische Sportjugend, die Badische Sportjugend Nord und die Badische Sportjugend Freiburg bieten vielfältige Teilhabe und Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche an. Beispielsweise in Form von Seminarangeboten für Kinder und Jugendliche um sie für Beteiligung zu qualifizieren, Juniorteams, Landesjugendtag mit Beteiligungsformen, Sport-Zeltlager oder Bildungsangebote. Zudem werden Projekte organisiert wie „bsj-sports junior“, zur Integration sozial benachteiligter Jugendlicher in die freiwillige Arbeit im Sport oder das Projekt „sport respects your rights“ gegen sexuelle Gewalt im Sport. Auf Landesebene werden das FSJ Sport, sowie Schülermentor/innen Ausbildungen angeboten.

Formen des selbstorganisierten Engagements Jugendlicher, so etwa in Fangruppierungen, werden in den vorliegenden Studien nicht erfasst, obwohl sie für einen Teil der Jugendlichen von erheblicher

²⁵ Nach Aussage der baden-württembergischen Sportjugend sind in den Sportverbänden in Baden-Württemberg beide Geschlechter annähernd gleich stark vertreten.

Bedeutung sind und erhebliche mediale Aufmerksamkeit finden (s. etwa Ruf 2014). Dies ist eine Folge davon, dass aktive Fans und Ultras politisch und medial überwiegend nicht als eine bedeutsame jugendkulturelle Strömung, sondern in einer sehr selektiven Perspektive als eine gewaltbereite Problemgruppe wahrgenommen werden. Dem korrespondiert, dass die sozialpädagogischen Fanprojekte (Karlsruhe, Mannheim, Hoffenheim und Freiburg) in der jugendpolitischen Diskussion weniger als Formen der Jugendarbeit, sondern als Beitrag zur Gewaltprävention verstanden werden (s. <http://www.landtag-bw.de/cms/home/aktuelles/pressemitteilungen/2013/november/1592013.html>). Selbstregulation und Partizipation sind nach den Vorgaben des Nationalen Konzepts Sport und Sicherheit (NKSS) ein erklärtes Ziel der Fanprojektarbeit: „Fans nehmen Freiräume auf den Reisewegen und am Veranstaltungsort verantwortlich wahr. Sie setzen sich für eine verantwortungsbewusste Fankultur und eine Selbstregulation in ihrer Gruppe ein. ... Fanprojekte sind unabhängige Einrichtungen der Jugendhilfe und mit den kommunalen Jugendhilfestrukturen vernetzt. ... Junge Fans sind an den sie betreffenden Entscheidungen beteiligt“ (NKSS 2012: 6ff.).

a) FSJ Sport

Seit 2001 ist die baden-württembergische Sportjugend im Landessportverband Baden-Württemberg anerkannter Träger für das Freiwillige Soziale Jahr. Ca. 350 Einsatzstellen, wie bspw. Sportvereine, Sportkindergärten, Sportbildungsstätten, oder Sportinternate stehen dafür in Baden-Württemberg zur Verfügung. 2013 startete darüber hinaus mit 46 Freiwilligen das Modellprojekt „FSJ Sport und Schule“. Im Schuljahr 2014/15 ist die Anzahl der Freiwilligen bereits auf 79 gestiegen. Die Freiwilligen sind an Grundschulen im Einsatz, die Kooperationen mit Sportvereinen unterhalten um den außerunterrichtlichen Schulsport zu unterstützen. In diesem Rahmen wurden 34 neue Vereine gewonnen, die eine Kooperation mit einer Schule eingehen (<http://www.lsvbw.de>). Genauere Angaben zur Anzahl und Struktur der Bewerber/innen und Freiwilligen liegen nicht vor.

b) Schülermentor/innen Sport

Seit 1994 werden in Zusammenarbeit zwischen dem baden-württembergischen Kultusministerium, dem Landessportverband und den entsprechenden Sportfachverbänden in Baden-Württemberg, Schülermentor/innen für den Bereich Sport ausgebildet. Bis Ende des Schuljahres 2013/2014 wurden ca. 18.230 Jugendliche ausgebildet, die, mit Unterstützung einer verantwortlichen Lehrkraft, schulische Sportprojekte (AGs, Wettkämpfe etc.) initiieren und betreuen (kultusportal-bw.de). Eine exemplarische Erhebung von 2012 zeigte, dass der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ca. 10% des Ausbildungsjahrgangs betrug und etwa 46% der Teilnehmenden weiblich waren (Landtag Baden-Württemberg 2013: 3).

c) „JETST! - Junges Engagement im Sport“

„JETST! - Junges Engagement im Sport“ war ein Programm der Deutschen Sportjugend, welches von 2009 bis 2012 durchgeführt wurde und das Ziel hatte, chancengleiche Zugänge zum Engagement im Sport für Jugendliche und junge Erwachsene unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion

oder Kultur zu eröffnen. Eine langjährige Kooperation mit verschiedenen Schultypen hatte gezeigt, dass die angebotenen Ausbildungsmöglichkeiten, wie beispielsweise die Ausbildung zu Schülermentor/innen, Schüler/innen von Haupt- und Förderschulen nur bedingt erreichen. Daher wurden im Rahmen von „JETST!“ unterschiedliche Modellprojekte durchgeführt, um für die bislang weniger erreichten Zielgruppen Zugangsmöglichkeiten zum Engagement im Bereich Sport zu schaffen (www.jetst.de).

Eines der Modellprojekte war das Projekt „*Yes, I can!*“ des Sportkreis Stuttgart e.V., welches von 2009 bis 2011 an sieben Schulen mit ca. 100 Teilnehmenden durchgeführt wurde. Zielgruppe waren Schüler/innen von Haupt-, Werkreal- und Förderschulen, die häufig folgende Merkmale aufweisen: Zuwanderungsgeschichte, Aufwachsen in einem benachteiligten Wohngebiet und niedriger formaler Bildungsstandard. In wöchentlichen Treffen über zwei Schulstunden wurde den Teilnehmer/innen ein Methodenrepertoire vermittelt, das sie dazu befähigen sollte, Funktionen wie Hilfstrainertätigkeiten oder die Organisation einer „bewegten Pause“ zu übernehmen. Durch zunehmenden Rückzug des Anleiters und der Übertragung von immer mehr Stundeninhalten an die Kinder selbst, sollen die Schüler/innen nach und nach in die Rolle eines Übungsleiters/einer Übungsleiterin hineinwachsen.

d) GES Gemeinschaftserlebnis Sport

Das Gemeinschaftserlebnis Sport (GES) – ein Programm in Trägerschaft des Sportkreis Stuttgart e.V. und der Landeshauptstadt Stuttgart – ist seit 1995 an der Schnittstelle Sport, Schule und Soziales aktiv. Durch zielgruppen-, sozialraumorientierte und sportliche Bildungsangebote sollen alle Kinder und Jugendlichen angesprochen werden, die Lust auf Sport und Bewegung haben. Durch den niederschweligen Charakter der offenen und kostenlosen Angebote sollen auch nicht oder gering organisierte und sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche erreicht werden. Pro Schuljahr werden ca. 15.000 Kinder und Jugendliche erreicht.

e) bsj – sports junior

„bsj – sports junior“ war ein Projekt der Badischen Sportjugend mit Förderung des KVJS zur Integration von Jugendlichen in besonderen Lebenslagen, als freiwillige Helfer/innen in Sportvereinen. Es wurde initiiert, um die Mitgliedervereine des Badischen Sportbundes Freiburg bei der Kontaktaufnahme mit einer neuen Zielgruppe zu unterstützen. Ziel war es, Jugendliche ohne Vereins Erfahrung in ihrer Wunschsportart für einen Verein zu begeistern, sie bei der Kontaktaufnahme und Beziehungsgestaltung zu begleiten und sie für die Übernahme von Aufgaben zu stärken. 2011-2013 haben 7 Jugendliche das Projektziel der Sportassistentenausbildung erreicht (BSJ 2014: 4).

7. Offene Jugendarbeit, Mobile Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit stellt den Teilbereich dar, der nach den Sportvereinen und der kirchlichen Jugendarbeit die relativ größte Reichweite aufweist. Die freiwillige Eigenaktivität und das freiwillige Engagement sind hier von zentraler Bedeutung. Auch Selbstorganisation und Partizipation gelten als wesentliche Charakteristika der Einrichtungen der OKJA.

Aufgrund des Prinzips der Freiwilligkeit der Teilnahme ist es eine Erfolgsbedingung der OKJA, ihre Angebote an den Interessen der Adressat/innen auszurichten. Die Partizipationsmöglichkeiten spielen auch bei der Bewertung der OKJA durch ihre Nutzer/innen eine große Rolle.

Allerdings muss es als unklar gelten, in welchem Umfang die in der Fachdiskussion konsensuelle Programmatik einer subjektorientierten und partizipatorischen OKJA in den kommunalen Einrichtungen tatsächlich realisiert wird, denn das heterogene Arbeitsfeld setzt sich aus kommunalen Einrichtungen und vielfältigen Trägern zusammen und ist deshalb schwer überschaubar. Zudem wird von den Fachkräften und in der Fachdiskussion die Tendenz zu einer Vereinnahmung der OKJA durch Ganztagschulen und mit der Folge ihrer Prinzipien (Freiwilligkeit der Teilnahme; Mitbestimmung über Programme) kritisch diskutiert.

Aufgrund von Veränderungen an den Hochschulen erfolgt dort auch kaum noch eine spezifische Qualifizierung für das Arbeitsfeld. Als Konsequenz ist zunehmend mit Fachkräften zu rechnen, denen die spezifischen Theorien und Konzepte der OKJA nicht hinreichend bekannt sind und insofern auch mit Tendenzen zu einer Nivellierung der Unterschiede zwischen der OKJA in den sonstigen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit.

Zudem sind Mitbestimmungsmöglichkeiten auch in der OKJA begrenzt, denn in Bezug auf Finanz- oder Personalfragen haben die Kinder und Jugendlichen meist keine Entscheidungsmöglichkeiten. Vorliegende lokale Studien deuten darauf hin, dass die politische Bildung von den Fachkräften zwar als eine wichtige Aufgabe betrachtet wird; gleichzeitig gehen diese davon aus, dass die Realisierungsmöglichkeiten gering sind.

Die Strukturen der OKJA sind nicht nur für die regelmäßigen Besucher/innen relevant. Denn die Einrichtungen werden oftmals als Wahllokale für Jugendwahlen, Veranstaltungsräume für Beteiligungsforen usw. genutzt.

Durch Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden in besonderem Maße Jugendliche erreicht, die als benachteiligt gelten; insofern bietet die Offene Kinder- und Jugendarbeit erhebliche Potenziale für die Förderung ihres Engagements und ihrer Partizipation. Allerdings ist - insbesondere in städtischen Einrichtungen - ein anhaltender Attraktivitätsverlust der OKJA für Kinder und Jugendliche aus Mittel- und Oberschichten zu beobachten. Deshalb kann dort der tradierte Anspruch, Begeg-

nung und Kommunikation zwischen Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher sozialer Herkunft und aus heterogenen sozialen Milieus zu ermöglichen, kaum noch realisiert werden.

Insbesondere in ländlichen Regionen existieren selbstverwaltete Jugendtreffs, die nicht von hauptamtlichen Pädagog/innen geleitet werden. Die im Vergleich zu Städten geringere Verfügbarkeit hauptamtlichen Personals sowie die schlechtere Erreichbarkeit kommerzieller Freizeitangebote ermöglicht und erfordert Formen der Selbstorganisation.

Selbstverwaltete Jugendräume stellen Erfahrungs- und Freiräume für die dort engagierten Jugendlichen dar, in denen Erfahrungen mit eigenverantwortlichem Engagement und Selbstorganisation erworben werden können. Unter dem Gesichtspunkt Förderung von Engagement und Partizipation können selbstverwaltete Jugendtreffs als eine tendenziell ideale Organisationsform betrachtet werden. Bestehende selbstverwaltete Jugendräume sind jedoch, auch in Baden-Württemberg, immer wieder mit Schließungsabsichten konfrontiert oder werden mit Auflagen in ihrer Selbstverwaltung eingeschränkt. In den letzten Jahren gab es wiederkehrend Initiativen für den Erhalt oder Aufbau selbstverwalteter Jugendzentren. Dabei kam es nicht selten zu Konflikten zwischen den Jugendlichen und den Kommunalverwaltungen.

Empfehlungen:

- Im Interesse, Jugendzentren als nicht kommerzielle Freizeitangebote mit einem spezifischen Potenzial für die Förderung von Engagement, Partizipation und Selbstorganisation zu stärken, ist auf Landesebene ein Fachdiskurs anzuregen, der zur Standortbestimmung und Perspektivenentwicklung beiträgt. Dieser sollte auch die Ebene der kommunalpolitisch Verantwortlichen adressieren, um diese für eine Unterstützung der Weiterentwicklung einer partizipatorisch ausgerichteten OKJA zu gewinnen, die ihrem spezifischen, auch gesetzlich verankerten Auftrag gerecht wird.
- Formen der selbstorganisierten Jugendarbeit stellen ein zwar konflikträchtiges, aber bedeutungsvolles Erfahrungsfeld für eigenverantwortliches Engagement und Partizipation dar. Sie sollten deshalb in einschlägigen Förderrichtlinien nicht vernachlässigt werden.

Sowohl die Jugendsozialarbeit als auch die Mobile Jugendarbeit richten sich überwiegend an sozial benachteiligte Jugendliche. Im Unterschied zur Jugendverbandsarbeit sowie zur offenen Jugendarbeit besteht die zentrale Aufgabenstellung der Jugendsozialarbeit darin, Unterstützungsleistungen bei der individuellen Bewältigung sozialer Problemlagen anzubieten. Darüber hinaus ist die Ermöglichung von Partizipation sowie die anwaltschaftliche Interessenvertretung für sozial benachteiligte Jugendliche eine erklärte Zielsetzung der JSA. Entsprechende Berichte, Projektdokumentationen oder Studien, aus der baden-württembergischen Jugendsozialarbeit, die belastbare Einschätzungen zur Einlösung des Partizipationsanspruchs liefern können, liegen nicht vor.

Eine zentrale Zielsetzung der Mobilen Jugendarbeit besteht darin, Möglichkeiten der Partizipation der Adressat/innen bei Planungs- und Entscheidungsprozessen im Gemeinwesen zu verbessern, ihre Fähigkeit und Bereitschaft zur Artikulation eigener Problemlagen und Interessen zu stärken (Empowerment) sowie sie bei der Durchsetzung eigener Interessen zu begleiten und zu unterstützen. Die Mobile Jugendarbeit erreicht dabei insbesondere männliche Jugendliche in schwierigen Lebensverhältnissen. Aus den Berichten von Fachkräften geht hervor, dass Mobile Jugendarbeit in einem Konfliktfeld situiert ist und die Partizipationsbemühungen benachteiligter Jugendlicher, die häufig auch als Angehörige von Problemgruppen wahrgenommen werden, in lokalen Kontexten auf Widerstände stoßen.

Aus der Mobilen Jugendarbeit liegen jedoch auch Beispiele vor, die als erfolgreiche Beispiele für die Verbesserung von Partizipation, Verantwortungsübernahme und Selbstorganisation von Jugendlichen gelten.

Empfehlungen:

- In der Jugendsozialarbeit ist eine Fachdiskussion über die Möglichkeiten, auch Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen an Entscheidungen zu beteiligen sowie ihnen Möglichkeiten des Engagements und der politischen Interessenvertretung zu öffnen, anzuregen.*
- Eine auf Empowerment ausgerichtete Mobile Jugendarbeit stellt der Möglichkeit nach einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Partizipation benachteiligter Jugendlicher dar; ob die Mobile Jugendarbeit unter den gegebenen Rahmenbedingungen in der Lage ist, die Interessenvertretung benachteiligter Jugendlicher tatsächlich ausreichend und wirksam zu unterstützen (Ressourcenausstattung; Akzeptanz der kommunalen Öffentlichkeit) bzw. welche Erfordernisse bei der Weiterentwicklung bestehen, wären durch Evaluation zu überprüfen.*

7.1. Offene Jugendarbeit

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) stellt denjenigen Teilbereich dar, der nach den Sportvereinen und der kirchlichen Jugendarbeit die meisten Jugendlichen erreicht: Ca. 25% aller 13–17-jährigen Jugendlichen in Baden-Württemberg nehmen nach den verfügbaren Zahlen an den Angeboten teil (Rauschenbach u.a. 2010: 138).²⁶ Für die Programmatik der OKJA sind unterschiedliche Beteiligungsformen von zentraler Bedeutung: „Selbstorganisation und Partizipation sind in einem doppelten Sinn wesentliche Charakteristika der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“, heißt es in den Prinzipien der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendarbeit Baden-Württemberg in Übereinstimmung mit der fachwissenschaftlichen Diskussion zu diesen Arbeitsfeld (s. Deinet/Sturzenhecker 2013). Weiter wird dort ausgeführt:

²⁶ Allerdings sind die erhobenen Fallzahlen gering, so dass es sich eher um einen Schätzwert als um eine verlässliche Berechnung handelt.

„Zum einen könnten sie ohne solche Ehrenamtliche kaum betrieben werden, auch dort, wo hauptamtliches Personal vorhanden ist. Zum anderen prägt dieses Engagement den Charakter der Einrichtungen. Eine Disco, die von Jugendlichen selbst vorbereitet und durchgeführt wird, verläuft anders, als wenn der Hauptamtliche hinter der Anlage sitzt. (...) Ohne handfeste Mitbestimmungsrechte ist solche Mitarbeit kaum tragfähig“ (Iago-bw.de).

Anzahl der Einrichtungen für die Offenen Kinder- und Jugendarbeit (Baden-Württemberg; 31.12.2010)²⁷

	Einrichtungen	Beschäftigte
Jugendzentrum, -freizeitheim, Haus der offenen Tür	796	2.261
Einrichtung oder Initiative der Mobilen Jugendarbeit	300	805
Einrichtung der Stadtranderholung	79	131
Pädagogisch betreuter Spielplatz/Spielhaus/Abenteuerspielplatz	53	180

Bundesweit erfasst wurden im Jahr 2012 „7661 Jugendzentren, Jugendfreizeitheime, Häuser der Offenen Tür“ sowie 5311 Jugendräume/Jugendhäuser ohne hauptberufliches Personal“ (Wabnitz u.a. 2013: 321).

Aktuelle Zahlen zur regionalen Verbreitung von Einrichtungen der OKJA in Baden-Württemberg liegen nicht vor. Im Jahr 2003 verfügten rund 45% der Gemeinden in Baden-Württemberg über mindestens eine Einrichtung der offenen Kinder und Jugendarbeit was ersichtlich bedeutet, dass in über 50% der Gemeinden Kinder und Jugendliche keinen direkten Zugang zu Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit hatten. Bei der Verteilung zeigte sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Größe der Gemeinden und Angeboten der offenen Jugendarbeit. Gemeinden bis 5.000 Einwohner/innen lagen unter dem Landesdurchschnitt, Gemeinden ab 5.000 Einwohner/innen darüber. Dennoch gibt es auch einige Regionen, in denen es überdurchschnittlich viele kleinere Gemeinden mit Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gibt, was darauf hindeutet, dass die Angebotsdichte weniger mit der Bevölkerungsstruktur als vielmehr mit dem politischen Klima und den öffentlichen Trägern vor Ort zusammenhängt. 45% der Angebote der offenen Jugendarbeit sind bei kommunalen Trägern angesiedelt; 55% liegen in freier Trägerschaft (Iago-bw.de).

²⁷ Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe 2010; Zusammenstellung Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik; wir danken Jens Pothmann für die Berechnung; aktuellere Zahlen werden erst Ende 2015 verfügbar sein.

7.1.1. Reichweite und soziale Zusammensetzung der Besucher/innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Zur Reichweite und sozialen Zusammensetzung der Besucher/innen der OKJA in Baden-Württemberg existieren keine aussagefähigen Erhebungen. Aufgrund der bundesweit verfügbaren Daten stellt sich folgende Einschätzung als plausibel dar, insbesondere für Städte, während in kleineren ländlichen Gemeinden tendenziell noch eher von einer schichten- und milieuübergreifenden Reichweite ausgegangen werden kann:

„Bei der Betrachtung der sozialen Situation der Besucherinnen und Besucher der OJA zeigt sich, dass sie überproportional aus sozial schwierigen, belasteten und bildungsfernen Milieus stammen. Seit den 1980er Jahren ansteigend haben die Kinder und Jugendlichen außerdem überproportional häufig einen Migrationshintergrund (Schmidt 2013: 15).

Aufgrund der verfügbaren Daten aus einigen Städten in Baden-Württemberg (s. Rauschenbach 2010: 163f.; Amt für Kinder, Jugend und Familie Freiburg 2012) können folgende Einschätzungen formuliert werden:

In den Städten existiert eine Angebotsstruktur, die sowohl stadtteilbezogene als auch übergreifende Einrichtungen umfasst. Weder die Anzahl der Einrichtungen noch die Trägerstruktur (Zentralisierung oder Dezentralisierung; Kommunen oder Vereine als Träger) ist einheitlich, sondern das Ergebnis kommunaler Traditionsbildungen und Entscheidung. Auch in diesem Bereich sind Schichten- und milieubezogene Abgrenzungen wirksam mit der Folge, dass von einem Großteil der Einrichtung der OKJA insbesondere benachteiligte Jugendliche erreicht werden.

Im Gespräch mit Frachtkräften wurde deutlich, dass die OKJA auch in Baden-Württemberg gegenwärtig vor der Schwierigkeit steht, die Folgen der Etablierung schulischer Ganztagesangebot zu bewältigen. Dies betrifft neben der Frage der zeitlichen Ressourcen der Adressat/innen insbesondere Erwartungen an die Kooperation, die dazu führen können, dass die spezifischen Prinzipien der OKJA (Freiwilligkeit der Teilnahme, keine Lern- und Leistungszwänge) in Frage gestellt werden.

7.1.2. Freiwilliges Engagement und Partizipation in der Offenen Jugendarbeit

Das freiwillige Engagement spielt im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht nur programmatisch (s.o.) eine große Rolle: Dies zeigt sich schon darin, dass nach den vorliegenden Einschätzungen (s. lago-bw.de) ein Viertel der Einrichtungen in den kreisangehörigen Kommunen ohne hauptamtliches Personal arbeiten. Auch in den 70% der Einrichtungen mit hauptamtlichem Personal gibt es ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, die sich an der Organisation und Durchführung von Angeboten beteiligen.

Neben dem freiwilligen Engagement spielt auch das Ermöglichen von Partizipation eine zentrale Rolle in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Partizipation kann sich dabei auf unterschiedlichen Ebenen abspielen, wie erstens auf der individuellen Ebene der Selbstbestimmung über Teilnahme an Angeboten der Einrichtung. Zweitens können Gruppen und Cliquen die Berücksichtigung ihrer spezifischen Interessen einfordern. Drittens können in Hausräten, Mitgliederversammlungen oder offenen Formen Fragen behandelt werden, die alle Beteiligten betreffen. Gleichwohl sind Mitbestimmungsmöglichkeiten auch hier begrenzt. In Bezug auf Finanz- oder Personalfragen haben die Kinder und Jugendlichen meist keine Entscheidungsmöglichkeiten. Dies wird in der Fachdiskussion als durchaus erklärungsbedürftiger, pädagogisch relevanter Sachverhalt diskutiert:

„Wollen aber Träger und Hauptamtliche den Partizipationsauftrag der Offenen Jugendarbeit ernst nehmen, müssen sie Schritt für Schritt den Entscheidungsfreiraum der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen erweitern. Dazu gehört andererseits auch zu klären, wo und warum Entscheidungen nicht in die Macht der Jugendlichen gestellt sind. Mit einer Partizipationsorientierung allerdings müssten mindestens diese Machtentscheidungen vor den betroffenen Teilnehmern gerechtfertigt werden und ihnen, wenn nicht die Entscheidungsmacht, so doch eine Protestchance eingeräumt wird“ (Sturzenhecker 2008: 31).

Die Partizipationsmöglichkeiten in der offenen Kinder- und Jugendarbeit können auch über die Ebene der Einrichtung hinaus wirken. So dienen beispielsweise bei den U18- oder Jugendgemeinderatswahlen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit als Wahlbüros, oder sie werden als Veranstaltungsorte für offene Beteiligungsformen wie Jugendforen oder andere politische Informations- und Diskussionsveranstaltungen genutzt.

Partizipationsmöglichkeiten spielen bei der Bewertung von Freizeitstätten eine große Rolle: beliebte Freizeitstätten bieten einen hohen Grad an Beteiligung.²⁸ Nach den Ergebnissen der Münchener IPP-Studie möchte sich die Mehrzahl der Jugendlichen, die regelmäßig eine Freizeitstätte besuchen, beteiligen, hat jedoch den Eindruck nicht ausreichend einbezogen zu werden (Moser 2010: 311f). Die Studie kommt insgesamt zu der Einschätzung, dass es sinnvoll wäre, ein größeres Partizipationsspektrum anzubieten und zudem besser über die Möglichkeiten zur Partizipation zu informieren. In

²⁸ Eine 2010 vom Stadtjugendamt München beauftragte und vom Institut für Praxisforschung und Projektberatung (IPP) aus München durchgeführte Evaluationsstudie, untersuchte die Attraktivität Münchner Freizeitstätten und welche Rolle dabei die Partizipation von Jugendlichen spielt. Die Ergebnisse zeigten, dass die Jugendlichen zum Teil davon ausgingen überhaupt keine Mitbestimmungsmöglichkeiten zu haben, andere wiederum genau beschrieben wie sie sich beteiligen können (Moser 2010: 302). In den Jugendzentren, die als gut bewertet wurden bejahten 58%, dass es gute Mitbestimmungsmöglichkeiten gibt, in den als weniger gut bewerteten bejahten dies nur 33%. In den beliebten Einrichtungen sagen 70%, dass über ihre Vorschläge geredet wird und 16%, dass ihre Ideen auch in die Tat umgesetzt werden. 5% geben an, dass ihre Vorschläge abgelehnt würden. In den schlechter bewerteten Häusern sagen auch 60% der regelmäßigen Besucher/innen, dass über ihre Ideen gesprochen wird, allerdings nur 6% dass diese auch umgesetzt werden. 28% geben an dass ihre Vorschläge abgelehnt werden (ebd.: 304).

wieweit die Münchner Ergebnisse für die offene Jugendarbeit im Allgemeinen, speziell für Baden-Württemberg, generalisiert werden können ist unklar. Sie deuten jedoch darauf hin, dass die Offene Jugendarbeit erhebliche Potenziale für Partizipationsmöglichkeiten bietet, dass diese jedoch durchaus ausbaufähig sind. Hierbei wäre eine genauere Analyse und Befragung der Besucher/innen in einzelnen Einrichtungen notwendig.

7.1.3. Selbstverwaltete Jugendräume

Einen Sonderfall der Offenen Jugendarbeit stellen selbstverwaltete Jugendräume dar, deren Grundlage die Eigenaktivität Jugendlicher und ihr freiwilliges Engagements ist.

Selbstverwaltete Jugendräume gibt es in unterschiedlichen Ausprägungen (politisch-kulturelle Zentren, offene Jugendtreffs, Räumlichkeiten von (kirchlichen) Jugendverbänden, Bauwagen oder kleinen Hütten, die als Treffpunkte für Cliquen und Szenen dienen). Sie stellen eigenverantwortliche Erfahrungs- und Freiräume für die beteiligten Jugendlichen dar. In den wenig kontrollierten Räumen können Jugendliche ihre individuellen und gemeinsamen Interessen miteinander aushandeln und umsetzen, Konflikte bearbeiten, Regeln vereinbaren oder Veranstaltungen planen. Meist sind selbstverwaltete Jugendräume basisdemokratisch organisiert und treffen ihre Entscheidungen in regelmäßigen Vollversammlungen im Konsensprinzip. Dass sich autoritäre Strukturen und ein Gruppenkonformismus ausbilden können, ist allerdings nicht auszuschließen. Aktuelle empirische Studien zur Realität selbstverwalteter Jugendräume in Baden-Württemberg liegen nicht vor.

Nach Einschätzungen von Fachkräften sind selbstverwaltete Treffs insbesondere im ländlichen Raum verbreitet. Meist in Form von Buden/ Bauwagen oder Jugendhütten. Die selbstverwalteten Räume dienen als offene Jugendtreffpunkte oder Cliquentreffs (s. Koss/Fehrlen 2012: 6) Sie ermöglichen informelle Treffen außerhalb der Vereine oder Verbände und bieten die Möglichkeit ohne Kontrolle Erwachsener gemeinsam die Freizeit zu verbringen. Zahlen zur Verbreitung liegen nicht vor.

Die erhebliche Bedeutung der „Budenkultur“ wird am Fall des Landkreises Biberach deutlich, für den angenommen wird, dass dort eine besonders starke Verbreitung gegeben ist. In einer Umfrage im Sommer 2012 wurden dort insgesamt 225 Buden in 30 von 45 Städten des Kreises gezählt (Landratsamt Biberach 2013: 8). Diese sind zu einem erheblichen Teil auch Treffpunkte junger Erwachsener. Die Anzahl der Buden mit Jugendlichen unter 27 Jahren betrug 145, 20 Buden hatten eine Altersspanne von 16 bis 50 Jahren (ebd.: 10f.). Auffallend sei, dass in den Buden kaum Mädchen und junge Frauen, sowie „Zugezogene“ vertreten sind. Ausnahmen sind Buden, die eher als selbstverwaltete Jugendtreffs konzipiert sind (Landratsamt Biberach 2013: 9).

Zudem liegen aus Interviews im Rahmen der Befragung 2010 im Landkreis Biberach Hinweise vor, dass in einigen Buden rechtes Gedankengut vorherrscht sowie, dass Gruppen von Jugendlichen von

überregional bekannten Nazis bei der Gründung von Buden unterstützt werden und einige Budenbesucher mit der organisierten rechtsextremen Szene in Verbindung stehen (Koss/Fehrlen 2012: 8).

2012 fand im Rahmen des Projektes „Buden bürgerschaftlich begleiten“ das erste „Budenforum“ im Landkreis Biberach statt. Das Budenforum wurde vom Kreisjugendreferat koordiniert und hatte das Ziel, Budennutzer/innen und Gemeindeverantwortliche in einen gemeinsamen Austausch zu bringen, um so eine Kultur des Zuhörens zu schaffen. „Partizipation at its best konnte hier umgesetzt werden“, heißt es hierzu im Abschlussbericht des Projekts (Glotz/Bosch 2013: 6). Auch in den Folgejahren wurde jährlich zum Budenforum geladen. In einer neueren Studie finden sich Hinweise darauf, dass Jugendliche die Anerkennung ihres Engagements in selbstverwalteten Jugendräumen einfordern: Die in der Jugend-Gemeinde-Studie Waldkirch befragten Dorfjugendlichen empfanden es als ungerecht, dass die Treffpunkte der Jugendlichen im Stadtgebiet viel positive öffentliche Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung erfahren, während die selbstorganisierte Arbeit im dörflichen Raum nicht angemessen wahrgenommen werde (Herrenknecht/Hillig 2015: 129).

Es kann nach Einschätzung von Fachkräften davon ausgegangen werden, dass im ländlichen Bereich auch größere selbstverwaltete Jugendzentren vorzufinden sind.²⁹ In Städten, die auf ein größeres Angebot an Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit verweisen, bestehen dagegen oftmals keine selbstverwalteten Einrichtungen, so in Stuttgart und Karlsruhe. In Freiburg und Mannheim gibt es jeweils ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Zwischen den Landkreisen besteht ein erhebliches regionales Ungleichgewicht. So gibt es im Zollernalbkreis 21 selbstverwaltete Jugendtreffs, im Landkreis Emmendingen acht, für den Hohenlohekreis gab es dagegen nur eine Nennung und für den Landkreis Freudenstadt sind keine selbstverwalteten Projekte bekannt³⁰. Aussagen über die Gründe dieser regionalen Unterschiede im ländlichen Raum können nicht getroffen werden.

Zahlen zur Reichweite selbstverwalteter Jugendzentren liegen aus dem JUZ Friedrich Dürr Mannheim (JUZ) vor. Seitens der Stadt Mannheim wurde das selbstverwaltete Jugendhaus als besonders erfolgreiches Beispiel der Jugendbeteiligung benannt. Das JUZ ist eine Anlaufstelle für Jugendliche und junge Erwachsene ab 14 Jahren, die den Raum eigenverantwortlich verwalten. Das JUZ entstand Mitte der 70er Jahre im Zuge der Jugendhausbewegung und beansprucht antifaschistische, antirassistische und antisexistische Werte als Orientierung. Im Jahr 2013 wurden an 237 Tagen Treffpunktangebote sowie zielgruppen- und themenspezifische Angebote bereitgestellt. Das Café als Treffpunkt sowie Filmabende verzeichnete 2.049 Besuche im Jahr 2013. Die Anzahl der Besuche der regelmäßig stattfindenden Vollversammlungen liegt bei ca. 500 im Jahr. Besonders häufig werden Musikveranstaltungen besucht (4.803 Besuche im Jahr 2013). An Veranstaltungen zur politischen

²⁹ Einen empirisch fundierten Überblick über selbstverwaltete Jugendzentren zu geben, ist nicht möglich, da diesbezüglich keine Erhebungen vorliegen.

³⁰ Ergebnisse der durchgeführten Befragung ausgewählter Städte und Landkreise.

Bildungsarbeit nahmen 2013 494 Personen teil (Datenblatt JUZ Stand 2013). Angaben über die Zusammensetzung der Zielgruppe liegen nicht vor.

Selbstverwaltete Jugendräume sind, auch in Baden-Württemberg, immer wieder mit Schließungsabsichten konfrontiert oder werden mit Auflagen in ihrer Selbstverwaltung eingeschränkt. In den letzten Jahren gab es immer wieder, auch in Städten in Baden-Württemberg, Initiativen für den Aufbau und den Erhalt selbstverwalteter Jugendzentren (Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart, Reutlingen, Singen u.a.). Nicht selten kommt es dabei zu Konflikten zwischen den Jugendlichen und den kommunalen Verwaltungen. Die in diesem Rahmen gemachten Partizipationserfahrungen sind für die Jugendlichen oftmals frustrierend und Erwachsene bzw. die Kommunalpolitik werden in diesem Zusammenhang häufig als Gegner wahrgenommen, welche das Engagement der Jugendlichen nicht als solches anerkennen.

Jugendzentren in Selbstverwaltung bieten Jugendlichen wichtige Gestaltungs- und Erfahrungsräume und beruhen auf einer umfassenden Verantwortungsübernahme. Insofern können funktionierende selbstverwaltete Jugendtreffs als ein Idealfall von Partizipation betrachtet werden und wären in entsprechenden Förderprogrammen zu berücksichtigen.

7.2. Jugendsozialarbeit und Mobile Jugendarbeit

Der Jugendsozialarbeit kommt in besonderem Maße eine Anwaltsfunktion gegenüber jungen Menschen zu, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen oder bedroht sind und die von den Regelangeboten derzeit nicht oder nicht ausreichend erreicht werden. Dies schließt im Selbstverständnis der Mobilen Jugendarbeit Distanz zu einer paternalistischen Stellvertretung und Förderung der Partizipation ein: „Jugendsozialarbeit ist gefordert, die Mitwirkung von benachteiligten Jugendlichen in kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen durch angemessene Formen von Beteiligung und politischer Bildung sicherzustellen“, heißt es in einem Positionspapier der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG 2012: 3). Zentrale Handlungsfelder und -ansätze der Jugendsozialarbeit sind die Mobile Jugendarbeit (s.u.), die Schulsozialarbeit, Angebote der Jugendberufshilfe und des Jugendwohnens sowie die Jugendmigrationsdienste (ebd.: 4).

Matthias Reuting (2014) argumentiert, dass es wenig aussichtsreich ist, Jugendliche in benachteiligten Lebenslagen für Engagement und Partizipation in den bestehenden Strukturen zu motivieren; angemessener sei es, niedrigschwellige „Andock-Möglichkeiten“ für ihre Motivation zu schaffen. Demnach richten sich die Bemühungen der Jugendsozialarbeit in erster Linie auf den Versuch, Zugangsbarrieren für benachteiligte Jugendliche, auch durch politische Einflussnahme, im Rahmen von Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten abzubauen.

Aber auch für die Angebote der Jugendsozialarbeit selbst gilt es als Ziel, Partizipationserfahrungen zu ermöglichen: „Machen die Teilnehmenden der Jugendsozialarbeit die Erfahrung, dass sie hier Rechte

der Mitbestimmung haben und als kompetente Mitentscheidende anerkannt werden, stärkt das ihr Selbstbewusstsein und ihre Fähigkeit, sich sozial und demokratisch einzumischen“ (BMFSFI 2012: 39).

Exemplarisch sollen für den Bereich der Jugendsozialarbeit im Folgenden die Jugendmigrationsdienste und die Mobile Jugendarbeit betrachtet werden. Zur Schulsozialarbeit sind im Rahmen der Bestandsaufnahme leider keine Hinweise eingegangen.

7.2.1. Jugendmigrationsdienste (JMD)

Als Teil der Jugendhilfe zielen die JMD auf Vermeidung bzw. Ausgleich von Benachteiligungen und die interkulturelle Öffnung des Gemeinwesens. Sie sollen dazu beitragen, das Recht aller jungen Menschen mit Migrationshintergrund auf umfassende Teilhabe und Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verwirklichen, sowie die Beteiligung an Partizipationsprozessen zu ermöglichen. „Ein Schwerpunkt des Jugendmigrationsdienstes ist es deshalb, jungen Menschen mit Migrationshintergrund die Brücke zu bauen, mit ihrem Anliegen auf Politik und Verwaltung zuzugehen bzw. sich in bestehende Formen der Jugendbeteiligung (Jugendgemeinderäte, -foren oder anlassbezogene Hearings) einzuklinken“ (EJSA 2014: 33).

Zudem ist auch die Umsetzung von Partizipation in den eigenen Angeboten ein erklärtes Ziel des Jugendmigrationsdienstes: „Die Beteiligung in der Jugendmigrationsarbeit setzt ... schon bei den Grundbedingungen für Partizipation an. Vor allem die Gruppenarbeit bietet Übungs- und Lernfelder für demokratische Entscheidungsprozesse, in denen sich junge Menschen mit Migrationshintergrund ‚gefahrlos‘ ausprobieren können. Hier wie auch in der individuellen Beratung können die jungen Menschen Routinen beim Mitentscheiden und Mithandeln entwickeln. Eigene Ideen zu haben und zu verfolgen, Entscheidungen auszuhandeln und Verantwortung für die Umsetzung zu übernehmen, sind wichtige Mitbestimmungskompetenzen“ (EJSA 2014: 33).

Darüber hinaus sind auch Förderung der interkulturellen Öffnung von Möglichkeiten des freiwilligen Engagements, beispielsweise im Rahmen von Jugendverbänden, sowie die Unterstützung von Selbstorganisationsformen von Migrant/innen erklärtes Ziel des JMD (ebd.: 33). Entsprechende Berichte, Projektdokumentationen oder Studien, aus dem spezifischen Feld der baden-württembergischen Jugendsozialarbeit, die belastbare Einschätzungen zur Einlösung des Partizipationsanspruchs liefern können, liegen nicht vor.

7.2.2. Mobile Jugendarbeit

Im Jahr 2013 wurden 17.644 benachteiligte oder gefährdete junge Menschen von den Fachkräften der Mobilien Jugendarbeit in Baden-Württemberg erreicht. Kontakt bestand insbesondere zu Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 20 Jahren (58,4%). 13,2% waren unter 14 Jahren und 28% über 21 Jahren alt. 64% der Adressat/innen waren männlich und 36% weiblich. 67% der

erreichten jungen Menschen kamen aus Familien mit einem Migrationshintergrund. Rund ¼ davon hatten einen Migrationshintergrund mit dem Herkunftsland Türkei (lag-mobil.de).

Auch die Mobile Jugendarbeit hat das Ziel, die Lebenssituation von gesellschaftlich, sozial und familiär benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu verbessern. Eine erklärte Zielsetzung des Arbeitsfeldes ist es, Möglichkeiten der Partizipation der Adressat/innen bei Planungs- und Entscheidungsprozessen im Gemeinwesen zu eröffnen und zu unterstützen und den Adressat/innen bei der Durchsetzung ihrer Interessen zu helfen (lag-mobil.de). Auch wenn Mobile Jugendarbeit für den großstädtischen Kontext entwickelt wurde, hat sich diese in den letzten Jahren auch in kleineren Städten zunehmend verbreitet und wird als Ansatz auch im ländlichen Raum umgesetzt. Die Jugend-Gemeindestudie-Waldkirch gibt Hinweise darauf, dass sich Jugendliche im ländlichen Raum gegen eine Mobile Jugendarbeit mit professionellen Sozialarbeiter/innen abgrenzen und in diesen mehr Kontrollpersonen sehen, welche die Selbstorganisation der Jugendlichen einschränken wollen (Herrenknecht/Hillig 2015: 130).

Die folgenden Beispiele der Mobilen Jugendarbeit aus Karlsruhe und Konstanz gelten als erfolgreiche Projekte in Bezug auf Partizipation und Verantwortungsübernahme.

a) Hip Hop Kulturzentrum „Combo“ in Karlsruhe / Farbschall e.V.

2005 eröffnete die Mobile Jugendarbeit des Jugendamtes Karlsruhe das Hip Hop Kulturzentrum „Combo“. Die Initiative zu diesem Kulturzentrum ging von der regionalen Hip-Hop-Szene aus. Das Zentrum versteht sich als stadtteilübergreifendes, szenorientiertes Angebot an junge Menschen, die in dieser Jugendkultur aktiv sind oder sich in diese einbringen möchten. Das Kulturzentrum wird von „Farbschall e.V. – Verein zur Förderung der Hip Hop Kultur“ unterstützt. Dieser Förderverein ist, ausgehend von der Arbeit der Mobilen Jugendarbeit mit der Karlsruher Hip-Hop-Szene, im Jahr 2001 gegründet worden. Diese Vereinsgründung war eine methodische Herangehensweise der Mobilen Jugendarbeit, um Aktivist/innen aus der Karlsruher Hip Hop-Szene in ihrer Selbstorganisation zu stärken (Stadt Karlsruhe: 12).

Verantwortungsübernahme / Selbstorganisation

Neun junge Erwachsene besitzen derzeit einen Hausschlüssel für das „Combo“. Damit soll zum einen die Verantwortung für das Haus an die Jugendlichen übertragen, zum anderen langzeitige Öffnungszeiten gewährleistet werden. Anregungen und Initiativen der Jugendlichen im „Combo“ werden vom Kulturzentrum aufgegriffen, mit dem Anspruch, dass die Jugendlichen sich aktiv an deren Umsetzung beteiligen und bereit sind, dafür Verantwortung zu übernehmen. Angebote des Zentrums, in Form von Workshops, Präsentationen und Auftritten, werden mit der Unterstützung des Zentrums von den Aktivist/innen eigenverantwortlich umgesetzt. Grundsätzlich unterstützen die Mitarbeiter/innen jegliche Ansätze von Formen der Selbstorganisation innerhalb der Karlsruher Hip Hop-Szene (ebd.: 13).

Reichweite

Im Jahr 2011 bestand über das Kulturzentrum Kontakt zu 69 jungen Menschen. 16 Jugendliche waren zwischen 14 und 17 Jahren, 12 zwischen 18 und 20 Jahren, 34 junge Erwachsene waren älter als 21 Jahre und sieben über 27 Jahren. Rund 40% der Besucher/innen waren weiblich, und 60% männlich. Ca. 60% hatten einen Migrationshintergrund, meist aber einen deutschen Pass (Jahresbericht Combo 2011).

b) Jugendgarten in Karlsruhe Oberreut

Der Jugendgarten in Karlsruhe Oberreut wurde 2004 auf Initiative von Jugendlichen des Stadtteils zusammen mit Mitarbeiter/innen der Streetwork Oberreut gegründet. Er bietet eine niederschwellige Anlaufstelle und Treffpunkt für unterschiedliche Jugendliche des Stadtteils in geschütztem Rahmen.

Verantwortungsübernahme / Selbstorganisation

Basis der Arbeit im Garten ist das Prinzip der Partizipation und Verantwortungsübernahme. Jugendliche machen Vorschläge und beteiligen sich an Umsetzung und Instandhaltung des Gartens. 2011 wurde der Förderverein „Zentrumgadde 189“ mit Jugendlichen gemeinsam gegründet, um Verantwortungsübernahme und Selbstorganisation der Jugendlichen zu fördern. Gemeinsame Projekte und Freizeiten auf Anregung und unter Beteiligung der Jugendlichen sollen deren Interessen und deren Stärken fördern sowie die Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen. Im Laufe des Projekts haben sich vier junge Männer zu Verantwortungsträgern entwickelt, die Zugang zu allen Schlüsseln haben, den Garten eigenständig ohne Absprache öffnen und an andere Jugendgruppen vermitteln (Projektbericht 2008: 21).

Reichweite

Im Projektverlauf 2006 bis 2008 bestand Kontakt zu 112 jungen Menschen. Das sind knapp über 6% der Jugendlichen des Stadtteils. 34 Jugendliche waren 17 Jahre oder jünger, 59 junge Erwachsene waren zwischen 18 und 22 Jahren alt und 19 waren älter als 23 Jahre. Ca. 60% der Jugendlichen waren männlich und 40% weiblich. Zu den Geschlechterverhältnissen heißt es im Projektbericht: „Die jungen Frauen in Oberreut sind erstaunlich selbstbewusst und in der Lage, ihre Interessen (...) einzufordern. Geschlechtsspezifische Angebote wurden bisher verständnislos abgelehnt. Spezielle Aktivitäten nur für Mädchen widerspricht dem Gruppen- und Zugehörigkeitsgefühl, das in Oberreut stark ausgeprägt ist.“ (ebd: 35)

Der Großteil der Zielgruppe in Oberreut sind deutsche Jugendliche. Knapp 20% der Nutzer/innen waren ausländischer Herkunft, jedoch mit deutschem Pass.

c) [kju:b] Konstanzer Jugendumfrage Box

Dass Mobile Jugendarbeit auch eine Bedeutung für die politische Partizipation spielen kann macht dieses Beispiel aus Konstanz deutlich. 2013 führte die Mobile Jugendarbeit in Kooperation mit dem Jugendzentrum und dem Jugendtreff Berchen eine Umfrage durch: Sieben Monate lang wurden an 12 Orten im öffentlichen Raum Jugendliche aus Konstanz zu ihrem Freizeitverhalten und ihren Wünschen für den öffentlichen Raum befragt. 742 Jugendliche nahmen an der Umfrage teil. Darüber hinaus bestand für die jungen Leute die Möglichkeit, sich aktiv an der weiteren Planung und Durchführung von Veranstaltungen in Konstanz zu beteiligen. So war der Zugang unter anderem über eine Facebook-Gruppe möglich, woraus sich kleinere, projektbezogene Gruppen Jugendlicher gebildet haben, die 2014 die Möglichkeit bekommen sollten, ihre Veranstaltungen umzusetzen. Darüber hinaus ging es bei dem Projekt darum, Präsenz im öffentlichen Raum zu zeigen und dadurch auf die Anliegen junger Menschen aufmerksam zu machen. Aus diesem Grund wurde die Umfrageaktion durch eine auffällige Styropor-Installation präsentiert, die als Sitzmöglichkeit nutzbar war und sichtbar einen Platz im öffentlichen Raum einnahm. Das Projekt wurde von der LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork BW e.V. gefördert (Mobile Jugendarbeit Konstanz 2013: 18).

8. Landesweite Koordinierungsstellen zur Kinder- und Jugendbeteiligung

Zusammenfassung und Empfehlungen

In sieben Bundesländern gibt es landesweite Stellen, die für die Koordinierung und Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung zuständig sind. In der Fachdiskussion werden diese als sinnvolle Form der Institutionalisierung bewertet.

Im Interesse einer landespolitischen Verankerung, überregionalen Vernetzung und kontinuierlichen Weiterentwicklung von Partizipationsstrukturen ist die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg anzustreben.

In Baden-Württemberg ist die Förderung von Kinder- und Jugendbeteiligung zwar ein bedeutsames Ziel der Landespolitik. Bislang wurde auf Landesebene jedoch noch keine zentrale Stelle eingerichtet, die als Beratungs- und Anlaufstelle zur Verfügung steht, Qualifizierungen und Weiterbildungen für diesen Bereich anbietet und von der aus die lokalen Projekte und Bestrebungen koordiniert werden können.

Aus fachlicher Sicht wird argumentiert³¹, dass landesweite Koordinierungsstellen der Kinder- und Jugendbeteiligung hilfreich sind, um die Beteiligung- und Partizipationsmöglichkeiten auf der Ebene der Bundesländer zu stärken: Eine zentrale Anlaufstelle ermöglicht demnach die Vernetzung der

³¹ Im Rahmen der Erhebung wurde eine Expertenbefragung durchgeführt. U.a. wurde das Deutsche Kinderhilfswerk, Prof. Dr. Roland Roth, Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker sowie einige Landesjugendringe zu landesweiten Koordinierungsstellen befragt. Die Informationen zu den einzelnen Stellen sind der Internetpräsenz sowie eingegangenen Materialien entnommen.

beteiligten Akteure, kann die Funktion einer Beratungs- und Fortbildungsstelle einnehmen, Erfahrungen aus der Praxis zusammentragen; sie kann bei der Erarbeitung von Qualitätsstandards eine wichtige Rolle spielen und den Akteuren eine Stimme gegenüber der Landesregierung geben.

In einigen Bundesländern sind zentrale Koordinierungsstellen zur Kinder- und Jugendbeteiligung bereits etabliert:

Bundesland	Landesweite Stelle	Trägerschaft	Internetpräsenz
Baden-Württemberg	Keine		
Bayern	Keine		
Berlin	Drehscheibe Kinderpolitik	Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin - Walter May (SPI Stiftung)	www.stiftung-spi.de/drehscheibe/
Brandenburg	Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg	Paritätischen Sozial- und Beratungszentrum gGmbH	www.jugendbeteiligung-brandenburg.de
Bremen	Keine		
Hamburg	Keine		
Hessen	Keine		
Mecklenburg-Vorpommern	Beteiligungswerkstatt	Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern	lrmv.de/lrmv/langzeitprojekte/beteiligungswerkstatt/
Niedersachsen	Keine		
Nordrhein-Westfalen	Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung	Landesjugendamt beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe	www.jugendbeteiligung-in-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Leitstelle Partizipation	Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz	mifkjf.rlp.de/kinder-und-jugend/jugendpolitik/beteiligung/
Saarland	Keine		
Sachsen	Landeskoordinierungsstelle befindet sich im Aufbau	Träger noch unbekannt	
Sachsen-Anhalt	Keine		
Schleswig-Holstein	Informations- und Servicestelle Demokratiekampagne	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein	www.schleswig-holstein.de
Thüringen	Keine		

Berlin: Drehscheibe für Kinder- und Jugendpolitik

Die Stelle besteht seit 2005. Ihr zentraler Auftrag ist es, das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Partizipation strukturell auf den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ebenen zu verankern. Dabei unterstützt die „Drehscheibe“ sowohl junge Menschen in ihrem politischen und gesellschaftlichen Engagement, als auch die verschiedenen Akteure und Initiativen im Handlungsfeld Kinder- und Jugendpolitik. Seit 2012 arbeitet die Drehscheibe für Kinder- und Jugendpolitik innerhalb des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, um die besondere Verbindung zwischen Stadtentwicklung und Partizipation stärker herauszuarbeiten.

Aufgaben der Drehscheibe für Kinder- und Jugendpolitik:

- Mediation der Verfahrensbeteiligten;
- Moderation thematischer Netzwerke und Veranstaltungen;
- Entwicklung und Begleitung von Beteiligungsprozessen;
- Kontaktstelle und Informationstransfer;
- Öffentlichkeitsarbeit;
- Fachliche Unterstützung zu Rechten und Beteiligung junger Menschen.

Trägerschaft / Finanzierung: Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin - Walter May (SPI Stiftung); gefördert durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft des Landes Berlin.

Qualifizierungsangebote: Eine Ausbildung zum/zur Moderator/in für Kinder und Jugendbeteiligungsprozesse, wird als berufsbegleitender Zertifikatskurs des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin/Brandenburg (SFBB) in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, dem Landesverband Berlin/Brandenburg und der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin/ Stiftung SPI, angeboten. Das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin/Brandenburg bietet in Kooperation mit der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin/ Stiftung SPI individuell zugeschnittene Fortbildungen zur Kinder- und Jugendbeteiligung an.

Brandenburg: Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg

Die Fachstelle ist eine landesweite Anlaufstelle zur Kinder- und Jugendbeteiligung mit dem Ziel, Kinder- und Jugendbeteiligung im Bundesland zu stärken und stabile Mitbestimmungsmöglichkeiten zu schaffen und zu sichern.

Aufgaben der Fachstelle:

- Beratung bei Gründung von Beteiligungsmodellen;
- Unterstützung und Begleitung von Initiativen zur Beteiligung Jugendlicher;
- Fortbildung der Akteure;
- Durchführung von Informationsveranstaltungen;
- Initiierung, Unterstützung beim Aufbau und mittelfristige Begleitung von neuen Beteiligungsstrukturen;
- Aufbau von entsprechenden Partner- und Unterstützungsstrukturen;
- Durchführung landesweiter Seminare zum praxisnahen Erfahrungsaustausch.

Trägerschaft / Finanzierung: Die Koordinierungsstelle befindet sich seit 2011 in Trägerschaft der Paritätischen Sozial- und Beratungszentrum gGmbH; finanziert wird diese aus Mitteln der „Koordinie-

rungsstelle Tolerantes Brandenburg“ des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, Land Brandenburg.

Qualifizierungsangebote: An der Fachhochschule Potsdam wird in Kooperation zwischen dem Institut für Fortbildung, Forschung und Entwicklung e.V. (IFFE e.V.) und der Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg, eine Ausbildung zum/zur Moderator/in für Kinder- und Jugendbeteiligung für Fachkräfte der sozialen Arbeit sowie Mitarbeiter/innen aus Verwaltungen angeboten. Das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin – Brandenburg (SFBB) bietet zudem zahlreiche Fortbildungen zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung an.

Mecklenburg-Vorpommern: Beteiligungswerkstatt beim Landesjugendring

Die Beteiligungswerkstatt ist ein Projekt des Landesjugendrings M-V e.V. und fördert seit 2001 als zentrale Anlaufstelle die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern. Bundesweit ist es die Institution mit dem größten Stellenumfang (4 Hauptamtliche), was die Beteiligungswerkstatt als erfolgreich auszeichnet.

Aufgaben der Beteiligungswerkstatt:

- Beratung, Begleitung und Moderation von Beteiligungsprozessen und -projekten, z. B. in der Schule, Kita oder Kommune
- Bereitstellung und Entwicklung von Methoden der Beteiligung
- Schulung, Fortbildung und Referententätigkeit im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung
- Öffentlichkeitsarbeit über und Dokumentation von Beteiligungsprozessen und -projekten

Träger / Finanzierung: Die Beteiligungswerkstatt findet sich in Trägerschaft des Landesjugendrings, in Kooperation mit dem Schweriner Jugendring e.V., dem Jugendmedienverband M-V e.V., der BUNDjugend M-V e.V. und dem Pfadfinderbund M-V e.V., bei denen jeweils eine Moderator/innenstelle angesiedelt ist. Neben den vier Moderator/innenstellen gibt es eine Stelle für die Landeskoordination.

Qualifizierungsangebote: Vier Moderator/innen der Beteiligungswerkstatt bieten Schulungen und Qualifizierungen für Mitarbeiter/innen aus Verwaltung, Politik, Schule, Jugendarbeit und Jugendverbänden sowie Kinder und Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern an.

Nordrhein-Westfalen: Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung

Die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung wurde 2014 eingerichtet, um neue Modelle und Praxisansätze der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Jugendarbeit und der Jugendpolitik in NRW zu entwickeln und zu erproben. Als Baustein einer eigenständigen, sich einmischenden Jugendpolitik sollen demokratische Prozesse der Partizipation und Mitbestimmung in der Jugendförderung und an kommunalpolitischen Entscheidungen angeregt und unterstützt werden.

Aufgaben der Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung:

- Information;
- Beratung;
- Vernetzung von Akteuren;
- Vermittlung von Expert/innen, Moderator/innen;
- Qualifikation;
- Unterstützung des Kinder und Jugendrates NRW;

Träger / Finanzierung: Die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung NRW befindet sich in Trägerschaft des Landesjugendamtes beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe und wird von der Landesregierung NRW aus Mitteln des Kinder- und Jugendförderplanes gefördert.

Qualifizierungsangebote: Nach Bedarf werden Fortbildungen und Teamschulungen zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung angeboten.

Rheinland-Pfalz: Leitstelle Partizipation im Jugendministerium

Die Leitstelle Partizipation wurde 1999 eingerichtet, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen landesweit strukturell zu verankern, nachhaltig zu sichern sowie ein landesweites Netzwerk Partizipation aufzubauen. Die Leitstelle Partizipation fördert Maßnahmen, die entweder von jungen Menschen selbst initiiert und durchgeführt werden oder Kindern und Jugendlichen ein ernsthaftes Mitspracherecht sowie reale Gestaltungsmöglichkeiten einräumen.

Aufgaben der Leitstelle:

- Projektförderung;
- strukturelle Förderung durch fachliche Unterstützung und Qualifizierung;
- Vernetzung der kommunalen Jugendvertretungen in Rheinland-Pfalz;
- Vernetzung von sonstigen Akteur/innen;
- Internetseite www.jugend.rpl.de mit Informationen zum Thema Partizipation und Beteiligungsprojekten.

Träger / Finanzierung: Die Leitstelle Partizipation befindet sich in Trägerschaft des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen.

Qualifizierungsangebote: In Kooperation mit dem Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum werden Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung angeboten.

Schleswig-Holstein: Informations- und Servicestelle Demokratiekampagne

Schleswig-Holstein gilt in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung unter den Bundesländern als vorbildlich³². Denn die Verankerung der Beteiligungsrechte sind hier als Pflichtaufgabe der Kommunen formuliert, zudem sind die Gemeinden dazu verpflichtet, die Beteiligungsverfahren von Kindern und Jugendlichen zu dokumentieren. Auch in Kindertagesstätten sind Beteiligungsrechte, ohne Bindung an eine Altersgrenze, verankert.

Um die lokale Ebene zu unterstützen, hat die schleswig-holsteinische Landesregierung 2003 die „Informations- und Servicestelle Demokratiekampagne“ im Jugendministerium als zentrale Anlaufstelle für alle Anliegen rund um die Kinder- und Jugendbeteiligung geschaffen.

Aufgaben der Informations- und Servicestelle:

- Information und Beratung von Gemeinden, Städten, Organisationen und Initiativen;
- Aus- und Fortbildung sowie fachliche Vernetzung und Vermittlung von Moderator/innen;
- Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene, Landes- und überregionaler Ebene;
- Weiterentwicklung der Beteiligungspraxis in Kommune, Schule und Jugendhilfe;
- Initiierung sowie inhaltliche Begleitung von Modellprojekten zur Partizipationsthematik;
- Verankerung von Ausbildungselementen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in pädagogischen, planerischen und Verwaltungsberufen;
- Verleih der Ausstellungen „Planen mit Phantasie“ und „Dorf für Kinder – Dorf für alle“.

Als ein wichtiger Erfolgsfaktor der Informations- und Servicestelle gilt der Einbezug der Bereiche Kindertageseinrichtungen sowie Jugendheimziehung. Zudem besteht in Schleswig-Holstein die Gemeinschaftsaktion "Schleswig-Holstein - Land für Kinder", in dessen Rahmen das Land Schleswig-Holstein und das Deutsche Kinderhilfswerk Finanzmittel zur Verfügung stellen, aus denen unter anderem die Kinder- und Jugendbeteiligung gefördert wird. Es wird darauf hingewiesen, dass der Erfolg der Stelle in besonderem Maße vom Engagement einzelner Personen abhängt und nicht grundsätzlich in der Einrichtungsstruktur zu suchen ist.

Träger / Finanzierung: Die Informations- und Servicestelle Demokratiekampagne ist beim Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein angesiedelt.

Qualifizierungsangebote: In Schleswig Holstein werden seit 1997/1998, im Rahmen des Landesfonds Schleswig-Holstein, Moderator/innenausbildungen für Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse angeboten. Neben der allgemeinen Ausbildung für den Bereich Jugendarbeit, welche neben Fachkräften

³² In einer Expertenbefragung wurde vielfach, beispielsweise von Deutschen Kinderhilfswerk, auf die Vorreiterrolle Schleswig-Holsteins hingewiesen.

auch an die Verwaltung und Politik adressiert ist, gibt es Fortbildungen, speziell für die Bereiche Beteiligung in Kindertageseinrichtungen sowie in der Heimerziehung. Die Moderator/innenausbildungen haben sich nach Einschätzung der Akteure als Mittel zur Förderung der Beteiligungsintensität und -qualität bewährt.

Empfehlungen für Baden-Württemberg

Im Vergleich wird deutlich, dass die realisierten Modelle in den Bundesländern uneinheitlich sind, d.h., dass sowohl Modelle in Trägerschaft von freien Trägern, beispielsweise die Beteiligungswerkstatt des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern, aber auch Modelle mit ministerieller Anbindung, wie die „Informations- und Servicestelle Demokratiekampagne“ beim Jugendministerium Schleswig-Holstein, vorzufinden sind. Es gibt keine zwingenden Argumente für die eine oder andere Form der institutionellen Verankerung. Von den befragten Expert/innen wurde jedoch kritisch angemerkt, dass eine Ansiedlung beim zuständigen Ministerium unter Umständen auch die politische Handlungsfähigkeit einschränken kann. Grundsätzlich ist feststellbar, dass der Erfolg der Koordinierungsstellen von den dafür zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen sowie dem Engagement der Zuständigen abhängt.

Im Interesse einer landespolitischen Verankerung, überregionalen Vernetzung und kontinuierlichen Weiterentwicklung von Partizipationsstrukturen ist die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg anzustreben.

Auch in Anbetracht der Stärkung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen durch die Veränderung der Gemeindeordnung, wäre die Einrichtung einer landesweiten Stelle zur Unterstützung der kommunalen Ebene hilfreich. Eine Konzeption für eine landesweite Koordinierungsstelle in Baden-Württemberg sollte unter Einbezug der beteiligten Akteure entwickelt werden. Dabei ist anzumerken, dass neben den Teilnehmer/innen der Arbeitsgruppe 3 des Landesjugendplans, der Einbezug der Bereiche Kindertageseinrichtungen und Hilfen zur Erziehung sinnvoll wäre, um auch in diesen Bereichen die Beteiligungsmöglichkeiten zu stärken.

9. Ergebnisse der Befragung ausgewählter Städte und Landkreise: politische Beteiligung und freiwilliges Engagement im Stadt-/Landvergleich

Zusammenfassung und Empfehlungen

Im Hinblick auf die Finanzierung, den Umfang und das Angebotsspektrum der Kinder- und Jugendarbeit sind deutliche Diskrepanzen zwischen städtischen und ländlichen Regionen festzustellen. Auch dies trägt dazu bei, dass ländliche Regionen an Attraktivität für Heranwachsende verloren haben. Vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs und der Alterung in ländlichen Regionen wird die Kinder- und Jugendarbeit deshalb inzwischen auch als ein Standortfaktor betrachtet.

Der ländliche Raum weist, im Vergleich zu Städten, eine deutlich geringere Dichte an Angeboten der OKJA auf. In der Folge haben dort nicht alle Kinder und Jugendlichen Zugang zu leicht erreichbaren Angeboten. Deshalb sind Kinder und Jugendliche dort verstärkt auf die Angebote der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit oder aber Formen der Selbstorganisation angewiesen.

Dass die Kinder- und Jugendarbeit und Sozialarbeit im ländlichen Raum stärker durch Ehrenamt geprägt ist kann zwar als ein unter dem Gesichtspunkt der Engagementförderung, positiver Nebeneffekt der geringeren personellen und finanziellen Ausstattung betrachtet werden. Gleichwohl hat die Engagiertenquote in Baden-Württemberg (alle Altersgruppen) im ländlichen Raum zwischen 2004 und 2009 um 20% abgenommen, in städtischen Kerngebieten dagegen um 5% zugenommen. Hierin kann ein Indiz für die Notwendigkeit einer Unterstützung freiwilligen Engagements durch hauptamtliche Fachkräfte gesehen werden.

Kommunalpolitische Beteiligungsformen sind in Städten weiter verbreitet und häufig konzeptionell verankert; im ländlichen Raum finden sich punktuell Beteiligungsmöglichkeiten in Form von Jugend(gemeinde)räten oder offenen Formen. Erfordernisse und Möglichkeiten, auch benachteiligte Kinder und Jugendliche einzubeziehen, wurden von den Landkreisen, anders als von den Städten, nicht thematisiert.

Insgesamt besteht in den Städten eine größere Dichte an Engagement- und Partizipationsmöglichkeiten. Es werden Potenziale, aber auch der besondere Förderbedarf des ländlichen Raumes sowie erhebliche Unterschiede zwischen ländlichen Regionen deutlich.

Empfehlungen:

- *Aufgrund der offenkundigen Diskrepanzen ist eine verstärkte Förderung der Jugendarbeit im ländlichen Raum anzustreben; diese sollte von sozialräumlichen Analysen der jeweiligen Bedarfslagen und Angebotsstrukturen ausgehen sowie auf eine Stärkung und Weiterentwicklung von Formen der Selbstorganisation des freiwilligen Engagements ausgerichtet sein.*

- *Auch im Bereich der kommunalpolitischen Partizipationsförderung verweisen die erhobenen Daten auf eine Stadt-Land-Diskrepanz. Insofern besteht auch in diesem Bereich ein besonderer Förderungsbedarf im ländlichen Raum.*
- *Angebote der Kinder- und Jugendarbeit stehen in städtischen Regionen in einer verstärkten Konkurrenz zu kommerziellen Angeboten; sofern es nicht gelingt, die Attraktivität der OKJA zu steigern, kann diese in dieser Konkurrenz - mit der Konsequenz herkunfts- und milieuspezifischer Selektionseffekte - kaum standhalten.*
- *Aufgrund der erhobenen Daten ist anzunehmen, dass spezifische Angebote der außerschulischen politischen Bildung in ländlichen Regionen nur unzureichend oder gar nicht vorhanden sind. Folglich besteht auch hier besonderer Förderungsbedarf.*

Dem Landesentwicklungsplan von 2002 zufolge zählt etwa 60% der Landesfläche Baden-Württembergs zum ländlichen Raum im engeren Sinne. In diesen relativ dünn besiedelten Gebieten (ca. 150 Einwohner pro Quadratkilometer) leben ca. 25% der Bevölkerung (Dominé 2007: 1). Zwischen städtischen und ländlichen Räumen bestehen in Bezug auf demografische Strukturen und die Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit erhebliche und folgenreiche Unterschiede.

9.1. Demografische Voraussetzungen

Aktuelle Hochrechnungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg kommen zu dem Ergebnis, dass die Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg bis zum Jahre 2020 noch zunimmt, dann aber stetig zurückgehen könnte. Zudem wird eine Veränderung der Altersstruktur prognostiziert. Der Anteil der unter 18-Jährigen wird in bis 2030 um durchschnittlich 6,1% zurückgehen, die Population der über 64-Jährigen hingegen um 35% zunehmen (Schmidt/Hochstetter 2014: 10). Diese Verschiebung der Altersstruktur ist regional ungleich ausgeprägt; insbesondere zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten lassen sich deutliche Differenzen erkennen: Im Unterschied zu den Stadtkreisen Heidelberg, Baden-Baden, Stuttgart, Freiburg i. Br., Karlsruhe, Mannheim, Ulm und Pforzheim, bei denen der Anteil der unter 18-Jährigen bis 2030 zwischen 1% und 13% zunehmen wird, ist für diese Altersgruppe bei allen Landkreisen ein rückläufiger Trend zwischen 3% und 14,7% zu erwarten. Am höchsten wird der Verlust für den Donau-Albkreis (14,7%) sowie den Landkreis Biberach (14%) berechnet (ebd.: 10). Die Berechnungen des Statistischen Landesamtes zeigen zudem, dass die demografische Entwicklung auch im Zusammenhang mit Wanderungsbewegungen steht, die unter jüngeren Erwachsenen deutlich ausgeprägter sind und zu Gunsten der urbanen Zentren verlaufen. Wanderungsaktiv sind insbesondere junge Menschen mit hoher Bildungsqualifikation. Frauen weisen häufiger die Bereitschaft auf unattraktive Regionen zu verlassen (s. Westphal 2010: 14). Insbesondere ländliche Regionen müssen demnach mit einem Bevölkerungsrückgang und zugleich einer Alterung der Bevölkerung rechnen.

9.2. Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit

Auch in Bezug auf die Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit zeichnen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Stadt- und Landkreisen ab: Die finanziellen Ausgaben für diesen Bereich sind in den Landkreisen deutlich geringer als in den Stadtkreisen: Während die Ausgaben der Jugendämter in den kreisfreien Städten im Jahr 2007 bei durchschnittlich 271 Euro pro jungem Menschen zwischen 12 und 21 Jahren für die Kinder- und Jugendarbeit aufgewendet wurden, belief sich der Wert im ländlichen Raum auf 81 Euro (Rauschenbach u.a. 2010: 113). Doch auch zwischen den Landkreisen liegen erhebliche Differenzen vor. Während die Ausgaben im Rems-Murr Kreis zum Untersuchungszeitpunkt (2007) bei 180 Euro lagen, waren es in Waldshut nur 33 Euro (ebd.: 116). Dem entspricht ein unterschiedliches Angebotsspektrum: Während sich in Städten auf 10 Quadratkilometer durchschnittlich sieben Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit finden, sind es auf dem Land nur drei. Das Stadt-Land Gefälle zeigt sich auch bei der Personalausstattung: Während in den Stadtkreisen 61 Personen pro 10.000 der 12 – 21-Jährigen in den Handlungsfeldern der Jugendarbeit beschäftigt sind, waren es in den Landkreisen nur 25 (Rauschenbach u.a. 2010: 113). Diese Indikatoren beziehen sich auf die beruflich erbrachte Kinder- und Jugendarbeit und lassen keine Schlussfolgerungen über auf Ehrenamt basierte Strukturen zu. Dies ist hier deshalb bedeutsam, weil der ländliche Raum traditionell in einem höheren Maße von ehrenamtlich organisierter verbandlicher Kinder- und Jugendarbeit geprägt ist (Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg 2012: 19). Damit stellt sich die Frage nach Verdrängungseffekten; es muss als klärungsbedürftig betrachtet werden, wie berufliche Kinder- und Jugendarbeit so gestaltet werden kann, dass sie freiwilliges Engagement und Formen der Selbstorganisationen Jugendlicher stärken kann, statt diese zu verdrängen.

Vor dem Hintergrund der genannten Fakten und Prognosen wird in Bezug auf die Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum Handlungsbedarf gesehen und die Forderung formuliert, die Kinder- und Jugendarbeit zu stärken und nicht-kommerzielle, gut erreichbare Angebote für Kinder und Jugendliche auszubauen, um nicht die „Verödung ganzer Landstriche“ zu riskieren (Rauschenbach u.a. 2010: 15). Zudem wird in Bezug auf den zunehmenden Minderheitenstatus der nachwachsenden Generation die Notwendigkeit gesehen, Aspekte der Partizipation und politischen Bildung noch stärker als bislang zu akzentuieren (KVJS 2010: 192). In diesem Zusammenhang weist der KVJS darauf hin, dass der finanzielle Aufwand für erforderliche Angebote der Jugendarbeit trotz rückläufiger Fallzahlen ansteigend ist (ebd.).

9.3. Ergebnisse der Befragung ausgewählter Stadt- und Landkreise

Im Rahmen der Bestandsaufnahme wurde eine vertiefende Befragung kommunaler Stellen der Kinder- und Jugendarbeit in 4 Städten und 8 Landkreisen durchgeführt und durch eine Internetrecherche ergänzt.³³ Zwei der acht angefragten Landkreise haben nicht an der Befragung teilgenom-

³³ Eine Übersicht der Erhebungsergebnisse befindet sich im Anhang.

men. Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse bezüglich politischer Beteiligung und freiwilligem Engagement im Stadt-/Landvergleich zusammenfassend dargestellt.

9.3.1. Politische Partizipation

In allen befragten Städten (Freiburg, Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart) gibt es eine strukturelle Verankerung politischer Partizipation in Form eines gesamtstädtischen Beteiligungskonzeptes zur kommunalen Beteiligung für Kinder und Jugendliche. Dabei wird ein Partizipationsmix angestrebt und insbesondere offenen Formen wie Jugendforen oder Jugendhearings eine wichtige Rolle zugeschrieben. Durch die Vielfalt an Beteiligungsformen, insbesondere durch niederschwellige Angebote, sollen ausdrücklich benachteiligte Jugendlichen vermehrt angesprochen und aktiviert werden.

So gibt es aktuell als konventionelle parlamentarische Beteiligungsform in *Stuttgart* das Modell der Jugendräte in den Stadtbezirken, welche alle zwei Jahre gewählt werden und sich bei wahlbezirksübergreifenden Themen im Arbeitskreis Stuttgarter Jugendräte, dem offiziellen Vertretungsorgan der Stuttgarter Jugendbeteiligungsformen, zusammenschließen. Ergänzt wird dieses repräsentative Modell durch offene Beteiligungsformen (Jugendforen, Projektgruppen, Jugendhearings).

Seitens der Stadt *Mannheim* wurde das stadtweite Beteiligungskonzept als Best-Practice Modell genannt. Von 2011 bis 2013 befand sich das Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim in der Erprobungsphase. In diesem Zeitraum konnten mehr als 1.000 Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Angeboten (Workshop zum Beteiligungsmodell, „Lümmelecken“, Schulklassenprojekte, Stadteilbegehungen, Stadtteilversammlungen, Jugendgipfel) erreicht werden. Darunter ca. 47% weibliche und 52% männliche Jugendliche. Insbesondere konnte die Altersgruppe der 12 – 17-Jährigen erreicht werden (Beschlussvorlage Stadt Mannheim 2013: 13). Insgesamt 49,7% der bis 2014 teilnehmenden Kinder und Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund (Stadt Mannheim 2014: 57). In Zukunft soll der Prozess der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim von einem „Beirat zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim“ begleitet werden. Dieser soll sich aus Kindern und Jugendlichen aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der verbandlichen Jugendarbeit, einer Vertretung des Schülerbeirats sowie der Jugendorganisationen der Parteien zusammensetzen. Ob sich dieses Modell erfolgreich umsetzen lässt, wird sich in der Implementierungsphase herausstellen.

Ein ähnliches Modell für ein stadtweites Jugendgremium aus Vertreter/innen der verbandlichen- und Offenen Jugendarbeit sowie der Schulen, welches 2006 für *Freiburg* erarbeitet wurde, konnte sich nicht in der Praxis durchsetzen. Es erwies sich als zu komplex und zu fern von den Anforderungen und Realitäten der jugendlichen Lebenswelten. Stattdessen erwies sich die Begleitung und Unterstützung von Jugendlichen und deren Interessen durch das „Jugendbüro Freiburg“ als erfolgreich. Dieses übernimmt auch die Organisation der im Beteiligungskonzept vorgesehenen offenen Beteiligungs-

formen, wie dem jährlich stattfindenden Freiburger Schüler/innenforum (Best-Practice Nennung). Aktuell ist für Freiburg das halbinstitutionelle Modell eines „8er-Rates“ in Bearbeitung.

Im Konzept zur Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen für *Karlsruhe* ist keine repräsentative Beteiligungsform vorgesehen. Jugendbeteiligung wird dort als Querschnittsaufgabe der kommunalen Ämter und städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen verstanden, welche verpflichtet sind, Kinder und Jugendliche bei Belangen, die unmittelbar ihre Lebenswelt betreffen, zu beteiligen. Hierzu werden vom Personalamt Fortbildungen und Qualifizierungen angeboten. Umgesetzt wird das Vorhaben mit offenen Beteiligungsformen wie Jugendforen, Bürgermeistersprechstunden für Kinder sowie Beteiligungsprojekten in den Stadtteilen. Der Stadtjugendausschuss e.V. und das Kinderbüro sind mit Umsetzung und Begleitung des Beteiligungskonzeptes betraut.

In den befragten Städten gibt es demnach sowohl formale Beteiligungsformen, welche kontinuierliches Engagement von Jugendlichen voraussetzen, als auch zunehmend mehr offene Formen der punktuellen und projektförmigen Beteiligung. Die strukturelle Verankerung der Kinder- und Jugendbeteiligung konnte in den befragten Städten erfolgreich eingeleitet werden und gilt als wichtiger Schritt zur Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten. Aufgrund der unterschiedlichen kommunalen Strukturen liegen jedoch auch in den Städten unterschiedliche Ausgangsbedingungen zur kommunalen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vor. Daher gibt es nicht ein einheitliches Beteiligungsmodell, welches in Städten durchgesetzt werden kann, sondern die Modelle müssen den regionalen Gegebenheiten und Strukturen angepasst und unter Einbezug aller beteiligten Akteure erarbeitet werden. Ein stärkerer Erfahrungsaustausch der Städte, der bereits punktuell stattfindet, sowie die Identifikation von Best-Practice Projekten wäre gleichwohl hilfreich.

Die Einrichtung von stadtweiten Anlauf- und Koordinierungsstellen zur Kinder- und Jugendbeteiligung, die eine Anwaltschaft für die Interessen der Kinder und Jugendlichen übernehmen, erwies sich nach den vorliegenden Berichten als hilfreich. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass eine Trennung der Zuständigkeitsbereiche für Kinderbeteiligung und Jugendbeteiligung wichtig sein kann, da in den Bereichen unterschiedliche Voraussetzungen bedeutsam sind. Zudem wurde angemerkt, dass eine Anbindung der Stellen für Jugendbeteiligung an freie Träger wichtig sei, da das Feld der Jugendbeteiligung ein oftmals konfliktgeladenes Feld ist, in dem sich Jugendliche teilweise auch gegen städtische bzw. Verwaltungsinteressen durchzusetzen müssen.

Für die befragten *Landkreise* sind keine Informationen zu strukturell verankerten Beteiligungskonzepten auf kommunaler oder Landkreisebene in Baden-Württemberg eingegangen. Doch gibt es auch im ländlichen Raum in einigen Kommunen Jugendgemeinderäte oder ähnliche Modelle der institutionalisierten und längerfristigen kommunalen Beteiligung. 2014 wurden in Leutkirch und Horb neue Gremien gegründet. Auch im ländlichen Gebiet gab es vereinzelte Nennungen zu „unkonventionellen“ Beteiligungsformen, sowohl auf kommunaler wie auch auf Landkreisebene. So beispielsweise

im Zollernalbkreis, im Landkreis Ravensburg, in Freudenstadt, Öhringen (Hohenlohe) und Emmendingen. Das jährliche Jugendforum auf Landkreisebene im Zollernalbkreis wurde als Best-Practice Modell genannt. Zur Reichweite der Angebote in den Landkreisen sind keine Hinweise eingegangen.

Die Einführung des aktiven kommunalen Wahlrechts ab 16 Jahren seit 2014 ermöglicht eine Stärkung der Jugendbeteiligung. Im Vorfeld der Gemeinderatswahlen fanden zahlreiche Veranstaltungen und Aktionstage, insbesondere in den Städten statt. Vereinzelt gab es auch Veranstaltungen in kleineren Kommunen der Landkreise. Bezüglich der Wahlbeteiligung können, aufgrund fehlender Statistik für den ländlichen Raum, keine Aussagen bezüglich der Stadt-/Landdifferenz abgeleitet werden. Auch Unterschiede bei der Wahlbeteiligung im Rahmen der kommunalen Jugendgremien werden im Stadt/Land-Vergleich nicht deutlich.³⁴

9.3.2. Landes- und bundesweite Beteiligungsprojekte im Stadt-/Landvergleich

- In den letzten Jahren fanden in allen befragten Stadtkreisen U18 Landtagswahlen und Bundestagswahlen statt. In den befragten Landkreisen gab es in Schwäbisch Gmünd (Ostalbkreis) und Balingen (Zollernalbkreis) U18 Landtagswahlen sowie eine U18 Bundestagswahl in Emmendingen. In kleineren Kommunen sind diese symbolischen Beteiligungsformen, im Gegensatz zu Städten und Verdichtungscentren im ländlichen Raum, nach den uns vorliegenden Informationen, kaum verbreitet.
- Unter den befragten Kommunen waren die zwei ‚Jugend BeWegt‘ Modellkommunen - Karlsruhe und die ländliche Gemeinde Leutkirch (Ravensburg) - in denen im Rahmen des Projektes die regionale Jugendbeteiligung gestärkt wurde. Das Projekt erwies sich sowohl in der Stadt Karlsruhe sowie auch in Leutkirch als hilfreich.
- Am baden-württembergischen Kindergipfel 2014 nahmen Kindergruppen (Vereine o.ä.) sowohl aus größeren Städten sowie auch aus ländlichen Kommunen teil.
- Das Projekt „Was uns bewegt“ – mit Landespolitiker/innen im Gespräch hat das Ziel flächendeckend in allen Stadt- und Landkreisen Regionalkonferenzen durchzuführen. Die neun Veranstaltungen im Jahr 2014 fanden zwar auch in ländlichen Kreisen statt, dort jedoch ausschließlich in Verdichtungscentren wie den Kreisstädten. Für 2015 sind Konferenzen auch in kleineren Kommunen geplant.

Sowohl im städtischen- wie auch ländlichen Raum zeichnet sich eine Vielfalt an Beteiligungsangeboten ab; insbesondere offene Formen der Beteiligung werden von den diesbezüglich aktiven Städten und Gemeinden – in Übereinstimmung mit der fachwissenschaftlichen Diskussion – als eine sinnvolle Ergänzung zu konventionellen Beteiligungsformen betrachtet. In den Städten haben formell

³⁴ Die Wahlbeteiligung bei den Jugendgemeinderatswahlen liegt zwischen 7% (Schwäbisch Gmünd) und 95% (Weingarten). Über kleinere Gemeinden lassen sich keine Aussagen zur Wahlbeteiligung der Kommunalwahlen treffen, da diesbezüglich keine repräsentativen Wahlstatistiken erhoben wurden.

alle Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, an institutionalisierten Beteiligungsprojekten teilzuhaben. In etlichen ländlichen Kommunen gibt es, abgesehen vom kommunalen Wahlrecht, für unter 18-Jährige keinerlei Beteiligungsmöglichkeiten. Demnach besteht insbesondere in kleineren Kommunen im ländlichen Raum der Bedarf, die politischen Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf- und auszubauen, strukturell zu verankern und mit Leben zu füllen.

9.3.3. Freiwilliges Engagement

In Bezug auf freiwilliges Engagement ermöglicht die Sonderauswertung des Freiwilligensurveys 2009 für Baden-Württemberg die Feststellung, dass sich zwischen städtischen und ländlichen Gebieten auch hinsichtlich des Engagements Unterschiede abzeichnen: Das Niveau des Engagements war zum Erhebungszeitpunkt zwar ähnlich,³⁵ jedoch zeichnen sich gegenläufige Trends ab: Die Quote der Engagierten hat im ländlichen Raum von 2004 bis 2009 um 20% abgenommen, in städtischen Kerngebieten dagegen um 5% zugenommen (Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung 2011: 11).

Verbandliche Jugendarbeit

Der Arbeit der Jugendverbände kommt sowohl in städtischen wie auch ländlichen Regionen eine wichtige Rolle zu. Aus unserer Befragung der Städte und Gemeinden lassen sich jedoch kaum Aussagen über das Engagement in der verbandlichen Jugendarbeit im Stadt-/Landvergleich ableiten. Vorliegende Expertisen weisen jedoch darauf hin, dass die verbandliche Jugendarbeit insbesondere im ländlichen Raum eine wichtige Funktion der Kinder- und Jugendbeteiligung spielt und Kinder und Jugendliche auf dem Land in größerem Ausmaß als Heranwachsende in den Städten an Angeboten der verbandlichen Jugendarbeit teilnehmen (Rauschenbach u.a. 2010: VIII). Nicht selten sind die Angebote der Jugendverbände für Kinder und Jugendliche in den Dörfern das einzige erreichbare Angebot. Den Landjugenden kommt hierbei eine wichtige Rolle zu (ebd.: 196).³⁶

Offene und Mobile Jugendarbeit

In den Städten besteht, über die Stadtteile verteilt, ein relativ breites Angebot an Jugendtreffs- und Jugendhäusern. Vorliegende Studien legen die Einschätzung nahe, dass diese überwiegend von sozial benachteiligten sowie migrantischen Jugendlichen genutzt werden (Schmidt 2010, s.o.). Die Mobile Jugendarbeit hat in den letzten Jahren zunehmend für den ländlichen Raum an Bedeutung gewonnen. Auch wenn es in einigen ländlichen Kommunen Angebote der offenen Jugendarbeit gibt, haben im ländlichen Raum nicht alle Kinder und Jugendliche Zugang zu leicht erreichbaren unkommerziellen Treffpunkten. Dies ist auch vor dem Hintergrund problematisch da, wie 2012 die Jugend-Gemeindestudie Waldkirch gezeigt hat, im ländlichen Raum, nicht zuletzt durch den Ausbau der Ganztags-

³⁵Während sich in städtischen Kerngebieten 38% der Gesamtbevölkerung freiwillig engagieren, beläuft sich die Anzahl in städtischen Randgebieten und Kleinstädten auf 43% sowie in ländlichen Gebieten auf 41%.

³⁶ Auch die Verbandsarbeit ist im ländlichen Raum im Vergleich zu den Städten, die über mehr berufliches Personal verfügen, stärker auf ehrenamtliche Mitarbeit angewiesen (ebd.: 198).

schulen, eine „Re-Lokalisierung auf den unmittelbaren Nahraum“ stattfindet. Dies bedeutet, dass die lokal ausgerichteten Jugendlichen dezentrale Angebote im Ortsteil benötigen und weniger zentrale Einrichtungen im Stadtgebiet (Herrenknecht/Hillig 2015: 123). Neben dem „Jugendangebots-Defizit“ in den Teilräumen zeichnet sich in der Sozialraumanalyse zudem ein Defizit an Angeboten für Kinder und Jugendliche zwischen 9 und 14 Jahren ab (ebd.: 124).

Aussagen über die Qualität der Angebote in Städten und ländlichen Kommunen können nicht getroffen werden.

Mentor/innen-Programme / Landesweite Projekte

- Bezüglich der in Kapitel 6.1. dargestellten landesweiten Programme zum freiwilligen Engagement sind im Rahmen der Befragung keine Antworten eingegangen.
- In der Evaluation der Juleica Ausbildung in Baden-Württemberg von 2008 wird festgestellt, dass „die Juleica bei den Ehrenamtlichen der ländlichen Regionen einen größeren Zuspruch erfährt als in den Städten“ (LJR BW 2008: 7).
- Die Evaluation Jugendbegleiter-Programm 2011/2012 hat festgestellt, dass 52% der am Programm teilnehmenden Schulen im ländlichen Raum und 48% im städtischen Raum liegen (Jugendstiftung Baden-Württemberg 2012: 25).
- Die Evaluation des Programms ‚jes - Jugend engagiert sich‘ von 2013/2014 gibt über diese Fragestellung keinen Aufschluss. Auch wenn „JES“ Projekte in Stadt- und in Landkreisen durchgeführt werden, lassen sich aus der wissenschaftlichen Begleitung des Programms keine generalisierenden Aussagen zur Stadt-/Landdifferenz ableiten.
- Bezüglich der Freiwilligendienste und Schülermentor/innenprogramme liegen für Baden-Württemberg keine Zahlen vor, die Aussagen zur Stadt-/Landdifferenz ermöglichen.

Selbstorganisierte Formen der Jugendbeteiligung

Zur Frage nach selbstorganisierten politischen Gruppen oder Initiativen von Jugendlichen sind in unserer Befragung wenige Auskünfte eingegangen. Genannt wurden selbstorganisierte politische Gruppen im Jugendhaus FORUM in Mannheim (Gruppen gegen Rechtsextremismus, Schwulen- und Lesbengruppen) sowie die Ultras SV Waldhof (Karlsruhe). Zudem wurden Initiativen für Skateplätze für Freiburg (Skatement) sowie Freudenstadt (Skatepark für Freudenstadt) benannt. Partizipation von Jugendlichen in Form von Protestaktionen wie Demonstrationen, Kundgebungen, Unterschriftenlisten etc. wurden kaum genannt. Die einzigen Nennungen waren hierzu Proteste gegen einen Naziaufmarsch in Emmendingen sowie die Beteiligung von Jugendlichen bei antifaschistischen Protesten sowie beim Protest gegen TTIP und Acta in Mannheim. Aus dem ländlichen Raum gab es hierzu keine Hinweise.

Die wenigen Auskünfte über selbstorganisierte Formen der politischen Beteiligung weisen darauf hin, dass diese auf kommunaler sowie auf Landkreisebene nur marginal wahrgenommen oder nicht als

Partizipation bewertet werden. Denn den Verfassern liegen durchaus Informationen zu einem breiten Spektrum selbstorganisierter politischer Beteiligung, nicht zuletzt in der Form von Jugendprotesten vor. So fanden beispielsweise 2014 in Freiburg zahlreiche von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragene Protestveranstaltungen gegen die geplante Einführung eines „Kommunalen Ordnungsdienstes“ statt; an lokalen Protestaktionen zur Flüchtlingspolitik waren überwiegend Jugendliche und junge Erwachsene beteiligt.

Generell wurden lediglich Formen der „erwünschten“ Partizipation genannt. Seitens der Landkreise wurden existierende rechtsextreme Szenen, wie beispielsweise die Kameradschaft „Freien Kräfte Zollernalb“, nicht erwähnt. Zu selbstverwalteten Treffpunkten, auch in Bezug auf die Stadt-/Landdifferenz siehe Kapitel 7.1.3.

9.3.4. Modellprojekte zur Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum

- Um dem Bedarf der Stärkung der Jugendarbeit im ländlichen Raum nachzukommen, beschäftigt sich die Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit /Streetwork mit der Entwicklung und Konzeption Mobiler Jugendarbeit in ländlichen Räumen. In diesem Rahmen wurde 2012 eine Jugend-Gemeinde-Studie als Pilotprojekt in Waldkirch durchgeführt³⁷.
- Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg fördert bis Ende 2015 das Projekt „Die Zukunft der Jugendarbeit im ländlichen Raum“ in den Landkreisen Biberach und Ravensburg.
- Im Rahmen des europäischen Förderprogramms LEADER wurde in der Förderregion-Südschwarzwald das Projekt „Die Zukunft des jungen Menschen im ländlichen Raum“ (LEADER-Südschwarzwald 2013/14) in Königsfeld, Grafenhausen sowie dem ZweiTälerLand (Biederbach, Elzach, Gutach im Breisgau (Siegelau), Simonswald und Winden im Elztal) durchgeführt. Ziel war es, die Situation der Jugendlichen vor Ort zu analysieren und deren Beteiligung zu verbessern. Im Abschlussbericht wird für Königsfeld festgehalten: „Eine umfassende Mobilisierung der jungen Generation ist über das LEADER Projekt nicht erfolgt. Positiv zu erwähnen ist jedoch, dass die 20 beteiligten Jugendlichen (sofern sie nicht aufgrund von Auslandsaufenthalt, Studium, usw. Königsfeld verlassen werden) Interesse und Lust zu weiterem Engagement erhalten haben“ (Institut für angewandte Sozialwissenschaften 2014: 17). Für das Zwei Täler Land wurde das Projekt wie folgt bewertet: „Eine umfassende Mobilisierung der jungen Generation ist nicht wirklich gelungen. Eine Erklärung hierfür könnte die starke Verankerung der jungen Generation in den Vereinen und den Jugendgruppen der Jugendverbände sein. Immerhin wurden im Rahmen der sieben Schulworkshops insgesamt rund 420 Jugendliche erreicht, die sich vertieft mit dem Thema Kommunalpolitik und Partizipation auseinandersetzten. Bei der online gestützten Jugendumfrage beteiligten sich immerhin rund 550 Jugendliche (angeschrieben wurden 1.600 Jugendliche und junge

³⁷ Siehe hierzu: Herrenknecht/Hillig 2015

Erwachsene zwischen 14 und 20 Jahren). Im Jugendforum mit ca. 40 Teilnehmer/innen wurden die zentralen Themen der Jugendlichen im ZweiTälerLand herausgearbeitet und vertieft diskutiert. Darüber hinaus war eine Gruppe von etwa zehn Jugendlichen bereit, an einzelnen Themen weiterzuarbeiten und den ‚Rat der Jugend‘ zu bilden“ (ebd.: 33).

9.3.5. Modelle, die insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche ansprechen sollen

Die Erhebung unter den Stadt- und Landkreisen hatte auch das Ziel, Modelle zu identifizieren, die erfolgreich benachteiligte Kinder und Jugendliche ansprechen. Zwar beanspruchen die kommunalen Konzepte zur Jugendbeteiligung der befragten Städte insbesondere benachteiligte und ausgegrenzte Jugendliche ansprechen zu wollen, es gibt jedoch nur wenige Hinweise auf eine aktive und erfolgreiche Einlösung dieses Anspruchs. Die einzigen explizite Nennungen hierzu waren das Hip Hop Kulturzentrum Combo in Karlsruhe sowie das Projekt „Stadtrallye mal anders“ aus Karlsruhe. Letztes ist eine Stadtrallye für sehbehinderte Kinder mit dem Ziel, die Stadt Kinder- und Behindertengerechter zu gestalten. Das Projekt hat 2014 den zweiten Platz der „Goldene Göre“, Deutschlands höchstdotiertem Preis für Kinder- und Jugendbeteiligung des Deutschen Kinderhilfswerkes, belegt. Für die nonkonventionellen Beteiligungsformen liegen für Mannheim Zahlen vor, die zeigen, dass es gelungen ist mit offenen Angeboten Jugendliche mit Migrationshintergrund in besonderer Weise anzusprechen: Bei den Stadtteilversammlungen hatten 64% der Teilnehmer/innen einen Migrationshintergrund und bei den „Lümmelecken“ 43%.

Auffallend war, dass aus den Landkreisen hierzu weder für den Bereich der politischen Beteiligung, noch den des freiwilligen Engagements Hinweise eingegangen sind. Die Befragung legt insofern die Vermutung nahe, dass das Eröffnen von Partizipationschancen für benachteiligte Jugendliche ein Themenfeld ist, das vornehmlich in Städten konzeptionell berücksichtigt wird.

Literatur

Alscher, Mareike (2014): Junge Menschen im Verein, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Junge Engagierte Einbeziehen. Zivilgesellschaft KONKRET 4 / 2014; S. 1-11

Alt, Niklas/Lincke, Joachim/Schad, Julia (2012): Das Mentorat im Engagement – Zwischenbilanz- Ein Erfolgsprogramm mit Entwicklungspotenzial, in: das Wissensmagazin 1/2012, S.18-20

Amt für Kinder, Jugend und Familie Freiburg (2012): Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII Offene Kinder- und Jugendarbeit - Information zum Arbeitsprozess DRUCKSACHE KJHA-12/005

Aschenbrenner-Wellmann, Beate u.a. (2013): Abschlussbericht - Biografische Porträts von Jugendlichen aus Projekten der Integrationsoffensive Baden- Württemberg. Institut für Antidiskriminierungs- und Diversityfragen (Hrsg.)

Baden-Württembergische Sportjugend (2013): Grundsatzpapier der Baden-Württembergischen Sportjugend <http://www.lsvbw.de/cms/docs/doc8206.pdf>

Baden-Württembergische Sportjugend (2014): Abschlussbericht „bsj – sports junior“ http://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/jugend/forschung_projekte/foerderprojekte/bsj_Freiburg.pdf

BDKJ Baden-Württemberg (2013): Faltblatt zur Jugendverbandsstatistik 2013

BMI (Hrsg.) (2007): Muslime in Deutschland. Hamburg

Brachat-Schwarz, Werner (2014): Der Alterungsprozess der Gesellschaft wird sich auch in Zukunft unvermindert fortsetzen, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2014

Brähler, Elmar/Decker, Oliver (2014): Studie: Die Parteien und das Wählerherz 2014; http://www.uni-leipzig.de/~decker/waehlerherz_2014.pdf

Braun, Sebastian (2011): Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement im Sport - Sportbezogene Sonderauswertung der Freiwilligensurveys von 1999, 2004 und 2009, in: BISp-Jahrbuch – Forschungsförderung 2010/11, S. 225-230

Braun, Sebastian/Finke, Sebastian (2010): Integrationsmotor Sportverein - Ergebnisse zum Modellprojekt „spin – sport interkulturell“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Brinkhoff, Klaus-Peter (1998): Soziale Ungleichheit und Sportmanagement, in: Cachay, K./ Hartmann-Tews, I. (Hrsg.): Sport und soziale Ungleichheit. Stuttgart: Verlag Stephanie Naglschmid, S. 63-82

Bundesjugendkuratorium (2009): Partizipation von Kindern und Jugendlichen – zwischen Anspruch und Wirklichkeit; http://www.bundesjugendkuratorium.de/pdf/2007-2009/bjk_2009_2_stellungnahme_partizipation.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2009): Für ein kindergerechtes Deutschland. Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Berlin

Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. (2007 a): Freiwilliges Engagement im Engagementbereich „Kultur und Musik“ – Hauptergebnisse der Freiwilligensurveys 1999-2004. München/ Remscheid/ Berlin

Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. (2007 b): EngagementPlusTatkraft – Empirische Ergebnisse als dem Engagementfeld Kultur, Berlin/ Remscheid

Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. (2013): Freiwilligendienste in Kultur und Bildung – Zwischen den Zahlen 2012/13. Faktenblatt: <http://fsjkultur.de/868.html>

Calmbach, Marc (2013): Wie tickt die Jugend? In: Die politische Meinung, Nr. 518, Jan. / Feb. 2013, 58. Jahrgang, S. 11-19

Calmbach, Marc u.a. (2012): Wie ticken Jugendliche? 2012 Lebenswelten Jugendlicher im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Düsseldorf: Haus Altenberg Verlag

Corsa, Mike/Freitag, Michael (2006): „Jugendliche als Akteure im Verband“. Hinweise und Einschätzungen aus Sicht der Evangelischen Jugend zu den Ergebnissen der Studie. Hannover http://www.evangelische-jugend.de/fileadmin/user_upload/aej/Kinder-_und_Jugendsoziologie/Downloads/11_02_02_Jugendliche_als_Akteure_im_Verband.pdf

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp (Orig. 2003)

Deinet, Ulrich /Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.) (2013): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Deutsche Sportjugend (2011): 11 Handlungsempfehlungen - Entscheidungs- und Arbeitshilfe zur Gewinnung junger Menschen mit erschwerten Zugangsbedingungen zum Engagement in Sportvereinen und Sportverbänden aus der Evaluation im Projekt JETST, http://www.dsj.de/uploads/media/dsj_JETST_Handlungsempfehlungen.pdf

Deutscher Bundesjugendring (2011): Juleica-Report 2011. Lebenslagen und Engagement von Jugendleiterinnen und Jugendleitern.

DJI Online August 2011: Skepsis, Aufbruchsstimmung oder alles wie gehabt? <http://www.dji.de/index.php?id=1514>

Dominé, Attina (2007): Dynamik des Ländlichen Raums Baden-Württembergs wird schwächer, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2007

Engels, Dietrich u.a. (2011): Zweiter Integrationsindikatorenbericht. Erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration; http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/2012-01-12-zweiter-indikatorenbericht.pdf?__blob=publicationFile

Engels, Dietrich/Leucht, Martina/ Machalowski, Gerhard (2005): Ergebnisse der Evaluation des FSJ und FÖJ Abschlussbericht des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V. Köln / Berlin

Engels, Dietrich/Thielebeil, Christine (2011): Zusammenhang von sozialer Schicht und Teilnahme an Kultur-, Bildungs- und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche. ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V. (Hrsg.), Köln; http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsprojekt-a403-zusammenhang-soziale-schicht-kultur-kinder-und-jugendliche.pdf?__blob=publicationFile

Evangelische Jugendsozialarbeit (2014): Fachkonzept der evangelischen Jugendmigrationsarbeit. Themenheft 2014

Farin, Klaus (2012): Jugend & Engagement, in: BBE-Newsletter 08/2012; http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/04/nl08_farin.pdf

Fatke, Reinhard/Schneider, Helmut (2005): Kinder und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann (2006): Gesellschaftliche und politische Beteiligung, in: Gille, M./Sardei-Biermann, S./Gaiser, W./de Rijke, J. (Hrsg.): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.214-276.

Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina (2012): Soziale und Politische Partizipation. Trends, Differenzierungen, Herausforderungen, in: Rauschenbach, T. / Bien, W.: Aufwachsen in Deutschland. AID:A – Der neue DJI Survey. München: Belz Juventa, S. 136-159

Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina (2014): Jugendliche und Partizipation, in: Puhl, K./Massing, P.(Hrsg.): Mehr Partizipation – mehr Demokratie? Wochenschau Verlag, S.71-86

Gernert, Wolfgang (1993): Jugendhilfe – Einführung in die sozialpädagogische Praxis, München u. Basel

Goltz, Jutta/Bosch, Andrea (2013): Abschlussbericht - Buden bürgerschaftlich begleiten. Iris e.V. Tübingen (Hrsg.)

Hafeneger, Benno (2011): Ehrenamt und Partizipation in Jugendverbänden. Handreichung zum Vortrag, Konferenz Bénévolat bei de Jonken ; 7. Dezember 2011

Hart, Roger (1992): Children's Participation: From Tokenism to Citizenship. Florenz: UNICEF International Child Development Centre; http://www.unicef-irc.org/publications/pdf/childrens_participation.pdf

Heinzmann, Wolfgang/Ilg, Gottfried (2013): Trends und Entwicklungen. Vergleich der Württemberg-Daten von 2006 und 2013, in: Ilg, W./Heinzmann, G./Cares, M. (Hrsg.): Jugend zählt! Ergebnisse, Herausforderungen und Perspektiven aus der Statistik 2013 zur Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den evangelischen Landeskirchen Baden und Württemberg, S. 228-237

Helsper, Werner/Böhm-Kasper, Oliver/Sandring, Sabine (2006): Die Ambivalenzen der Schülerpartizipation - Partizipationsmaße und Sinnstrukturen der Partizipation im Vergleich, in: Helsper, W. u.a. (Hrsg.): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Wiesbaden, S. 319-340

Herrenknecht, Albert/Hillig, Christiane (2015): Mobile Jugendarbeit in differenzierten lokalen Sozialräumen. Beobachtungen aus der Jugend-Gemeinde-Studie Waldkirch, in: deutsche Jugend; 63Jg. / H.3. Weinheim: Belz Juventa, S.121-133

Hinz-Rommel, Wolfgang/Nuglisch, Ralf/Renz, Karin (o. J.): FSJ focus - Arbeitsweltbezogene Benachteiligtenförderung im Rahmen des FSJ. Ein Projekt der Diakonie Württemberg; https://www.diakonie-wuerttemberg.de/fileadmin/Medien/Pdf/Fwd_Benachteiligtenfoerderung-FSJ-focus.pdf

Hochstetter, Bernhard (2013): Stadt – Land – Flucht? Teil I: Analysen zu aktuellen Wanderungstrends in Baden-Württemberg, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 09/2013

Ilg, Wolfgang/Lehmann, Peter/Heinzmann, Gottfried/Cares, Mike (2014): Kinder und Jugendarbeit, in: Ilg, W./Heinzmann, G./Cares, M. (Hrsg.): Jugend zählt! Ergebnisse, Herausforderungen und Perspektiven aus der Statistik 2013 zur Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den evangelischen Landeskirchen Baden und Württemberg, S.111-163

Initiative „U18 Freiburg“ (2011): Dokumentation der „U18 Landtagswahl“; <http://www.nikolas-klauser.de/DokumentationU18Landtagwahl.pdf>

Jugendstiftung Baden-Württemberg (2011): Survey Jugend 2011 Baden-Württemberg

Jugendstiftung Baden-Württemberg (2012): Sechste Evaluation von Schulen im Jugendbegleiter-Programm 2011/2012

Jugendstiftung Baden-Württemberg (2013): Jugendstudie Baden-Württemberg 2013

Jugendstiftung Baden-Württemberg (2014): Jugendbegleiter-Programm - Daten. Entwicklungen. Zusammenhänge - Achte Evaluation von Schulen im Jugendbegleiter-Programm 2013/2014

Keuchel, Susanne/ Laure, Dominic (2012): Das 2. Jugend-KulturBarometer – Zwischen Xavier Naidoo und Stefan Raab... Hrsg: Zentrum für Kulturforschung; Köln: ARCult Verlag
Keuchel, Susanne (2013): mapping // kulturelle-bildung. Hrsg.: Zentrum für Kulturforschung. Copyright Stiftung Mercator GmbH, Essen

Klöver, Barbara/ Straus, Florian (2005): Wie attraktiv und partizipativ sind Münchens Freizeitstätten. Zusammenfassende Ergebnisse einer (etwas anderen) Evaluationsstudie. IPP Arbeitspapiere 4. München

Knauer, Rainard/Sturzenhecker, Benedikt (2005): Partizipation im Jugendalter, in: Hafenecker, B./Jansen, M. M./Niebling, T. (Hrsg.): Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 63-94

Koalitionsvertrag Baden-Württemberg zwischen Bündnis 90 die Grünen und SPD, 2011-2016

Koss, Thea/Fehrlen, Burkhard (2012): Jugendbuden im Landkreis Biberach, in: AG Kreisjugendreferate beim Landkreistag Baden-Württemberg (Hrsg.): Hütten, Buden und Bauwagen - Eine Arbeitshilfe mit Rechtsgutachten.

Kreisjugendring Biberach e.V. (o. J): Zukunft Jugendarbeit - Programm Flyer; <http://www.iris-egris.de/iris/wp-content/uploads/Flyer-Zukunft-Jugendarbeit1.pdf>

Kreisjugendring Ravensburg (2014): Erste Einblicke in die Ergebnisse der Umfrage zur „Zukunft der Jugendarbeit im Landkreis Ravensburg“ 2014; http://www.jukinet.de/images/stories/newsletter-docs/2014-9/erste_ergebnisse_hp.pdf

KVJS (2010): Kinder und Jugendhilfe im Demografischen Wandel Herausforderungen und Perspektiven der Förderung und Unterstützung von jungen Menschen und deren Familien in Baden-Württemberg – Berichterstattung 2010

LAG Jugendsozialarbeit Baden-Württemberg (2012): Politik für benachteiligte junge Menschen in Baden-Württemberg - Bedarfe und Forderungen 20.02.2012

LAG Mobile Jugendarbeit/ Streetwork Baden-Württemberg e.V. (2009): Weiterentwicklung Mobile Jugendarbeit im ländlichen Raum; <http://lag-mobil.de/on/index.php?page=laendlicher-raum>

LAG Mobile Jugendarbeit/ Streetwork Baden-Württemberg e.V. (2014): Förderprogramm „Mobile Jugendarbeit in Problemgebieten“ in Baden-Württemberg Statistik 2013

Landesjugendring Baden-Württemberg (2007): Einfach anfangen – Die Einführung von Gendermainstreaming in Jugendorganisationen

Landesjugendring Baden-Württemberg (2008): Juleica – eine Evaluationsstudie für Baden-Württemberg 2008. Stuttgart

Landesjugendring Baden-Württemberg (2009): Vereinbarung zu den Standards der JugendleiterInnen-Ausbildung in Baden-Württemberg zur Erlangung der Juleica 2009. Vollversammlung am 25. April 2009

Landesjugendring Baden-Württemberg (2011): Zukunftsmodell Kinder- und Jugendarbeit - Herausforderungen für die Jugendarbeit durch den gesellschaftlichen und demographischen Wandel

Landesjugendring Baden-Württemberg (2012): Stellungnahme zum Gesetzesentwurf zur Verbesserung der Beteiligung Jugendlicher in der Kommunalpolitik

Landesjugendring Baden-Württemberg/Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.) (2014): Abschlussbericht Erstwählerkampagne zu Kommunalwahl 2014.

Landesregierung Baden Württemberg (2013): Zukunftsplan Jugend

Landesstiftung Baden-Württemberg (2007): jes - Jugend engagiert sich und jes | connection - Die Modellprojekte der LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg. Bericht der wissenschaftlichen Begleitung 2002-2005. Stuttgart

Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (2009): Positionspapier - Kultur ist MEHR-WERT und braucht mehr Ressourcen - Kulturelle Bildung für alle Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2012): Studie: Kommunale Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg

Landratsamt Biberach (2012): Budenchecker – Empfehlungen für Städte und Gemeinden im Landkreis Biberach; http://www.biberach.de/fileadmin/Dateien/Landkreis/Programme___Projekte/Buden/Budenchecker.pdf

Landtag Baden-Württemberg (2009): Freiwilligendienste (Zivildienst, Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr) in Baden-Württemberg im Hinblick auf den demografischen Wandel - Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales; Drucksache 14 / 4728

Landtag Baden-Württemberg (2013): Antwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport: Migrationsanteil beim Programm Schülermentoren; Drucksache 15 / 3637

Landtag Baden-Württemberg (2014): Antwort des Innenministeriums: Ausübung des Wahlrechts für unter 18-Jährige bei der Kommunalwahl 2014; Drucksache 15 / 5353

Landtag Baden-Württemberg (2014): Dokumentation zweiter Kindergipfel Baden-Württemberg. "Kinder reden - Politik hört zu"

Landtag Baden-Württemberg (2014): Freiwilliges Ökologisches Jahr Baden-Württemberg. Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales; Drucksache 15 / 5203

Martin, Claus/Molt, Matthias (2011): Schülermentorenausbildungen in Baden-Württemberg. Handout des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (2012): Jugendliche, außerschulische Jugendbildung, Partizipation. Familien in Baden-Württemberg 04/2012

Mobile Jugendarbeit Konstanz (2013): Jahresbericht 2013

Moser, Sonja (2010): *Beteiligt sein - Partizipation aus der Sicht von Jugendlichen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Niedermayer, Oskar (2014): *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2014*. Berlin: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 21

NKSS (2012): *Nationales Konzept Sport und Sicherheit. Fortschreibung 2012*; http://www.kosfanprojekte.de/fileadmin/user_upload/material/soziale-arbeit/Richtlinien-und-Regeln/nkss_konzept2012.pdf

Picot, Sybille (2011): *Jugend in der Zivilgesellschaft. Freiwilliges Engagement Jugendlicher von 1999 bis 2009*. Kurzbericht

Picot, Sybille (2012): *Jugend in der Zivilgesellschaft. Freiwilliges Engagement Jugendlicher im Wandel*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

Picot, Sybille (2012a): *Zehn Jahre freiwilliges Engagement Jugendlicher: Erwartete und unerwartete Entwicklungen*. In: *Forschungsjournal soziale Bewegungen*, 25. Jg., Schwerpunkt 7, Forum Bürgergesellschaft, S. 84-89

Pletzer, Winfried (2015): *Gelingende Kommunale Jugendpolitik in Bayern. Entwicklungen für die Jugendarbeit mit offensiven politischen Strategien*, in: *deutsche Jugend*. 63. Jg. / H.2. Weinheim: Beltz Juventa, S.77-86

Rauschenbach, Thomas u.a. (2010): *Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Eine Expertise*

Rauschenbach, Thomas. u.a. (2013): *Keine Zeit für Jugendarbeit? Veränderte Bedingungen des Heranwachsens als Herausforderungen für die Jugendarbeit*; http://www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/fileadmin/Files/Kinder-_und_Jugendarbeit/13-03-12_Keine_Zeit_Befunde_Download.pdf

Repräsentative Wahlstatistik Bundestagswahlen (2013): http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/veroeffentlichungen/repraesentative/index.html. Letzter Zugriff: 20.11.2014

Reuting, Matthias (2014): *Förderung von Beteiligungs- und Engagementformen für junge Menschen in benachteiligten Lebenslagen*

Riekman, Wibke (2011): *Demokratie und Verein – Potenziale demokratischer Jugendbildung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Roth, Roland (2013a): *Für mehr Partizipation und Engagement: Erfolgsbedingungen, Perspektiven und Grenzen*, in: Hasse, J./Rosenthal, G. (Hrsg.): *Wider die Gleichgültigkeit! Aktiv gegen Rechtsextremismus: Perspektiven, Projekte, Tipps*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 47-64

Roth, Roland (2013b): *50 Jahre Stärkung der Demokratie und der politischen Partizipation in Deutschland – einige Streiflichter*, in: *eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 11/2013 vom 21.06.2013*

Roth, Roland (2013c): *Lernen durch Verantwortung – Kinder und Jugendliche beteiligen sich zivilgesellschaftlich*, in: Alberg-Seberich, M./Fehrmann, S./Störmann, G.: *Wer, Wie, Was, Wieso, Weshalb, Warum? Kinderbeiräte in Stiftungen*, Berlin: Active Philanthropy 2013, S. 73-83

Roth, Roland/Olk, Thomas (2007): Mehr Partizipation wagen: Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

Ruf, Christoph (2014): Kurven-Rebellen: Die Ultras - Einblicke in eine widersprüchliche Szene. Göttingen: Verlag die Werkstatt

Scherr, Albert (2009): Jugendsoziologie. 9. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Scherr, Albert (2013): Gesellschaftspolitische Orientierung und politische Partizipation Jugendlicher: Was erklärt der Migrationshintergrund?, in: Neue Praxis, H. 3/13, S.282-289

Schmidt, Heike (2014): Die demografische Zukunft des Ländlichen Raums in Baden-Württemberg, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 12/2014

Schmidt, Heike/Hochstetter, Bernhard (2014): Erste regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung nach dem Zensus, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2014

Schmidt, Holger (2013): Das Wissen zur Offenen Kinder und Jugendarbeit, in: Deinet, U./Sturzenhecker, B. (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden, S. 11-22

Schmidt, Holger (Hrsg.) (2010): Empirie in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Sinus (2008): Zentrale Ergebnisse der Sinus-Studie: über Migranten-Milieus in Deutschland. http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/MigrantenMilieus_Zentrale_Ergebnisse_09122008.pdf

Stadt Karlsruhe (2011): Combo Hip Hop Kulturzentrum Karlsruhe Jahresbericht 2011

Stadt Karlsruhe (o. J): Konzeption Mobile Jugendarbeit

Stadt Mannheim (2014): Entwicklungsplan Bildung und Integration; https://www.mannheim.de/sites/default/files/page/60582/entwicklungsplanbi_final.pdf

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2011): Repräsentative Wahlstatistik; http://www.statistik-bw.de/wahlen/Landtagswahl_2011/ReprWahlstatistik.asp. Letzter Zugriff: 20.11.2014

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2013): Migrationsbezogene Daten des Mikrozensus 2013 für Baden-Württemberg

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2014): „Personen mit Migrationshintergrund“ im Mikrozensus. Referat 24; 08.10.2014

Stemmer, Philipp (2009): Freiwilligendienste in Deutschland. Eine Expertise zur aktuellen Landschaft der Inlands- und Auslandsfreiwilligendienste in Deutschland. Hrsg.: Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung

Sturzenhecker, Benedikt (2007): Zum Milieucharakter von Jugendverbandsarbeit – Externe und interne Konsequenzen, in: deutsche Jugend, 55 Jg. 2007, H.3

Sturzenhecker, Benedikt (2008): Partizipation in der Offenen Jugendarbeit, in: Stange, W.(Hrsg.): Partizipation in Kindertagesstätten, Schule und Jugendarbeit: Aktionsfelder-exemplarische Orte und Themen I. (Beteiligungsbausteine; Band 5). Münster: MV Wissenschaft, S. 171–222

Sturzenhecker, Benedikt (2014): Anspruch, Potenzial und Realität von Demokratiebildung, in: Oelcher, M./Schmidt, H. (Hrsg.): Empirie der Jugendverbandsarbeit. Wiesbaden: Springer VS, S.225-236

Vester, Michael (2003): Die Krise der politischen Repräsentation, in: Hradil, Stefan/ Imbusch Peter (Hrsg): Oberschichten - Eliten - Herrschende Klassen / Opladen: Leske u. Budrich,. S. 237-270

Von Schwanenflügel, Larissa (2015): Partizipationsbiografien Jugendlicher. Reihe: Adoleszenzforschung – Zur Theorie und Empirie der Jugend aus transdisziplinärer Perspektive. Band 4. Hrsg: King, Vera/Koller, Hans-Christoph. Hamburg: Springer VS

Wabnitz, Reinhard u.a. (2013): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 14. Kinder- und Jugendbericht

Warneken, Bernd. J. (Hrsg.) (2010): Meier. Müller. Shahadat: Migranten bei der Feuerwehr und dem Roten Kreuz, Tübingen: Tübinger Vereinig. f. Volkskunde

Wegner, Martina/Stemmer, Philipp (2007): FSJplus – Freiwilliges Soziales Jahr und Realschulabschluss. Ergebnisse der Evaluation des Projekts 2005-2007, Hrsg: Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e.V., Stuttgart

Weingardt, Martin (2000): Soziale Verantwortung lernen – kooperativ organisierte Bildungsmöglichkeiten für Jugendliche, in: Weingardt, M./Böhm, U./Willrett, S./Stöffler, F. (Hrsg.): Soziale Verantwortung lernen. Ein Schülermentorenprogramm von Jugendarbeit und Schule. Stuttgart: Verlag des ejw, S. 20-36.

Weingardt, Martin (2013): Schule, Freizeit und Engagement. Tendenzen Jugendlicher und ihre Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen, in: Jugendstiftung Baden-Württemberg (Hrsg): Jugendstudie 2013 Baden Württemberg, S.97-104.

Westphal, Christina (2010): Die Jugend wandert ab, in: Land In Form - Magazin für den ländlichen Raum 1. 2010. Hrsg.: Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume / Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, S. 14-15

Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung (2011): Freiwilligensurvey 2009. Sonderauswertung Baden-Württemberg 2009. Im Auftrag des Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart



Pädagogische Hochschule Freiburg
Université des Sciences de l'Éducation · University of Education

Prof. Dr. Albert Scherr, Lena Sachs

Anhang zur Bestandsaufnahme

Partizipation: Beteiligung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen
in Baden-Württemberg

Überblick über Angebotsformen, Akteure, Projekte und Themen

Freiburg im Breisgau, April 2015

Inhalt

Literaturempfehlungen zur Vertiefung	3
Ergebnisse der Befragungen ausgewählter Stadt- und Landkreise	5
a) Kinder- und Jugendbeteiligung in Freiburg	5
b) Kinder- und Jugendbeteiligung in Karlsruhe	9
c) Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim	13
d) Kinder- und Jugendbeteiligung in Stuttgart	17
e) Kinder- und Jugendbeteiligung im Landkreis Emmendingen.....	22
f) Kinder- und Jugendbeteiligung im Landkreis Freudenstadt.....	25
g) Kinder- und Jugendbeteiligung im Hohenlohekreis	28
h) Kinder- und Jugendbeteiligung im Ostalbkreis	31
i) Kinder- und Jugendbeteiligung im Landkreis Ravensburg	35
j) Kinder- und Jugendbeteiligung im Zollernalbkreis.....	38

Literaturempfehlungen zur Vertiefung

Bundesjugendkuratorium (2009): Partizipation von Kindern und Jugendlichen – zwischen Anspruch und Wirklichkeit; http://www.bundesjugendkuratorium.de/pdf/2007-2009/bjk_2009_2_stellungnahme_partizipation.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2009): Für ein kindergerechtes Deutschland. Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Berlin

Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. (2007 b): EngagementPlusTatkraft – Empirische Ergebnisse als dem Engagementfeld Kultur, Berlin/ Remscheid

Calmbach, Marc u.a. (2012): Wie ticken Jugendliche? 2012 Lebenswelten Jugendlicher im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Düsseldorf: Haus Altenberg Verlag

Engels, Dietrich/Thielebeil, Christine (2011): Zusammenhang von sozialer Schicht und Teilnahme an Kultur-, Bildungs- und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche. ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V. (Hrsg.), Köln; http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsprojekt-a403-zusammenhang-soziale-schicht-kultur-kinder-und-jugendliche.pdf?__blob=publicationFile

Farin, Klaus (2012): Jugend & Engagement, in: BBE-Newsletter 08/2012. http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/04/nl08_farin.pdf

Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina (2012): Soziale und Politische Partizipation. Trends, Differenzierungen, Herausforderungen, in: Rauschenbach, T. / Bien, W.: Aufwachsen in Deutschland. AID:A – Der neue DJI Survey. München: Belz Juventa, S. 136-159

Puhl, K./Massing, P.(Hrsg.): Mehr Partizipation – mehr Demokratie? Wochenschau Verlag

Hafeneger, Benno (2011): Ehrenamt und Partizipation in Jugendverbänden. Handreichung zum Vortrag, Konferenz Bénévolat bei de Jonken; 7. Dezember 2011

Jugendstiftung Baden-Württemberg (2013): Jugendstudie Baden-Württemberg 2013

Hafeneger, Benno/Jansen, Mechtild M./Niebling, Torsten (Hrsg.): Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen. Opladen: Verlag Barbara Budrich

LAG Jugendsozialarbeit Baden-Württemberg (2012): Politik für benachteiligte junge Menschen in Baden-Württemberg - Bedarfe und Forderungen 20.02.2012

Landesjugendring Baden-Württemberg (2011): Zukunftsmodell Kinder- und Jugendarbeit - Herausforderungen für die Jugendarbeit durch den gesellschaftlichen und demographischen Wandel

Landesjugendring Baden-Württemberg (2012): Stellungnahme zum Gesetzesentwurf zur Verbesserung der Beteiligung Jugendlicher in der Kommunalpolitik

Landesregierung Baden Württemberg (2013): Zukunftsplan Jugend

Picot, Sybille (2012): Jugend in der Zivilgesellschaft. Freiwilliges Engagement Jugendlicher im Wandel. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

Rauschenbach, Thomas u.a. (2010): Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Eine Expertise. Dortmund u.a.: Eigenverlag

Riekman, Wibke (2011): Demokratie und Verein – Potentiale demokratischer Jugendbildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Roth, Roland/Olk, Thomas (2007): Mehr Partizipation wagen: Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

Scherr, Albert (2009): Jugendsoziologie. 9. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Scherr, Albert (2013): Gesellschaftspolitische Orientierung und politische Partizipation Jugendlicher: Was erklärt der Migrationshintergrund? In: Neue Praxis, H. 3/13, S.282-289

Sturzenhecker, Benedikt (2014): Anspruch, Potential und Realität von Demokratiebildung, in: Oelcher, M./Schmidt, H. (Hrsg.): Empirie der Jugendverbandsarbeit. Wiesbaden: Springer VS, S.225-236

Von Schwanenflügel, Larissa (2015): Partizipationsbiografien Jugendlicher. Reihe: Adoleszenzforschung – Zur Theorie und Empirie der Jugend aus transdisziplinärer Perspektive. Band 4. Hrsg: King, Vera/Koller, Hans-Christoph. Hamburg: Springer VS

Wabnitz, Reinhard u.a. (2013): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 14. Kinder- und Jugendbericht

Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung (2011): Freiwilligensurvey 2009. Sonderauswertung Baden-Württemberg 2009. Im Auftrag des Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart

Ergebnisse der Befragungen ausgewählter Stadt- und Landkreise

a) Kinder- und Jugendbeteiligung in Freiburg

Einwohner/innenzahl: 218.043

Einwohner/innen unter 27 Jahre: 70.868¹

Bis 2004 gab es in Freiburg einen Jugendrat, der in aufwendigem Verfahren mit geringer Wahlbeteiligung (ca. 3%) gewählt wurde. Nachdem sich dieser selbst aufgelöst hatte, wurde 2004 eine Arbeitsgemeinschaft Jugendbeteiligung, die sich aus Jugendlichen, Vertreter/innen der Fraktionen sowie Sachkundigen zusammensetzte damit beauftragt, ein Konzept zur kommunalen Jugendbeteiligung zu erarbeiten. 2006 wurde der „Konzeption für eine kommunale Jugendbeteiligung in Freiburg“ als Grundlage zur Weiterentwicklung der kommunalen Jugendbeteiligung im Gemeinderat zugestimmt. Das Konzept beinhaltet einen Partizipationsmix und sieht neben stadtteilorientierten Beteiligungsformen, wie z. B. Jugendhearings, ein stadtweites Jugendgremium zur Interessenvertretung der Jugendlichen vor. Die Einrichtung des Gremiums, welches sich aus Vertreter/innen der Jugendbegegnungsstätten, des Schülerrates sowie des Stadtjugendringes zusammensetzen sollte, ist jedoch „an der Realität“ gescheitert. Insbesondere Seitens der Jugendbegegnungsstätten wurde bei einer Befragung im Vorfeld „die Schwierigkeit formuliert, Jugendliche aus dem Umfeld der jeweiligen Einrichtungen zu motivieren, sich über den Stadtteil hinaus auf einer stadtweiten Ebene zu engagieren.“ Auch der Stadtjugendring konnte nur eine vorsichtig formulierte Suche nach Vertreter/innen der Jugendverbände in Aussicht stellen. Das Modell des stadtweiten Gremiums erwies sich als „zu komplex und zu fern von den Anforderungen und Realitäten jugendlicher Lebenswelt“ (Drucksache KJHA – 11/006). Das Jugendbüro des Jugendbildungswerkes Freiburg, welches den Auftrag hatte das Modell umzusetzen, hat sich seitdem mit der Entwicklung weiterer Beteiligungsformen befasst und nimmt die Rolle einer Agenturfunktion für Jugendliche als Expert/innen in eigener Sache ein, um diese verstärkt in städtische Planungsprozesse einzubeziehen. „Gemeinsam mit verschiedenen städtischen Ämtern werden Projekte entwickelt, die eine direkte Beteiligung von Jugendlichen vorsehen. Dabei wird ein „Partizipationsmix“ angestrebt. So fanden seit 2011 mehrere Jugendgipfel, Schüler/innentagungen sowie weitere Partizipationsformate statt. Aktuell ist die Konzeption des Modells eines 8er Rates, ein halb institutionelles Gremium aus Schüler/innen der 8. Klassen, in Bearbeitung. Seit 2013 gibt es in Freiburg einen Kinderrat. Dieser ist beim städtischen Kinderbüro angesiedelt und hat die Aufgabe, die Interessen von Kindern in die kommunalpolitischen Prozesse einzubringen. Der Wunsch nach diesem Mitbestimmungsorgan ist 2011 bei den teilnehmenden Kindern einer Zukunftswerkstatt aufgekommen.

¹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2012

Verwendete Materialien

- Antwort der Stadt Freiburg - Amt für Kinder, Jugend und Familie auf Befragung
- Gespräch mit dem Jugendbüro zur Jugendbeteiligung
- Ergänzende Internetrecherche

	Freiwilliges Engagement	Politische Partizipation
Formalisierte, konventionelle Formen	Jugendverbände (siehe Anhang)	Kommunalwahl 16+ (Wahlbeteiligung 2014: 58% der 16-17 Jährigen) U18 Oberbürgermeister Wahl 2010 (1031 Teilnehmer/innen) Freiburger Schülerrat (best practice Nennung) Kinderbeirat ² Ring politischer Jugend
Landes- und bundesweite Programme und Modellprojekte	Jugendbegleiter-Programm ³ „Jes“ Jugend engagiert sich (15 Projekte, 12 jes-Mentor/innen) ⁴	U18 Landtagswahlen 2011 ⁵ U18 Bundestagswahlen 2013 „Was uns bewegt- Jugendliche mit Landespolitiker/-innen im Gespräch“ bei Schüler/innentagung 2014 Teilnahme der Kinderbetreuung Anne Frank Grundschule & Kinderbeirat Stadt Freiburg am Kindergipfel Baden-Württemberg 2014 ⁶
Non-konventionelle Formen innerhalb der Jugendarbeit/ Verbände/ Kommunen	Schülermagazin F79 „Mädchen Aktionstag“ 2014 im Kinder- und Jugendtreff des KJK Rieselfeld ⁷	Kampagne zur Kommunalwahl 16+ 2014 ⁸ (Jugendbüro, Stadtjugendring, Partner aus Kultur, Vereinen, Jugendarbeit (OKJA), RPJ) <ul style="list-style-type: none"> - Besuch des Jugendbüros in 44 Schulen - Wählen 16+ Aktionstag im Rathaus erreichte über 1000 Erstwähler/innen

² <http://www.kinderbeirat-freiburg.de>

³ Teilnehmende Schulen: 39, Jugendbegleiter/innen: 340 (23% unter 18 Jahre) (Evaluation Jugendbegleiter-Programm 2013/14)

⁴ Jes - Jugend engagiert sich. Bericht der wissenschaftlichen Begleitung 2002 – 2005, S.18

⁵ 13 Wahllokale, 1997 Stimmen, 39,7% w, 29,8% m

⁶ <http://www.Kindergipfel-bw.de>

⁷ <http://www.freiburgxtra.de>

⁸ Abschlussbericht Erstwählerkampagne zu Kommunalwahl 2014: 14

		<p>„Wählen ab 16“ 20 Aktionstage</p> <p>„Beteiligungshaushalt 2015/16“ (bereits 2013/14 Besuche vom Jugendbüro und Gemeinderäten in Schulen)</p> <p>2014 Beteiligungsprojekt: Neugestaltung des Dreisamufers⁹</p> <p>KOMM. Die SchülerInnen-Tagung 2014¹⁰ & 2013</p> <p>Tram-Talk 2013¹¹</p> <p>Methodenworkshop des Jugendbüros für Jugendliche zum Thema Mitbestimmung 2013¹²</p> <p>4. Freiburger Jugendgipfel 2012 „Move it“</p>
Offene Jugendarbeit	<p>ArTik Jugendkulturzentrum (mehr als 80 junge ehrenamtliche Mitarbeiter/innen)</p> <p>Kinder und Jugendtreffs (siehe Anhang)</p>	
Selbstorganisation	<p>KTS Freiburg</p> <p>Linkes Zentrum Adelante</p>	<p>Schule ohne Rassismus: Pestalozzi Realschule, Lessing Realschule</p> <p>SKATEMENT Jugendinitiative für einen Skatepark in Freiburg</p> <p>Protest gegen den Kommunalen Ordnungsdienst 2014</p>
Formen, die benachteiligte Kinder und Jugendliche erreichen		
Formen formeller Anerkennung		
Web basierte Beteiligung		<p>beteiligungshaushalt-freiburg.de</p> <p>Informationsportal freiburgxtra.de (seit 2013/14 neue Mädchenseite)</p> <p>Forderungskatalog Jugendlicher zur Kommunalwahl 2014 an die Fraktionen im Gemeinderat</p>
Best Practice		
Bad Practice		

⁹ Teilnehmende: 105 Schüler/innen der Emil-Thoma-Realschule und des Berthold Gymnasiums

¹⁰ 2014: 100 Schüler/innen von 23 Schulen

¹¹ Begegnung zwischen ca. 60 Jugendlichen (Werk-Realschule, Realschule, Gymnasium) und Gemeinderät/innen in Straßenbahn

¹² ca. 60 Schüler/innen

Kinder- und Jugendhäuser in Freiburg

- Haus der Jugend Freiburg
- Jugend- und Bürgerforum 197, Freiburg e.V.
- Jugendclub Munzingen
- Jugendforum Herdern
- Jugendtreff Brühl-Beurbarung e.V.
- Jugendtreff JATZ
- Jugendzentrum Chummy
- Jugendzentrum Stühlinger LetzFetz
- Kinder- und Jugendhaus Opfingen
- Kinder- und Jugendhaus St. Georgen
- Kinder- und Jugendräume Vauban
- Kinder- und Jugendtreff Flash, Freiburg e.V.
- Kinder- und Jugendtreff Haslach
- Kinder- und Jugendtreff KJK, Rieselfeld
- Kinder- und Jugendtreff KJK, Rieselfeld
- Kinder- und Jugendtreff Tiengen
- Kinder- und Jugendtreff Waltershofen
- Kinder- und Jugendzentrum Umkirch
- Kinder- und Jugendzentrum Weingarten

(<http://www.jugendnetz.de> und Jugendstadtplan)

Mitglieder des Stadtjugendrings Freiburg

- Adventjugend Freiburg
- African Information Movement
- AFS Interkulturelle Begegnungen - Komitee Freiburg e.V.
- AKIJA Arbeitskreis Internationale Jugendarbeit e.V.
- Akkordeon Jugend Baden-Württemberg
- Amaro Drom e.V.
- ArTic e.V. Freiburg¹³
- BDKJ Bund der Deutschen Katholischen Jugend Freiburg

¹³ **ArTic e.V.:** Vereinsmitglieder: 68 Mitglieder // davon: 12-15 Jahre: 0, 16-17: 2 m / 3 w, 18-21: 12 m / 7 w, 22-25: 7 m / 4 w, 26-30: 9 m / 7 w, 31-35: 9 m / 2 w, 36-40: 0, 41-50: 1 m / 2 w, 51-60: 1 m, 61-70: 1 m; derzeit ehrenamtlich Aktive: 18 Personen // davon: 13 Personen mit Vereinsmitgliedschaft; davon: 16-17: 1 m, 18-21: 2 w / 2 m, 22-25: 3 w / 4 m, 26-30: 1 m, 5 Personen ohne Vereinsmitgliedschaft; davon: 18-21: 1 m, 22-25: 1 w / 3 m

- Briefmarkensammler Verein Zenith 1930 e.V.
- Bund Badischer Landjugend Freiburg e.V.
- Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg
- Deutscher Alpenverein Jugend Freiburg e.V.
- Die Falken - Sozialistische Jugend Deutschland, Ortsverband Freiburg
- DLRG Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft Freiburg e.V.
- DLRG Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft Jugend Freiburg e.V.
- Evangelische Gemeindejugend
- Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Jugend des Ortsverbands Freiburg
- JRK Jugendrotkreuz - Kreisverband Freiburg e.V.¹⁴
- Jugend im Schwarzwaldverein Freiburg e.V.
- KJG Katholische Junge Gemeinde Freiburg
- KLJB Katholische Landjugendbewegung Freiburg
- Kreisjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Freiburg
- Malteser Jugend Freiburg e.V.¹⁵
- Rosekids e.V.
- Stamm der Raben (BdP)
- Ten Sing Freiburg
- Trachtengruppe Freiburg-St. Georgen Jugendgruppe

¹⁴ **Jugendrotkreuz:** 610 Mitglieder, 320 männlich, 290 weiblich, 430 u16, 180 ü16
davon 68 ehrenamtliche Jugend- und Gruppenleiter/-innen.

¹⁵ **Malteserjugend:** Insgesamt 26. Davon 5 Gruppenleiter und 21 Kinder (eine Kinder- und eine Jugendgruppe):
Jungs: 14, Mädchen: 12, Alter 8-12: 9, Alter 12-17: 14, Alter 18-30: 3

b) Kinder- und Jugendbeteiligung in Karlsruhe

Einwohner/innenzahl: 299.103

Einwohner/innen unter 27 Jahre: 85.727¹⁶

Seit 2010 ist unter dem Konzept „Karlsruhe Beteiligt“ die Kinder- und Jugendbeteiligung in der Gemeinde strukturell verankert. Partizipation gilt als Querschnittsaufgabe, die dazu verpflichtet, Kinder und Jugendliche bei allen sie betreffenden Belangen zu beteiligen. Einige der tabellarisch aufgeführten Projekte sind in diesem Rahmen entstanden. Das Konzept beinhaltet auch die Qualifizierung der beteiligten Akteure durch das Personalamt. Aktuell soll das Konzept überarbeitet werden.

Verwendete Materialien:

- Antwort der Sozial- und Jugendbehörde der Stadt Karlsruhe auf Befragung
- Gemeinderatsbeschlussvorlage 2010 zum Konzept „Karlsruhe Beteiligt“
- Antwort der Mobilen Jugendarbeit Karlsruhe auf Befragung
- Konzeption mobile Jugendarbeit Karlsruhe
- Jahresbericht 2011 Hip Hop Kulturzentrum „Combo“
- Dokumentation der 2. Karlsruher Jugendkonferenz 2013
- Dokumentation des 4. Kinder- und Jugendforums in Grünwinkel 2014
- Ergänzende Internetrecherche

	Freiwilliges Engagement	Politische Partizipation
Formalisierte, konventionelle Formen	Jugendverbände (siehe Anhang)	2012 U18-Oberbürgermeisterwahl Kommunalwahl 16+ (Wahlbeteiligung 2014: 16 – 17 Jahre: 41,4%, 18 – 25 Jahre: 40%, insgesamt: 47,5%) Arbeitskreis der gymnasialen Schülervertreter Karlsruhe (AKS)
Landes- und bundesweite Programme und Modellprojekte	„jes - Jugend engagiert sich“ (5 Projekte, 5 jes-Mentor/innen) ¹⁷ Jugendbegleiter-Programm ¹⁸ Mitmachen Ehrensache!	U18- Landtagswahl 2011 ¹⁹ Jugend BeWegt Modellkommune 2012-2015 Kinderrat Baden-Württemberg (Beteiligung der NaturFreundeJugend Karlsruhe)

¹⁶ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2012

¹⁷ Bericht 2002 - 2005- jes - Jugend engagiert sich, S. 18

¹⁸ 43 beteiligte Schulen, 546 JugendbegleiterInnen (42% unter 18 Jahren) (Evaluation Jugendbegleiter-Programm 2013/14: 37)

¹⁹ 17 Wahllokale, 1684 Stimmen, 39,58% w, 51,153% m (<http://www.bw.u18-wahlbuero.org>)

Non-konventionelle Formen innerhalb der Jugendarbeit/ Verbände/ Kommunen	Kultur Projekte: <ul style="list-style-type: none"> • KIX & JuX Kinder-Kulturfestival 2015+ • Projekt „Kinderkunst im öffentlichen Raum“ • 6. Kinderzirkusfestival 2014 • MASHODY: Der Jugendkulturtag 2014 im NCO-Club <p>„Wir zeigen´s Euch!“ – Kinder führen Kinder (bis 2014)</p> <p>24 Stundenlauf für Kinderrechte</p>	Kampagne zur Kommunalwahl 16+: Veranstaltungen Wahl-Omat und Wahlzirkus Durchführung von Jugendforen ²⁰ (2x jährlich) Bürgermeistersprechstunde (jährlich) Jugendkonferenz (jährlich) ²¹ „regelmäßig Beteiligungen in den unterschiedlichen Stadtteilen in Kooperation mit den Kinder- und Jugendhäusern“ z.B. zur Spielplatzgestaltung Karlsruher Jugendliche gegen Diskriminierung und Rassismus im Fußball: Kurzfilmprojekt des Fanprojekts 2014
Offene / mobile Jugendarbeit	Kinder und Jugendhäuser (siehe Anhang) Jugendgarten Oberreut + Verein Zentrumgadde 189 e.V. Hip Hop Jugendzentrum „Combo“ + Verein Farbschall e.V.	Unterstützung der Kinder- und Jugendhäuser von Partizipationsprojekten (z.B.: U18 Wahllokale)
Selbstorganisation	„Bon lieu vivant“ Initiative für ein Kulturprojekt in Selbstverwaltung Projekt NBW 22 ²² (Siedlungszentrum in Selbstverwaltung im Nussbaumweg)	3 Schulen ohne Rassismus - Schule mit Courage: Walter-Eucken-Schule, Wilhelm-Röpke-Schule, Markgrafen-Gymnasium Karlsruhe-Durlach „Planwirtschaft“ selbstverwalteter Raum der Falken Antifaschistisches Aktionsbündnis Karlsruhe: Proteste 2013 gegen rechtsextreme Großdemonstration "Freiheit für alle Nationalisten" „Karlsruher Netzwerk / Freie Kräfte Karlsruhe“ ²³ (rechte Kameradschaft)
Formen, die benachteiligte Kinder und Jugendliche erreichen	Hip Hop Jugendzentrum Combo ²⁴ Jugendgarten Oberreut	Stadtrallye mal anders ²⁵ (für Sehbehinderte)

²⁰ 4. Kinder- und Jugendforum Grünwinkel 2014: 29 Kinder und Jugendliche + einige Erwachsene

²¹ Jugendkonferenz 2013: ca. 40 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 12 und 26 Jahren. 1/3 weiblich, 2/3 männlich, gemischte Zusammensetzung aus Jugendhäusern, Jugendverbänden, SMVen

²² 2 Mütter übernehmen ehrenamtlich die Verantwortung, Jugendliche und andere Eltern unterstützen das Projekt

²³ Verfassungsschutz Bericht Baden-Württemberg S.85

²⁴ Zahlen aus Jahresbericht 2011: Kontakt zu 69 jungen Menschen. TeilnehmerInnenstruktur: 16 zwischen 14 und 17 Jahre, 12 zwischen 18 und 20 Jahre, 34 älter als 21, 7 älter als 27, weiblich: 27, männlich: 42, 43 mit Migrationshintergrund (31 männlich, 12 weiblich) meist aber deutscher Pass, 27 Personen deutscher Herkunft, 27 Schüler/innen, 9 in Ausbildung, 21 in Arbeitsverhältnis (incl. 400 Euro Stelle), 12 ohne Erwerbsarbeit

²⁵ Zielgruppe: Sehbehinderte Kinder, Ziel: Kinder- und Behindertengerechte Stadtgestaltung, gewann 2014 den 2. Platz der „Goldene Göre“

Formen formeller Anerkennung	Jugendpreis: Mensch - gut gemacht! - Jugendliche engagieren sich für andere Menschen Zertifikat für ehrenamtliches Engagement der Stadt Karlsruhe	
Web basierte Beteiligung		Kommunal-O-Mat zur Kommunalwahl 2014 in Karlsruhe http://www. Kommunalomat-karlsruhe.de
Best Practice Nennungen	Hip Hop Jugendzentrum Combo „Stadtrallye mal anders“ Jugendforen (gilt als wichtigstes Angebot)	
Bad Practice		

Kinder- und Jugendhäuser in Karlsruhe

- Jugend- und Gemeinschaftszentrum "Weiße Rose"
 - Jugendzentrumsverein Neureut e.V.
 - Jugendcafé Westside Paradise
 - Kinder- und Jugendhaus Durlach
 - Kinder- und Jugendhaus Geroldsäcker - Das Blaue Haus
 - Kinder- und Jugendhaus Grötzingen
 - Kinder- und Jugendhaus Lohn-Lissen
 - Kinder- und Jugendhaus Mühlburg
 - Kinder- und Jugendhaus Neureut - Trafohäusle -
 - Kinder- und Jugendhaus Nordweststadt
 - Kinder- und Jugendhaus Oststadt
 - Kinder- und Jugendhaus Rintheim
 - Kinder- und Jugendhaus Südoststadt
 - Kinder- und Jugendhaus Südstadt
 - Kinder- und Jugendhaus Südwest
 - Kinder- und Jugendhaus Waldstadt
 - Kinder- und Jugendhaus WEST
 - NCO-Club Kinder- und Jugendhaus im Stadtteil
 - Jugendraum Planwirtschaft, Karlsruhe
- (<http://www.Stja.de>, <http://www.jugendnnetz-bw.de>)

Mitgliederverbände im Stadtjugendausschuss Karlsruhe

- Adventjugend & Christliche Pfadfinder Karlsruhe
- AFS - Interkulturelle Begegnungen e.V. Komitee Karlsruhe
- Arbeiter-Samariter-Jugend

- Arbeitskreis Pfadfinder BdP-PSD-PBHorizonte
- Bläserjugend im Blasmusikverband Karlsruhe e.V.
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend / BDKJ
- BUNDjugend
- BWLV-Luftsportjugend
- Deutsche Jugend in Europa - DJO
- DGB-Jugend
- DLRG-Jugend Bezirk Karlsruhe
- Evangelisch-methodistische Jugend in Karlsruhe
- Evangelisches Jugendwerk
- Freireligiöse Jugend Karlsruhe
- Grüne Jugend Karlsruhe
- Harmonikajugend
- Internationaler Jugend- und Kulturverein
- Johanniter-Jugend
- Jugend der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Karlsruhe
- Jugend des Deutschen Alpenvereins
- Jugendfeuerwehr Karlsruhe
- Jugendrotkreuz - KV Karlsruhe
- Jugendzentrum Neureut e.V.
- Junge Briefmarkenfreunde
- Junge Liberale
- Junge Union
- Jungsozialisten in der SPD
- Ka Ge Blau-Weiss Durlach 1951 e.V. - Jugendabteilung
- Karlsruher Wandervogel im Ring Junger Bünde
- Kreisjugendwerk der AWO Karlsruhe-Stadt
- NaturFreundeJugend
- Naturschutzjugend (NAJU) Karlsruhe
- Pfadfinderbund Süd e.V. - Stamm Bundschuh
- Rollen- und Brettspielverein Thoule 1987 e.V.
- Schwarzwaldverein e.V.
- Schwule Jungs
- Solidaritätsjugend Karlsruhe
- Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken
- Sportkreisjugend Karlsruhe
- Südwestdeutscher Hundesportverband e.V.
- THW Jugend Karlsruhe

c) Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim

Einwohner/innenzahl: 294.627

Einwohner/innen unter 27 Jahre: 83.588²⁶

2010 wurde im Gemeinderat ein gemeinsam mit Jugendlichen erarbeitetes Modell zur Beteiligung Jugendlicher verabschiedet. Dieses befand sich von 2011-2013 in der Erprobungsphase und wird bis 2015 implementiert. Das Modell beinhaltet die Beteiligung Jugendlicher in Stadtteilversammlungen, Kinder- und Jugendgipfeln sowie projektorientierte Beteiligung, die durch eine virtuelle Kommunikationsplattform sowie weitere Öffentlichkeitsarbeit ergänzt werden soll. Die Koordination für die Implementierung des Mannheimer Beteiligungsmodells übernimmt das Kinder- und Jugendbüro Mannheim. Zur Förderung wird ein Beirat zur Kinder- und Jugendbeteiligung gegründet.

Verwendete Materialien

- Antwort der Stadt Mannheim (Kinder- und Jugendbüro) auf Befragung
- Gemeinderatsbeschlussvorlage „Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim. Von der Erprobung zur Implementierung“ 2013
- Datenblatt 2013: Besucherzahlen Jugendzentrum in Selbstverwaltung JUZ
- Ergänzende Internetrecherche

	Freiwilliges Engagement	Politische Partizipation
Formalisierte, konventionelle Formen	Jugendverbände (siehe Anhang)	Kommunalwahl 26+ (Wahlbeteiligung 2014: 16-17 Jahre: 26,1%, 18-25; Jahre: 22,1%; insgesamt: 38,7%) ²⁷ Mannheimer Schülersprecher (Zusammenschluss Schulsprecher der Gymnasien) Schülerbeirat Mannheim Kinder- und Jugendbeirat (zukünftig)
Landes- und bundesweite Programme und Modellprojekte	Jugendbegleiter-Programm (30 teilnehmende Schulen, 280 Jugendbegleiter/innen (14% unter 18 Jahre))	U18 Landtagswahl 2011 ²⁸ U18 Bundestagswahl 2009 & 2013 (Podiumsdiskussionen, Veranstaltungen) Teilnahme von 8 Agenda-Diplomkinder & Schülerfirma der Humboldt-Werkrealschule beim Kindergipfel Baden-Württemberg 2014 ²⁹

²⁶ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2012

²⁷ Drucksache 15 / 5353

²⁸ 23 Wahllokale, 2700 Stimmen (<http://www.bw.u18-wahlbuero.org>)

²⁹ <http://www.kindergipfel-bw.de/TeilnehmerInnen/kinder-des-mannheimer-agenda-diplom-2014/>

Non-konventionelle Formen innerhalb der Jugendarbeit/ Verbände/ Kommunen	Agenda Diplom für Kinder zwischen 8 bis 12 Jahre ³⁰	Workshop zu Beteiligungsmodell ³¹ Lümmelecken ³² (7x 2011-2013) Schulklassenprojekte/ Stadtteilbegehungen (7x 2011-2013) ³³ Stadtteilversammlungen (7x 2011-2013) ³⁴ 1. Jugendgipfel 2013 in IGMH (Gesamtschule) ³⁵ 1. Kindergipfel 2014: Teilnahme von 20 Kindergruppen ³⁶ (alle 4 Jahre) Beteiligung Jugendlicher bei Protesten z.B. Kundgebung gegen die NPD, Proteste gegen TTIP und ACTA „Wählen ab 16“ 2 Aktionstage
Offene und mobile Jugendarbeit	Kinder und Jugendtreffs (siehe Anhang) Straßenfußball der mobilen Jugendarbeit ³⁷	
Selbstorganisation	Jugendzentrum in Selbstverwaltung JUZ Friedrich Dürr seit 1973 ³⁸ Schülerweltladen im Bach-Gymnasium Ultras des SV Waldhof Mannheim: Förderer der U14 des SV Waldhof Mannheim	Lesben- und Schwulenjugendgruppen: Delta-Boys, die Gipfelstürmer und JuLe AK gegen Rechts (im Forum) Mannheimer Schüler gegen Rechts (im Forum) Ultras des SV Waldhof Mannheim (Unterstützung der Proteste zum Sicherheitspapier der DFL 2012. Kampagne 12:12) 10 Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage ³⁹

³⁰ <http://www.zentrale.majo.de/images/Agenda14.pdf>

³¹ 5 Teilnehmer/innen, 4 weiblich, 1 männlich, Alter: 12-14 Jahre, Gymnasium, 0% Migrationshintergrund

³² Form der Öffentlichkeitsarbeit; 165 Teilnehmer/innen, weiblich 57%, männlich 43%, 6-14 Jahre, 43% Migrationshintergrund

³³ 94 Teilnehmer/innen, ca. 58% weiblich, ca. 42% männlich, 9-14 Jahre, 33% Migrationshintergrund

³⁴ 274 Teilnehmer/innen, 48,5% weiblich, 51,5% männlich, 64% Migrationshintergrund

³⁵ 481 Teilnehmer/innen, 41% weiblich, 59% männlich, 12-17 Jahre, 35% Migrationshintergrund

³⁶ ca. 170 Kinder

³⁷ http://www.jam.majo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=7&Itemid=7

³⁸ „Da das JUZ über Fachschaften (Konzert-FS, Disco-FS, Technik-FS,...) organisiert ist, finden sich innerhalb des JUZ einige selbständig arbeitende Zusammenschlüsse Jugendlicher und ebenfalls verschiedene Gruppen junger politisch aktiver Menschen.“ (Teilnehmer/innen 2013: Vollversammlung: 502; Cafés und Filmabenden: 2049; Musikveranstaltungen: 4803; politische Bildungsarbeit: 494; Kurse & Freizeitaktivitäten: 4640)

³⁹ <http://www.schule-ohne-rassismus.org>

Formen, die benachteiligte Kinder und Jugendliche erreichen.		Das Mannheimer Beteiligungsmodell „ist dezentral ausgerichtet und bezieht sich im hohen Maße auf die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen, insofern erreichen wir junge Menschen aus allen Klassen, Milieus und Schichten.“
Formen formeller Anerkennung	Ehrung durch Agenda Diplom für jedes Kind, das an mindestens sechs Aktionen teilgenommen hatte.	
Web basierte Beteiligung		Web Jugendportal MAJO (als Beteiligungsseite wenig genutzt oder missbraucht. Zu Infoseite umgebaut), erfolgreicher ist die Nutzung von Facebook
Best Practice Nennungen	JUZ Friedrich Dürr Mannheimer Gesamtmodell der Kommunalen Beteiligung	
Bad Practice		

Kinder- und Jugendtreffs in Mannheim

- Jugendzentrum FORUM
- Jugendhaus Erlenhof
- Jugendhaus Herzogenried
- Jugendhaus Hochstätt
- Nachbarschaftshaus Rheinau
- Jugendhaus Schönau
- Jugendhaus Vogelstang
- Jugendhaus Waldpforte
- Internationaler Mädchentreff
- CVJM Jugendzentrum e.V. »Café Mint«
- Jugendtreff Mannheim - Wallstadt
- Jugendtreff Sandhofen
- Jugendtreff Neuhermsheim
- Jugendtreff Im Rott
- Jugendtreff Exil Seckenheim
- Jugendtreff Friedrichsfeld e.V.
- Jugendtreff Zündholz
- Jugendtreff Feudenheim
- Jugendtreff Käfertal
- Jugendtreff Lindenhof
- Jugendtreff Neckarau

(<http://www.majoonline.de>)

Mitgliederverbände im Stadtjugendring

- ASB-Jugend (ASJ)
- AWO-Kreisjugendwerk
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Bund Lorién
- Christlicher Verein Junger Menschen (CVJM)
- Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG)
- Deutscher Jugendbund "Die Steuben" e.V. (DJB Steuben)
- DGB-Jugend
- DIDF-Jugend
- DLRG-Jugend
- Evangelische Jugend Mannheim (EJM)
- Evangelische Freikirchliche Jugend
- Freireligiöse Jugend
- Harmonika-Jugend
- Internationaler Jugendclub e.V.
- Jüdische Gemeindejugend
- Jugendfeuerwehr Mannheim
- Jugendinitiative Jungbusch
- Jugendrotkreuz (JRK)
- Jugendtreff Friedrichsfeld
- KOMCIWAN Mannheim - kurdischer Kinder- und Jugendverein
- Kurpfälzischer Chorjugend
- Naturfreundejugend (NFJ)
- Pfadfinderbund Mannheim (PBM)
- Pfadfinderbund Nordbaden (PbN)
- Rad- und Kraftfahrerbund "Solidarität" (RKB)
- Sozialistische Jugend Deutschland "Die Falken" (SJD)
- Sportkreisjugend Mannheim (SKJ)

(<http://www.majoonline.de/SJR/verband/liste/index.html>)

d) Kinder- und Jugendbeteiligung in Stuttgart

Einwohner/innenzahl: 597.939

Einwohner/innen unter 27 Jahre: 166.168⁴⁰

In Stuttgart ist das Konzept eines sogenannten „Partizipationsmixes“ Grundlage für die kommunale Jugendbeteiligung. Dies beinhaltet die Modelle: Jugendrat, Jugendforum, Projekt- und Initiativgruppen sowie den gesamtstädtischen „Arbeitskreis Stuttgarter Jugendrat“ als offizielles Vertretungsorgan aller Beteiligungsformen. Durch den Partizipationsmix sollen unterschiedliche Zielgruppen insbesondere „Jugendliche des mittleren und unteren Bildungsmilieus, Migrantenjugendliche sowie sozial benachteiligte Jugendliche aus Jugendhäusern und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit“ erreicht werden.

Verwendete Materialien

- Antwort der Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung im Haupt und Personalamt Stuttgart auf Befragung
- Ergänzende Internetrecherche

	Freiwilliges Engagement	Politische Partizipation
Formalisierte, konventionelle Formen	Arbeit in Jugendverbänden ⁴¹ (siehe Anhang) Sportkreisjugend Stuttgart (größter Stuttgarter Jugendverband)	Kommunalwahl 16+ (Beteiligung: 16-17 J.: 41,0%; 18-21 J.: 35,0%; 21-25 J.: 33,8%) Jugendräte in den Stadtbezirken ⁴² (Wahlbeteiligung 2014: 31,5%, 301 KandidatInnen; Wahlbeteiligung 2012: 25,8%) Arbeitskreis Stuttgarter Jugendrat
Landes- und bundesweite Programme und Modellprojekte	Jugendbegleiter-Programm ⁴³ „Jes“ Jugend engagiert sich (14 Projekte, 10 jes-Mentor/innen) ⁴⁴	U18 Landtagswahlen 2011 ⁴⁵ U18 Bundestagswahlen 2013
Non-konventionelle Formen innerhalb der Jugendarbeit/ Verbände/ Kommunen	Mitmachen Ehrensache! ⁴⁶ STUGGI.TV seit 2012 ⁴⁷ Kinder und Jugendfestival 2012 ⁴⁸	Jugendhearings (gesamtstädtisch je 2007, 2009, 2011) Jugendforen seit 2001 (in Stadtbezirken ohne Jugendrat)

⁴⁰ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2012

⁴¹ Die Angebote hat der Stadtjugendring in sog. Regionalflyern der verbandlichen Jugendarbeit zusammengefasst und in den jeweiligen Stadtbezirken in die Haushalte direkt verteilt.

⁴² Allen ca. 24.500 wahlberechtigten Jugendlichen wird ein Info- und Anmeldeformular zugeschickt

⁴³ 86 beteiligte Schulen, 862 Jugendbegleiter/innen, 23% unter 18 Jahre

⁴⁴ jes - Jugend engagiert sich. Bericht der wissenschaftlichen Begleitung 2002 – 2005, S. 18

⁴⁵ 13 Wahllokale, 1235 Stimmen

⁴⁶ <http://www.tipsntrips.de>

⁴⁷ <http://www.tipsntrips.de>

	24-Stunden-Lauf für Kinderrechte 2014 ⁴⁹	<p>Stadtteil Projektgruppen⁵⁰ (8 Gruppen in 11 Bezirken)</p> <p>2013 internationales Jugendforum des „Jugendmigrationsrat“⁵¹</p> <p>Kinderforen in den Stadtteilen⁵²</p> <p>Kinderbeirat für Kindermuseum „Junges Schloss“⁵³</p> <p>Kinderkonferenz auf Abenteuerspielplatz Neu-Stein-Hofen⁵⁴</p> <p>„Wählen ab 16“ 4 Aktionstage</p>
Offene Jugendarbeit	<p>Kinder- und Jugendtreffs (siehe Anhang)</p> <p>Streetdance-Contests für Mädchen und junge Frauen der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH 2014</p>	
Selbstorganisation		<p>10 Schulen ohne Rassismus⁵⁵</p> <p>Linkes Zentrum Lilo Herrmann</p> <p>OTKM (Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung)</p> <p>Antifaschistisches Aktionsbündnis Stuttgart & Region</p>
Formen, die benachteiligte Kinder und Jugendliche erreichen.		„Partizipationsmix soll insbesondere benachteiligte Jugendliche erreichen“
Formen formeller Anerkennung	2012: Stadtjugendring Stuttgart ehrt mit Oberbürgermeister, 10 junge, ehrenamtlich engagierte Personen aus verbandlicher Jugendarbeit	
Web basierte Beteiligung		2012/13: 2. Stuttgarter Online Jugendbefragung (Beteiligung 31%)
Best Practice Nennungen		
Bad Practice		

⁴⁸ <http://www.kinder-jugendfestival.de/>

⁴⁹ <http://www.tipsntrips.de>

⁵⁰ Angebot, wenn keine Jugendratswahlen stattfinden können

⁵¹ <http://www.jugendmigrationsrat.de>

⁵² <http://www.kinderbeteiligung-stuttgart.de>

⁵³ <http://www.kinderbeteiligung-stuttgart.de>

⁵⁴ <http://www.kinderbeteiligung-stuttgart.de>

⁵⁵ <http://www.schule-ohne-rassismus.org>

Kinder- und Jugendhäuser in Stuttgart

- CAMP Feuerbach
- CANN Jugendhaus Bad Cannstatt
- Cannstatter Inzel
- Jugendhaus Heslach
- Jugendhaus Mitte
- Jugendhaus Möhringen
- Jugendhaus Sillenbuch
- Jugendhaus Wangen
- Jugendhaus Weilimdorf
- Jugendhaus West
- Jugendtreff Botnang
- Jugendtreff Büsnau
- Jugendtreff Hedelfingen
- Jugendtreff Lauchhau
- Jugendtreff Sieben Morgen
- Kinder- und Jugendhaus Birkach
- Kinder- und Jugendhaus CAFE RATZ Untertürkheim
- Kinder- und Jugendhaus Degerloch
- Kinder- und Jugendhaus Fasanenhof
- Kinder- und Jugendhaus Giebel
- Kinder- und Jugendhaus Hallschlag
- Kinder- und Jugendhaus Hausen
- Kinder- und Jugendhaus JIM PAZZO Neugereut
- Kinder- und Jugendhaus M9 Freiberg
- Kinder- und Jugendhaus Nord
- Kinder- und Jugendhaus Ostend
- Kinder- und Jugendhaus Stammheim
- Kinder- und Jugendhaus Vaihingen
- Kinder- und Jugendhaus VILLA JO Obertürkheim
- Kinder- und Jugendhaus Zuffenhausen
- Kinder- und Jugendtreff Burgholzhof
- Kinder- und Jugendtreff Münster
- Kinderhaus Feuerbach
- Kindertreff Botnang
- Kindertreff KifU
- Kindertreff Untertürkheim
- Spielhaus Unterer Schloßgarten
- Werkstattthaus Ost

Die Mitgliedsverbände im Stadtjugendring

- Adventjugend Stuttgart
- AFS - Interkulturelle Begegnungen
- Alex-Club des KBV Stuttgart
- Alevitische Jugend
- Bund für freie Lebensgestaltung
- Bund der deutschen katholischen Jugend
- Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder
- Christlicher Verein junger Menschen
- Deutscher Alpenverein Sektion Stuttgart
- Deutscher Alpenverein Sektion Schwaben
- DGB-Jugend Region Stuttgart
- Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner
- Deutsche Jugend aus Russland e.V. (DJR)
- Deutsche Jugend in Europa - DJO Kreisgruppe Stuttgart
- Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg
- Deutsch-Russischer Kunst- und Kulturverein "Kolobok"
- Deutsche Wanderjugend im Schwäb. Albverein
- Dialog Forum Stuttgart
- DLRG Jugend Bezirk Stuttgart
- Evangelische Jugend Stuttgart
- Eritreische Jugend Vaihingen
- Freikirchliche Jugend
- Junge Humanisten
- Forum 3
- Initiativgruppe Homosexualität Stuttgart
- Jugend in der Christengemeinschaft
- Jugendrotkreuz
- Jugendgruppe Pontiaki Estia
- Jugendgruppe Morava
- Jugendgruppe SKUD Triglav
- Jugendgruppe Velebit
- Jugend der Eritreischen Vereinigung
- Jugend der Zukunft in Stuttgart e.V.
- Jugendfeuerwehr
- Jugend, Kultur und Freundschaftsverein Stuttgart e.V.
- Jugendkulturverein Mladi Biseri e.V.
- Kreisjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt

- Kultur- und Sozialinitiative für Kinder und Jugendliche
- Mladost Jugendkulturverein
- Musik-Initiative Rock e.V. Stuttgart
- Naturfreundejugend Bezirk Stuttgart
- Naturschutzjugend
- Russisch Orthodoxe Jugend
- Sängerejugend im Wilhelm-Hauff-Chorverband
- Serb.-Dt. Kultur- u. Sport Klub SLOGA
- Serbischer Kulturverein Heiliger Sava
- Skateboardmuseum Stuttgart
- Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken
- Sportkreisjugend
- Stuttgarter Kinder- und Jugendchöre
- Stuttgarter Spielkreis
- Tomislav
- Trachtenjugend Stuttgart
- Underground Soul Cypher
- Verband Christlicher PfadfinderInnen
- Vietnamesische Gemeinschaft

(<http://www.sjr-stuttgart.de/index.php?id=31>)

e) Kinder- und Jugendbeteiligung im Landkreis Emmendingen

Einwohner/innen: 157.399

Einwohner/innen unter 27 Jahre: 40.468

Verdichtungsräume: Denzlingen, Emmendingen, Waldkirch

Randzonen um die Verdichtungsräume: Bahlingen am Kaiserstuhl, Herbolzheim, Kenzingen, Malterdingen, Reute, Teningen, Vörstetten

Ländlicher Raum im engeren Sinne: Biederbach, Elzach, Endingen am Kaiserstuhl, Forchheim, Gutach im Breisgau, Riegel am Kaiserstuhl, Sasbach am Kaiserstuhl, Sexau, Simonswald, Weisweil, Wyhl am Kaiserstuhl, Rheinhausen, Freiamt, Winden im Elztal

Verwendete Materialien

- Antwort der Kreisjugendreferentin auf Befragung (Zuständige für die Offene Kinder- und Jugendarbeit)
- Antwort der Jugendpflege Denzlingen
- Ergänzende Internetrecherche

	Freiwilliges Engagement	Politische Partizipation
Formalisierte, konventionelle Formen	Jugendverbände (siehe Anhang)	Jugendgemeinderäte in Waldkirch (Wahlbeteiligung 2014: 36%) ⁵⁶ und Denzlingen (Wahlbeteiligung 2014: 34,6%) ⁵⁷ Ring Politischer Jugend Emmendingen ⁵⁸
Landes- und Bundesweite Programme und Modellprojekte	Jugendbegleiter-Programm ⁵⁹	U18 Bundestagswahl 2013 in Emmendingen
Non-konventionelle Formen innerhalb der Jugendarbeit/ Verbände/ Kommunen	Jugendkulturfestival 2014 Emmendingen	„Es gibt im Landkreis immer wieder mal Partizipations- und Beteiligungsprojekte“ (Kreisjugendreferentin) jährliche Jugendhearings in manchen Kommunen (z.B.: Emmendingen, Kenzingen). Jugendforum 2012 in Waldkirch Pilotprojekt „Kinderbeteiligung in Waldkirch“ 2010-2011: - Stadtteildetektive - Kindergipfel „Kinder sprechen

⁵⁶ In Schulen hohe Beteiligung, außerschulisch wenig

⁵⁷ Auskunft der Jugendpflege Denzlingen: „Jedoch bewegt sich die Wahlbeteiligung der "Freien Liste" trotzdem nur zwischen 8-10%. Bei den Wahlberechtigten die eine Denzlinger Schule besuchen liegt sie jedoch zwischen 36-91%.“

⁵⁸ unklar ob er noch existent

⁵⁹ 2013/14: 20 teilnehmende Schulen, 140 Jugend-Begleiter/innen (26% unter 18 Jahre) (Evaluation Jugendleiterprogramm 2013/14: 25)

		– Erwachsene hören“ Jugendprojekt „Leader“ im Elztal „Wählen ab 16“ 5 Aktionstage
Offene Jugendarbeit	Kinder- und Jugendtreffes (siehe Anhang)	
Selbstorganisation	8 Selbstverwaltete Jugendzentren: Weisweil, Wyhl, Endingen, Sasbach, Teningen, Heimbach, Denzlingen, Waldkirch-Kollnau („vor allem in sehr kleinen Kommunen“)	Bündnis „Emmendingen Nazifrei“: 2011 Protest gegen rechtsradikale Demonstration in Emmendingen. 1 Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage: Kenzingen
Formen, die benachteiligte Kinder und Jugendliche erreichen.		„Keines soll explizit Benachteiligte ansprechen, aber bei allen liegt eine bunte Mischung der Jugendlichen vor“ (Kreisjugendreferentin)
Formen formeller Anerkennung		
Webbasierte Beteiligung		
Best Practice Nennungen		
Bad Practice		

Kinder- und Jugendhäuser im Landkreis Emmendingen

- Denzlingen Jugendtreff
- GeGoYou - der Jugendtreff der Gemeinde Gottes in Emmendingen
- Haus der Jugend Waldkirch
- Jugendclub Heimbach
- Jugendclub in der alten Kochschule Freiamt
- Jugendclub KJG Bleichheim
- Jugendclub Nimburg
- Jugendhaus Bahlingen
- Jugendhaus Elzach
- Jugendhaus Teningen
- Jugendkeller Köndringen
- Jugendpflege Malterdingen Teeniecafé
- Jugendtreff Bürkle-Bleiche
- Jugendtreff Herbolzheim
- Jugendzentrum Emmendingen
- Rotes Haus Waldkirch
- (<http://www.jugendnetz.de>)

Mitgliederverbände im Kreisjugendring Emmendingen

- Akkordeonjugend
- Bund Badischer Landjugend (BBL)
- Bund der Kaufmannsjugend im DHV
- Bund deutscher katholischer Jugend (BDKJ)
- Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) Bezirksjugend Breisgau
- Deutsches Rotes Kreuz - Jugendrotkreuz (DRK)
- Evangelische Jugend (AEJ)
- Gemeinde Gottes
- Jugend des Schwarzwaldvereins (SV)
- Kreisjugendfeuerwehr (KJF)
- Naturfreunde – Jugend
- Ring Deutscher Pfadfinder RdP
- Ring Deutscher Pfadfinderinnen (RDP)

f) Kinder- und Jugendbeteiligung im Landkreis Freudenstadt

EinwohnerInnen: 115.055

EinwohnerInnen unter 27 Jahren: 33.043⁶⁰

(Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2012)

Randzonen um die Verdichtungsräume: Eutingen im Gäu

Ländlicher Raum im engeren Sinne: Alpirsbach, Baiersbronn, Dornstetten, Empfingen, Freudenstadt, Glatten, Grömbach, Horb am Neckar, Loßburg, Pfalzgrafenweiler, Schopfloch, Wörnersberg, Seewald, Waldachtal, Bad Rippoldsau-Schapbach

Verwendete Materialien

- Antwort des Jugendamtes Freudenstadt auf Befragung
- Geschäftsordnung des Jugendgemeinderats Horb
- Ergänzende Internetrecherche:

	Freiwilliges Engagement	Politische Partizipation
Formalisierte, konventionelle Formen	Jugendverbände (siehe Anhang)	Jugendgemeinderat in Horb seit 2014 (39 KandidatInnen, online Wahl, Wahlbeteiligung ca. 20%) ⁶¹
Landes- und Bundesweite Programme und Modellprojekte	Mitmachen Ehrensache! Jugendbegleiter-Programm ⁶²	
Non-konventionelle Formen innerhalb der Jugendarbeit/ Verbände/ Kommunen		Jährliches Jugendforum für Jugendliche ab 14 Jahren in Freudenstadt ⁶³ Jugendrathaus in Freudenstadt ⁶⁴ Schüler/innen der 8. Klassen besuchen das Rathaus und äußern ihre Wünsche und Anregungen Erste Jugendkonferenz Freudenstadt 2013 ⁶⁵ Kampagne "Wählen ab 16 - Mach Freudenstadt zu deiner Stadt" ⁶⁶ : Speed-Dating mit Gemeinderatskandidaten/-innen, Jugendliche fragen - Fraktionen antworten, Info- und Aktionsstände an Schulen „Wählen ab 16“ 4 Aktionstage

⁶⁰ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2012

⁶¹ <http://www.horb.de>

⁶² 18 teilnehmende Schulen, 259 Jugend-BegleiterInnen (56% unter 18 Jahre) (Evaluation Jugendbegleiter-Programm 2013/14: 29)

⁶³ <http://www.freudenstadt.de>

⁶⁴ <http://www.freudenstadt.de>

⁶⁵ <http://www.freudenstadt.de>

⁶⁶ <http://www.freudenstadt.de>

Offene und Mobile Jugendarbeit	Kinder- und Jugendtreffs (siehe Anhang)	
Selbstorganisation		Initiative „SkatePark für Freudenstadt“
Formen, die benachteiligte Kinder und Jugendliche erreichen		
Web basierte Beteiligung		
Formelle Anerkennung	„Jugend-Ehrenamt wird anerkannt“ durch Urkundenvergabe der Stadt Freudenstadt ⁶⁷	
Best Practice Nennungen		
Bad Practice		

Kinder- und Jugendtreffs im Landkreis Freudenstadt

- Haus der Jugend Marmorwerk e.V in Horb
- Jugendclub Eutingen
- Jugendraum Pfalzgrafenweiler
- Jugendzentrum Alpirsbach
- Jugendzentrum der JIB (Jugendinitiative Baiersbronn)
- Kinder- und Jugendzentrum (KiJuz) Freudenstadt
- Offener Jugendtreff JAK-point Salztetten (Katholische Kirchengemeinde)
- Schülercafé & Jugendtreff in Loßburg
- In Dornheim fehlende Angebote für Jugendliche außerhalb der Vereine (Protokoll des 1. Stadtweiten Bürgerforums 2013)

(Internetrecherche, freudenstadt.de, <http://www.jugendnetz.de>)

Mitgliedsverbände des Kreisjugendrings Freudenstadt e.V.

- Adventjugend Landkreis Freudenstadt
- Arbeitsgemeinschaft der Jugendfreizeitstätten
- Alpenvereinsjugend
- Blasmusikkreisverband e.V. – Bläserjugend
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend
- Chorjugend im Chorverband Kniebis – Nagold
- Crossroads International Church - Jugendabteilung
- DGB – Jugend

⁶⁷ <http://www.freudenstadt.de>

- EC – Jugend
- Evangelisches Jugendwerk Bezirk Freudenstadt
- Evangelisch – methodistische Jugend
- Gesamtjugendfeuerwehr Baiersbronn
- Internationaler Bund e.V., Bezirk Nordschwarzwald
- Jugendrotkreuz im DRK Kreisverband FDS
- Kleintierzüchter - Jugend
- Lebenshilfe für Menschen mit Behinderungen e.V.
- Luftsportjugend
- NABU - Bezirksverband Gäu-Nordschwarzwald/ Naturschutzjugend NAJU
- Jugend im Schwarzwaldverein Ortsgruppe Freudenstadt
- Sportkreisjugend
- THW Jugend Freudenstadt THW Jugend Horb
- Trachtenjugend
- VCP Alpirsbach , VCP Dornstetten, VCP Freudenstadt
- Württembergischer Christusbund Bezirk Schwarzwald e.V. - Jugend

g) Kinder- und Jugendbeteiligung im Hohenlohekreis

Einwohner/innen: 107.498

Einwohner/innen unter 27 Jahre: 31.586

Ländlicher Raum im engeren Sinne: Bretzfeld, Dörzbach, Forchtenberg, Ingelfingen, Krautheim, Künzelsau, Kupferzell Mulfingen Neuenstein, Niedernhall, Öhringen, Pfedelbach, Schöntal Waldenburg, Weißbach, Zweiflingen

Verwendete Materialien

- Antwort des Landratsamtes Hohenlohekreis auf Anfrage
- Ergänzende Internetrecherche:

Vom Landratsamt wird darauf hingewiesen, dass der Hohenlohekreis als der bevölkerungsmäßig kleinste Landkreis eine vor allem auf Ehrenamt beruhende Infrastruktur der Jugendarbeit aufweist.

	Freiwilliges Engagement	Politische Partizipation
Formalisierte, konventionelle Formen	Jugendverbände (siehe Anhang)	Jugendgemeinderat in Waldenburg (Wahlbeteiligung 2015: 23% ⁶⁸) Jugendrat in Künzelsau (Wahlbeteiligung 17,85% ⁶⁹) Junge Nationaldemokraten (JN) Heilbronn-Hohenlohe ⁷⁰
Landes- und bundesweite Programme und Modellprojekte	Jugendbegleiter-Programm ⁷¹	U18 Landtagswahl 2011 ⁷²
Non-konventionelle Formen innerhalb der Jugendarbeit/ Verbände/ Kommunen	Mitmachen Ehrensache! International Youth Camp in Memory of Sophie Scholl „jung und wach“ 2013 organisiert vom Kreisjugendring Hohenlohe e.V.	Jugendforum in Öhringen „Wählen ab 16“ 1 Aktionstag
Offene und Mobile Jugendarbeit	Kinder- und Jugendtreffs (siehe Anhang)	
Selbstorganisation	Jugendkulturzentrum Kokolores in Künzelsau	Schule ohne Rassismus: Richard-von-Weizsäcker-Schule in Öhringen
Formen die benachteiligte Kinder und Jugendliche		

⁶⁸ <http://www.stimme.de>

⁶⁹ <http://www.stimmt.de/news/webreporter/vorort/2011/juli/art3227,23639>

⁷⁰ Verfassungsschutzbericht (von welchem Jahr?)

⁷¹ 11 teilnehmende Schulen, 132 JugendbegleiterInnen (17% unter 18 Jahre) (Evaluation Jugendbegleiter-Programm 2013/14: 35)

⁷² 4 Wahllokale, 1175 Stimmen <http://www.bw.u18-wahlbuero.org/votes/view/21>

erreichen		
Web basierte Beteiligung		
Best Practice		
Bad Practice		

Kinder und Jugendhäuser im Hohenlohekreis

- Jugendhaus Dörzbach
- Jugendhaus Bretzfeld
- Jugendkulturhaus "Möwe", Öhringen
- Mädchen-Café Öhringen

(<http://www.jugendnetz-bw.de>)

Mitglieder im Kreisjugendring Hohenlohe

- Akkordeonring Öhringen e.V.
- Alpenverein Künzelsau, Öhringen
- Aquarienfreunde Hohenlohe, Öhringen
- Arbeitskreis Ausländische Mitbürger
- Atempause e.V. CRASH
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (Diözese Rottenburg-Stuttgart)
- DLRG Jugend
- DPSG Bretzfeld, Ingelfingen, Künzelsau, Öhringen
- Dt. Kinderschutzbund e.V.
- EC-Jugend Hohenlohe
- Evangelische Jugendhilfe Friedenshort
- Evangelisches Jugendwerk Bezirk Künzelsau
- Evangelisches Jugendwerk Öhringen
- Filmclub Öhringen e.V.
- Handharmonikajugend Öhringen
- Impuls - Förderverein der Jugendinitiative Kupferzell e.V.
- Jugend der Stadtkapelle Öhringen
- Jugendrotkreuz Hohenlohe
- Kokolores-Jugendkulturverein
- Kreisjugendfeuerwehr
- Landjugend Künzelsau
- Musikverein Michelbach/Waldbach e.V.
- Ring Politischer Bildung
- Royal Rangers Künzelsau
- Sportkreis Hohenlohe

- Stenographenverein Öhringen
- THW-Jugend Hohenlohe
- VCP Ingelfingen

h) Kinder- und Jugendbeteiligung im Ostalbkreis

Einwohner/innen: 306.484

Einwohner/innen unter 27 Jahren: 88.874⁷³

Randzonen um die Verdichtungsräume: Böbingen an der Rems, Heubach, Iggingen, Leinzell, Lorch, Mögglingen, Mutlangen, Schwäbisch Gmünd, Waldstetten

Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum: Ellwangen (Jagst), Essingen, Hüttlingen, Oberkochen, Westhausen, Aalen, Rainau

Ländlicher Raum im engeren Sinne: Abtsgmünd, Adelmansfelden, Bartholomä, Bopfingen, Durlangen, Ellenberg, Eschach, Göggingen, Gschwend, Heuchlingen, Jagstzell, Kirchheim am Ries, Lauchheim, Neresheim, Neuler, Obergröningen, Rosenberg, Ruppertshofen, Schechingen, Spraitbach, Stöttlen, Tannhausen, Unterschneidheim, Wört, Riesbürg

Verwendete Materialien

- Antwort des Kreisjugendreferenten auf Anfrage
- Ergänzende Internetrecherche

	Freiwilliges Engagement	Politische Partizipation
Formalisierte, konventionelle Formen	Jugendverbände (siehe Anhang)	Jugendgemeinderat in Schwäbisch Gmünd (Wahlbeteiligung 2014 (online Wahl): 7,13% ⁷⁴)
Landes- und Bundesweite Programme und Modellprojekte	Jugendbegleiter-Programm ⁷⁵	U18 Landtagswahlen 2011 ⁷⁶
Non-konventionelle Formen innerhalb der Jugendarbeit/ Verbände/ Kommunen		Zusammenschluss „bunt statt braun“ verschiedener Organisationen incl. Jugendzentren gegen Landesgeschäftsstelle der NPD vor etlichen Jahren „in verschiedenen Gemeinden werden in unterschiedlichen zeitlichen Abständen zusammen mit dem Kreisjugendring Jugendhearings, -foren oder -konferenzen durchgeführt“ „Kicken gegen Rechts“ in Oberkochen 2013 ⁷⁷ „Wählen ab 16“ 2 Aktionstage

⁷³ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2012

⁷⁴ Wahlkreis Schwäbisch Gmünd: 2 Wahllokale, 1061 Stimmen (<http://www.gmuender-tagespost.de>)

⁷⁵ 54 beteiligte Schulen, 709 JugendbegleiterInnen (49% unter 18 Jahre) (Evaluation Jugendbegleiter-Programm 2013/14: 45)

⁷⁶ <http://www.bw.u18-wahlbuero.org/votes/view/25>

⁷⁷ <http://www.kicken-gegen-rechts.de/>

Offene und Mobile Jugendarbeit	Kinder- und Jugendtreffs (siehe Anhang)	
Selbstorganisation	„Im Ostalbkreis haben selbstverwaltete und selbstorganisierte Jugendtreffs z.T. eine lange Tradition.“ Z.B.: Schwoabahütte in Neresheim-Elchingen, Aschenhütte in Stödden, Jugendinitiative (Heubach-)Lautern (JIL), Jugendorganisation Bartholomä (JOB), Jugendbude in Esslingen“	Antifaschistische Gruppen in Schwäbisch Gmünd und Ellwangen Schule ohne Rassismus: Kolping-Bildungszentrum Ellwangen, Freie Waldorfschule Gmünd
Formen, die benachteiligte Kinder und Jugendliche erreichen		
Web basierte Beteiligung		
Formelle Anerkennung		
Best Practice		
Bad Practice		

Kinder- und Jugendtreffs im Landkreis Ostalb

- Club 72 (Mögglingen)
- DRK-Jugendzentrum Neresheim
- Esperanza Jugendkulturzentrum
- Haus der Jugend Aalen
- Inside 7 Westhausen
- Jugend- & Kulturzentrum Ellwangen
- Jugend- und Kulturfabrik Heubach e.V.
- Jugend und Nachbarschaftszentrum Aalen Rönenberg
- Jugend- und Nachbarschaftszentrum JuFuN e. V. Schwäbisch Gmünd
- Jugend- und Nachbarschaftszentrum Rönenberg Aalen
- Jugendclub Oberkochen
- Jugendhaus LEO (Lorch)
- Jugendhaus Schwäbisch Gmünd
- Jugendkulturfabrik Heubach
- Jugendraum Degenfeld
- Jugendraum Gmünd – Großdeinbach
- Jugendraum Gmünd – Herlikofen
- Jugendraum Lindach
- Jugendraum Rechberg
- Jugendraum Rehnenhof
- Jugendraum Straßdorf

- Jugendraum Untergröningen
- Jugendtreff am Bahnhof (Oberkochen)
- Jugendtreff Hardt
- Jugendtreff Neresheim
- Jugendtreff Oderstraße 8 (Bettringen)
- Jugendtreff Ost Schwäbisch-Gmünd
- Jugendzentrum Abtsgmünd
- Jugendzentrum Ellwangen
- Juze Bopfingen
- Kinder- und Jugendtreff Waldhausen
- Kinder- und Jugendtreff Weitmars
- NachbarschaftsZentrum im WeststadtZentrum
- Netzcafe Rötenberg Aalen
- Offener Jugendtreff Dewangen
- Offener Jugendtreff Ebnat
- Offener Jugendtreff Fachsenfeld
- Offener Jugendtreff im Dorfhaus Reichenbach
- Offener Jugendtreff Unterkochen
- Offener Jugendtreff Waldhausen "Gießerei"
- Street Meet Jugendtreff Wasseralfingen
(www.bildungsportal-ostalb.de , jugendnnetz-bw.de)

Mitglieder des Kreisjugendringes Ostalb

- AG Rötenberg
- Albvereinsjugend
- AJO
- Bläserjugend
- BDKJ Aalen und Schwäbisch Gmünd
- BdP
- Chorjugend
- Chorknaben
- Christ 4 you
- DLRG Jugend
- EJW Aalen und Schwäbisch Gmünd
- Evangelische Freikirche Böbingen
- Friedenswerkstatt Mutlangen
- Gewerkschaftsjugend
- Haus der Jugend Aalen

- Oderstrasse 8 Jugendtreff
- JuFun e.V.
- Jugendzentrum Ellwangen
- Jugendrotkreuz Aalen und Schwäbisch Gmünd
- Jugendhaus Schwäbisch Gmünd
- Junge Philharmonie
- Johanniter Jugend
- Kreislandjugend
- Kreisjugendfeuerwehr
- Kleintierzüchterjugend
- Malteser-Jugend
- SJR Schwäbisch Gmünd
- SJR Heubach
- SJR Aalen
- Street Meet Wasseralfingen
- Sportkreisjugend
- Solidaritätsjugend
- Trachtenjugend
- THW-Jugend

i) Kinder- und Jugendbeteiligung im Landkreis Ravensburg

Einwohner/innen: 273.540

Einwohner/innen unter 27 Jahre: 81.119⁷⁸

Verdichtungsräume: Ravensburg, Weingarten,

Randzonen um die Verdichtungsräume: Baienfurt, Baidnt, Berg

Ländlicher Raum im engeren Sinne: Achberg, Aichstetten, Aitrach, Altshausen, Amtzell, Aulendorf, Bad Waldsee, Bad Wurzach, Bergatreute, Bodnegg, Boms, Ebenweiler, Eichstegen, Fleischwangen, Grünkraut, Guggenhausen, Hoßkirch, Isny im Allgäu, Kißlegg, Königseggwald, Leutkirch im Allgäu, Riedhausen, Schlier, Unterwaldhausen, Vogt, Waldburg, Wangen im Allgäu, Wilhelmsdorf, Wolfegg, Wolpertswende, Ebersbach-Musbach, Argenbühl, Horgenzell, Fronreute

Verwendete Materialien

- Antwort der des Landratsamt Ravensburg / Jugendamt - Außenstelle Wangen
- Ergänzende Internetrecherche

	Freiwilliges Engagement	Politische Partizipation
Formalisierte, konventionelle Formen	Jugendverbände (siehe Anhang)	Schülerrat in Ravensburg Jugendgemeinderat in Weingarten („Wahlbeteiligung liegt regelmäßig um die 95%, 42 Mitglieder, das älteste ist 21 Jahre alt ⁷⁹) Jugendrat in Wangen (Wahlbeteiligung 2014: 76,4%) Jugendrat in Leutkirch seit Anfang 2014
Landes- und bundesweite Programme und Modellprojekte	Mitmachen Ehrensache!	Leutkirch als Modellkommune 2014 im Programm "Jugend BeWegt". Erarbeitung eines Konzeptes zur Jugendbeteiligung. (Onlineumfrage in Leutkirch) Projekt „Zukunft Jugendarbeit im ländlichen Raum“ des Kommunalverband Jugend und Soziales
Non-konventionelle Formen innerhalb der Jugendarbeit/ Verbände/ Kommunen	Mit dem Förderprogramm „Kultur macht Laune“ 2014/2015 unterstützt der Kreisjugendring Jugendinitiativen und Jugendgruppen bei der Realisierung und Umsetzung von kulturellen Veranstaltungen und Projekten. ⁸⁰ 2012/2013 engagierte sich der Kreisjugendring Ravensburg als Partner des IBK Jugendideenwettbewerbs und einer Jugenddialogveranstaltung rund um den Bodensee.	Zahlreiche Jugendhearings hat der Kreisjugendring im Landkreis Ravensburg mit durchgeführt Politik trifft Jugendarbeit 2008 (Treffen Politiker/innen und Jugendverbände) „Wählen ab 16“ 13 Aktionstage

⁷⁸ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2012

⁷⁹ <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.politisches-engagement-mehr-macht-fuer-minderjaehrige-page1.4b41be97-9d1e-44a1-a966-1a27583ff7a8.html>

⁸⁰ <http://www.jukinet.de>

	"Voneinander Profitieren" 2011: Qualifizierungskurse für Migrantenselbstorganisationen (MSO) und Verbände junger Migranten (VJM) des Kreisjugendrings Ravensburg	
Offene und Mobile Jugendarbeit	Kinder- und Jugendtreffes (siehe Anhang) „Shout“ Jugendmagazin Isny	
Selbstorganisation	3 selbstverwaltete Jugendzentren in Altshausen, Kißlegg und Wangen. „Darüber hinaus gibt es noch einige offene selbstverwaltete Treffs von Landjugendgruppen und anderen kirchlichen Gruppen.“	
Formen, die benachteiligte Kinder und Jugendliche erreichen		
Formen formeller Anerkennung	Verleihung Zivilcouragepreis (Wangen 2014) ⁸¹	
Web basierte Beteiligung		Online Jugendhearing 2014 in Leutkirch Online „Kummerkasten“ des Jugendrat Leutkirch
Best Practice Nennung		Jugendgemeinderat Weingarten
Bad Practice		

Kinder- und Jugendhäuser im Landkreis Ravensburg

- Jugendhäuser in Ravensburg
- Jugendhäuser in Weingarten
- Jugendhaus Click or Crash Leutkirch
- Jugendzentrum Go-In Isny
- Jugendhaus Wangen
- Jugendhaus Tonne Wangen
- Jugendzentrum Spatz Kißlegg
- Jugendkulturhaus Prisma Bad Waldsee
- Jugendhäuser in Fronreute
- Jugendhaus Tett nang
-

Mitgliederverbände des Kreisjugendrings Ravensburg

- Arbeitsgemeinschaft Kinder, Jugend und Familien in Leutkirch
- Deutsches Jugendrotkreuz

⁸¹ <http://www.jukinet.de>

- AKA (Aktiv in Aulendorf)
- Alemannische Narrenring e.V.
- Junge Liberale
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend
- Junge Union
- Bund der Landjugend Württemberg-Hohenzollern
- Jusos
- Verein Bildungsinitiative Bodensee-Oberschwaben e.V.
- Kreisjugendfeuerwehr
- Kreisverbandsbläserjugend
- Kreistrachtenjugend
- BUND Jugend
- Malteser Jugend
- DGB Jugend
- Oberschwäbische Chorjugend
- DLRG Jugend
- Rassegeflügelzüchter Oberschwaben
- evangelisches Jugendwerk
- Rassekaninchenzüchter (130 Jugendliche im Kreisverband)
- Gemeindejugendring Argenbühl
- Schalmeien Jugend
- Johanniter-Jugend Region Ravensburg
- Schwäbische Albvereinsjugend
- Jugendclub Weingarten
- Sportkreisjugend
- Jugendhaus in Altshausen
- Stadtjugendring Wangen

j) Kinder- und Jugendbeteiligung im Zollernalbkreis

Einwohner/innen: 184.658

Einwohner/innen unter 27 Jahren: 50.622⁸²

Verdichtungsbereiche im ländlichen Raum: Balingen, Bisingen, Bitz, Geislingen, Hechingen, Jungingen, Rangendingen, Albstadt

Ländlicher Raum im engeren Sinne: Burladingen, Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Grosselfingen, Haigerloch, Hausen am Tann, Meßstetten, Nusplingen, Obernheim, Ratshausen, Rosenfeld, Schömberg, Straßberg, Weilen unter den Rinnen, Winterlingen, Zimmern unter der Burg

Verwendete Materialien

- Antwort des Kreisjugendpflegers auf Befragung
- Geschäftsordnung des Jugendgemeinderats in Bisingen
- Konzeption des Jugendparlaments in Burladingen
- Richtlinien des Jugendgemeinderats in Hechingen
- Ergänzende Internetrecherche

	Freiwilliges Engagement	Politische Partizipation
Formalisierte, konventionelle Formen	Jugendverbände ⁸³ (siehe Anhang)	Jugendgemeinderat in Bisingen (Wahlbeteiligung 2013: 26,8% ⁸⁴) Jugendparlament in Burladingen (Wahlbeteiligung 2013: 32,4%) ⁸⁵ Jugendgemeinderat in Hechingen 2014 frühzeitig aufgelöst ⁸⁶
Landes- und bundesweite Programme und Modellprojekte	Jugendbegleiter-Programm ⁸⁷	U18 Landtagswahlen 2011 ⁸⁸
Non-konventionelle Formen innerhalb der Jugendarbeit/ Verbände/ Kommunen		jährliches Jugendforum auf Landkreisebene seit 2012 mit Landrat Jürgen Pauli (zwischen 20-40 Besucher/innen) 2 mal jährlich Jugendforum mit Schulsprecher/innen der Albstädter Schulen mit Oberbürgermeister „Wählen ab 16“ 3 Aktionstage

⁸² Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2012

⁸³ 2012 hat sich der Kreisjugendring aufgelöst

⁸⁴ Facebookseite des JG

⁸⁵ <http://www.swp.de>

⁸⁶ 2012: 7 Bewerbungen auf 14 Plätze, Wahlbeteiligung: 10,3%

Ungültige/Fehl-Stimmen: 961, Gültige Stimmen: 971

⁸⁷ 46 teilnehmende Schulen, 415 Jugendbegleiter/innen (33% unter 18 Jahre)(Evaluation Jugendbegleiter-Programm 2013/14: 61)

⁸⁸ Wahlkreis Balingen: 5 Wahllokale, 1126 Stimmen, 43,8% w, 51% m; <http://bw.u18-wahlbuero.org/votes/view/63>

Offene und Mobile Jugendarbeit	46 ⁸⁹ ehrenamtlich betriebene offene Angebote der Jugendarbeit ⁹⁰ 18 Angebote der gemeinwesenorientierten Jugendarbeit mit Fachpersonal ⁹¹ 3 städtische Jugendhäuser ⁹² 4 – 5 mal jährlich Haigerlocher Jugendforum zum Austausch mit Vertreter/innen aller Jugendhäuser und -treffs	
Selbstorganisation	21 selbstorganisierte Jugendtreffs	Freie Kräften Zollernalb ⁹³
Formen die benachteiligte Kinder und Jugendliche erreichen		
Web basierte Beteiligung		
Formen Formeller Anerkennung		
Best Practice Nennung		Jugendforum auf Landkreisebene seit 2012 mit Landrat Jürgen Pauli (zwischen 20-40 Besucher/innen) Jugendforum mit Schulsprecher/innen der Albstädter Schulen mit Oberbürgermeister
Bad Practice		Hechinger Jugendgemeinderat ⁹⁴

Ehemalige Mitglieder des Kreisjugendrings Zollernalbkreis

- Bläserjugend Zollernalb
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend Balingen & Zollern
- DLRG-Jugend Bezirk Neckar-Donau
- Evangelisches Jugendwerk
- Süddeutscher Gemeinschaftsverband SV
- Evangelisch Methodistische Jugend im Zollernalbkreis
- Freizeitclub von Behinderten und Nichtbehinderten Bisingen
- Jugend im Deutschen Alpenverein
- Jugendfeuerwehr

⁸⁹ Davon 21 in Selbstverwaltung

⁹⁰ <http://www.jugendnetz-zollernalbkreis.de/index.php?id=29>

⁹¹ <http://www.jugendnetz-zollernalb.de>

⁹² <http://www.jugendnetz-zollernalb.de>

⁹³ Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg

⁹⁴ keine Neuwahlen, aufgelöst, davor kaum Beteiligung, kaum Kandidat/innen

- Jugendinitiative „immerwaslos“
- Jugendrotkreuz im Kreisverband Zollernalb
- Junge Union Zollernalb
- Jungsozialisten Zollernalb
- Narrenfreundschaftsring Zollernalb
- Royal Rangers, Christliche Pfadfinder
- Ring Deutscher Pfadfinderverbände DPSG: *Stamm Haigerloch, *Stamm Heiligenzimmern
VCP Albstadt
- Sängerejugend im Zollernalbgau
- THW-Jugend
- Trachtengruppe Leidringen
- Züchter-Jugend
- Wanderjugend im Schwäbischen Albverein
- Kreisarbeitsgemeinschaft Häuser der Jugend und offene Jugendarbeit

(http://www.zollernalbkreis.de/site/LRA-ZAK-ROOT/get/4624255/Bericht_Jugendarbeitteil1.pdf)